

Beschluss (vorläufig)

Was uns schützt.

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2023
Tagesordnungspunkt: EP-WS Was uns schützt.

Antragstext

1 Antrag für das gesamte Kapitel: Nach Beschlusslage in geschlechtergerechte Sprache
2 umformulieren.

3

4 Liebe Wählerinnen und Wähler,

5 am 9. Juni 2024 haben Sie die Wahl. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir das erhalten,
6 was uns stärkt, und das stärken, was uns schützt. Es geht um nicht weniger als unseren
7 Frieden und Wohlstand. Das ist Grundlage für den sozialen und gesellschaftlichen
8 Zusammenhalt in einem geeinten Europa.

9 **Woher wir kommen: ein Europa, das Frieden schafft**

10 Es ist die größte Errungenschaft unseres Kontinents: Wo noch vor wenigen Jahrzehnten
11 Europäer gegeneinander auf dem Schlachtfeld kämpften, überwiegen nun Zutrauen und
12 Zusammenhalt. Wo einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und
13 Grenzposten, verbindet nun das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie.

14 Aus Feinden sind Nachbarn, aus Nachbarn längst Freunde geworden.

15 Die Idee der Europäische Union steht in einer Welt voller Konflikte als Garantin für Schutz
16 und Frieden: Es ist gar nicht lange her, da klang das noch für viele wie selbstverständlich.
17 Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zerbrach diese Gewissheit.

18 Dieser Krieg richtet sich gegen den Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer, in Frieden und
19 Freiheit zu leben. Er richtet sich gegen ihren Wunsch, Teil der europäischen Familie zu sein
20 und zu bleiben. Er richtet sich aber auch gegen international verankerte europäische Werte,
21 wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte – und erinnert uns daran, welchen
22 Schutz die Europäische Union für uns alle bedeutet. Um diesen Schutz zu bewahren, gilt es
23 diese Werte auch in der Europäischen Union täglich zu verteidigen. Das heißt auch: eine
24 klare Absage an antidemokratische, nationalistische und rechtsextreme Kräfte zu erteilen.

25 In einer Welt, deren Herausforderungen mitnichten an nationalen Grenzen haltmachen, kann ein
26 starkes und geeintes Europa die Sicherheit und den Wohlstand bieten, nach der sich so viele
27 Menschen sehnen, und als globaler Akteur Verantwortung übernehmen. Wenn wir Freiheit,
28 Demokratie und Menschenrechte nach innen stärken, kann die Europäische Union sie auch nach
29 außen als fairer und verantwortlicher Partner in der Weltgemeinschaft überzeugend vertreten.
30 Wo die Durchsetzungskraft des einzelnen Nationalstaates endet, fängt die der Europäischen
31 Union erst an.

32 Vor diesem Hintergrund wollen wir Europa schützen, damit es uns schützt. Wir wollen es
33 stärken, weil es uns stark macht. Wir wollen seine Handlungsfähigkeit sichern, um Freiheit
34 zu wahren.

35 **Wohin wir wollen: ein Europa, das Wohlstand für alle** 36 **mehrt**

37 Frieden und Wohlstand sind in der europäischen Idee untrennbar miteinander verbunden. Mehr
38 noch, ihre Verknüpfung war Ausgangspunkt der europäischen Einigung: Die Interessen der
39 einzelnen Staaten sollten derart eng miteinander verwoben werden, dass Krieg fortan „nicht
40 nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ werde.

41 Es war ein Wagnis. Und es gelang. Aus den Ruinen von Krieg und Zerstörung entstand eine
42 politische Ordnung mit geteilten Werten, auf der Grundlage von Demokratie und
43 Rechtsstaatlichkeit, basierend auf Freiheit und Solidarität – der unverzichtbaren Ergänzung
44 wirtschaftlicher Einigung.

45 Nun stehen wir vor der nächsten großen Aufgabe. Wachsende Spannungen in der Welt, soziale
46 Ungerechtigkeit, der technologische Wandel und die Klimakrise als Katalysator all dessen:
47 Sie stellen uns und unsere Gesellschaft, stellen Wirtschaft und Politik vor neue
48 Herausforderungen. Wir müssen deshalb mehr tun, als den bestehenden Wohlstand bloß zu
49 erhalten. Wir definieren Wohlstand anhand Gerechtigkeit, Klimaneutralität, Lebensqualität
50 und Vorsorge. Das ist das Fundament für die persönliche finanzielle Sicherheit und ein Leben
51 in Würde. Wir müssen jetzt dort vorangehen, wo die Arbeitsplätze und der Wohlstand der
52 nächsten Jahrzehnte entstehen, soziale Sicherheit schaffen und dabei unsere natürlichen
53 Lebensgrundlagen bewahren. Damit lassen wir das Versprechen des Wohlstandes für alle
54 Europäer*innen Wirklichkeit werden.

55 Europa zu stärken und das Klima zu schützen, ist also kein Selbstzweck; wir tun es, um Ihren
56 Wohlstand, Ihre Freiheit und Ihre Sicherheit zu schützen und zu mehren.

57 Wir wollen eine Infrastrukturunion schaffen: aus Solaranlagen und Windparks, aus
58 Wasserstoffnetzen und Glasfaserleitungen, aus Stromtrassen und Schienen, aber auch aus
59 modernen Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen – aus Institutionen also und Standards,
60 die Gerechtigkeit stärken und Ihre Rechte schützen, für Verbraucherschutz und faire Löhne,
61 gegen Willkür und Ausbeutung. Eine Infrastrukturunion, die uns in Europa enger und
62 nachhaltiger verbindet, so unseren Zusammenhalt stärkt, Innovation und Fortschritt
63 ermöglicht. Wir wollen Europa ganz wörtlich verbinden.

64 Die Klimakrise ist global und muss auch global gelöst werden. In einer Zeit, in der
65 insbesondere China und die USA endlich massiv in die klimaneutrale Modernisierung ihrer
66 Wirtschaft investieren, brauchen wir eine ebenso gestaltende, strategische europäische
67 Investitionspolitik, die dafür sorgt, dass Europa im internationalen Wettbewerb besteht und
68 zum ersten klimaneutralen Wirtschaftsstandort wird. Für eine solche Politik brauchen wir
69 Investitionen, die sich aber auszahlen. Wenn wir sozial und ökologisch das Klima schützen,
70 schaffen wir: gute Arbeitsplätze, saubere Infrastruktur und sicheren Wohlstand.

71 Gute Politik baut indes nicht nur Infrastruktur auf, sondern auch Bürokratie ab: Sie
72 reguliert, wo es die Sicherung des Allgemeinwohls erfordert, hält wichtige Schutz- und
73 Beteiligungsstandards aufrecht – dreht zugleich aber auch unnötige Regulierung zurück, die
74 Wirtschaft und Gesellschaft ausbremst, Investitionen hemmt und den Alltag erschwert. Dabei
75 helfen Digitalisierung, die dem Menschen dient und die Vereinheitlichung der Regelungen und
76 Standards verschiedener Ebenen und Staaten, wie es auch die Europäischen Union möglich
77 macht.

78 Indem wir so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf den Märkten der Zukunft
79 sichern, legen wir das Fundament für gute Jobs und faire Löhne, für die Gewinnung von Fach-

80 und Arbeitskräften, für Sicherheit in unsicheren Zeiten. Wir wollen unseren Wohlstand nicht
81 nur für die Wenigen mehren, sondern sicherstellen, dass er bei den Vielen ankommt: in der
82 Breite der Gesellschaft. Diesen Anspruch verfolgen wir.

83 Indem wir unseren Wohlstand auf klimaneutrale Beine stellen und weniger Ressourcen
84 verbrauchen, schützen wir unsere vielleicht kritischste Infrastruktur: unsere Umwelt und
85 unser Klima, unsere Artenvielfalt und vielfältige Natur, von der wir ein Teil sind. Die
86 Folgen des Klimawandels haben wir in den letzten Jahren europa- und weltweit immer
87 drastischer zu spüren bekommen. Extremwetter wie Hitzewellen und Überschwemmungen haben
88 Leben gekostet, Häuser und Ernten, Wohlstand und Arbeitsplätze zerstört. Das Artensterben
89 und die Verschmutzung der Natur gefährden die Ökosysteme, auf die wir unmittelbar angewiesen
90 sind. Es liegt auch in unserem ureigensten Interesse, diesen Trend zu stoppen: Deswegen
91 wollen wir das Klima schützen, uns aber auch vor den veränderten klimatischen Bedingungen
92 schützen und daran anpassen. Mit dem „European Green Deal“ sind wir wichtige Schritte in
93 diese Richtung gegangen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

94 Indem wir in die Standortvorteile von morgen investieren – erneuerbare Energien und rasche
95 Digitalisierung, modernste Batterietechnik und grüner Stahl oder die Ausbildung unserer
96 Kinder und lebenswerte Dörfer –, bauen wir ein Europa, das Schutz bietet: für seine
97 Bürgerinnen und Bürger, für Sie und uns alle.

98 Wir wissen: All das gelingt nur europäisch. Europäisch aber gelingt es.

99 **Der Weg dorthin: Haltung und Verantwortung**

100 Wir wollen Verantwortung übernehmen. Darum bitten wir um Ihr Vertrauen. Wir treten an für
101 eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine Politik mit klaren Zielen, die
102 zugleich Brücken zur gemeinsamen Lösung baut. Für eine Politik, die Antworten gibt.

103 Was uns Kraft gibt, sind die Erfolge der letzten Legislaturperiode. Der Corona- und
104 Energiekrise sind wir mit europäischer Solidarität begegnet. Europäischer Klimaschutz ist
105 auf dem Weg Richtung Pariser Klimaziele eingeschwenkt - dank des Ausbaus der Erneuerbaren
106 und zum Beispiel dem Verbrenneraus. Und Große Digital-Konzerne folgen jetzt demokratischen
107 Regeln.

108 Gerade weil wir wissen, dass wir gemeinsam mehr erreichen können als im nationalen
109 Alleingang, wollen wir die Europäische Union demokratischer und nahbarer machen. Wir wollen
110 Europa, unbedingt – aber noch besser. Besser für Sie. Ein Europa, wie es sein könnte.

111 Dabei sind wir bereit, über unseren Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass wir dadurch
112 gemeinsam vorankommen. Verantwortung, die ernst gemeint ist, bedeutet immer auch Kompromiss.
113 Dabei haben wir unsere klaren Werte als Stärke und Orientierung im Rücken, sie sind unsere
114 Leitplanken. Eines ist dabei klar: Menschenrechte gelten uneingeschränkt und sind
115 unverhandelbar. Gleichzeitig war europäischer Fortschritt gerade in einem Europa der
116 Vielfalt nie die vermeintlich reine Lehre, nie dafür oder dagegen, nie schwarz oder weiß.
117 Wer aber deshalb den Kompromiss als solchen ablehnt, dem geht es ums Rechthaben, nicht
118 darum, Lösungen zu finden; der nimmt hin, dass das Vertrauen in die Demokratie erodiert; der
119 nimmt in Kauf, dass die Einheit Europas leidet.

120 Europa hat beides erlebt: dunkelste Kapitel unserer Geschichte, aber auch die Fähigkeit des
121 Menschen, neue Kapitel aufzuschlagen, Freiheit zu erkämpfen und Demokratie zu verteidigen.
122 Die EU mag bisweilen anstrengend sein und ja, sie muss besser werden. Doch sie bleibt der
123 Schlüssel zu einem Leben in Wohlstand und Sicherheit. Wenn wir heute vor gleich mehreren
124 Jahrhundertaufgaben stehen, allesamt menschengemacht, wenn deren Gleichzeitigkeit und Größe
125 auch mal überwältigend wirken mögen, wissen wir als Europäerinnen und Europäer: Die Antwort
126 wird es auch sein – menschengemacht und europäisch.

127

128 Was bei alledem zählt, ist nicht, wer gewinnt oder Recht behält. Erfolg hat keine politische
129 Farbe. Erfolgreich ist, was das Leben der Menschen in Deutschland und Europa lebenswerter
130 macht. Was uns gemeinsam stärker macht. Was unsere Gesellschaft zusammenhält. Was auch Sie
131 schützt. Für eine solche Politik treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Wettbewerb um die
132 besten Ideen. Eine solche Politik ist unser Angebot an Sie.

133

134 Für diesen Weg bitten wir Sie um Ihr Vertrauen: Wählen Sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Beschluss (vorläufig)

A – Was Wohlstand schützt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2023
Tagesordnungspunkt: EP-W Was Wohlstand schützt

Antragstext

1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis hin zum
2 internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative Wirtschaft ist global
3 wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein zweiter Mitgliedstaat von der
4 europäischen Integration und dem Binnenmarkt. Produkte und Dienstleistungen aus Thüringen
5 oder Hessen werden zwischen Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia gehandelt,
6 als lägen diese Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch deshalb die
7 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die Kräfte
8 bündeln.

9 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen Interesse. Wir
10 sind schon weit gekommen - mit dem Green Deal haben wir europaweit viele richtige Weichen
11 gestellt. Ab 2050 soll Europa keine Treibhausgase mehr ausstoßen. Vor allem geht es nun
12 darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der nächsten Jahre und Jahrzehnte entsteht, auch und
13 gerade um die Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen zu bringen. Dafür haben wir
14 einen Plan: die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und Infrastruktur. Sie ist
15 für uns kein Selbstzweck, sondern auch der Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand,
16 zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen und fairen Löhnen, zur Sicherung unserer
17 natürlichen Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen Grundlage für mehr soziale
18 Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

19 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während China oder die
20 USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der Zukunftstechnologien investieren. Wir
21 nehmen die Herausforderung an: Wir wollen, dass Deutschland und Europa auf den Märkten der
22 Zukunft den internationalen Partnern mindestens auf Augenhöhe begegnen können – bei
23 erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei digitalen Dienstleistungen und Künstlicher
24 Intelligenz (KI), bei modernster Batterietechnik und grünem Stahl. Damit wird Europa zur
25 Vorreiterin für nachhaltige Lösungen und kann definieren, dass neue Technologien zum Wohle
26 der Menschen eingesetzt werden. Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik
27 ist heute auch Sicherheitspolitik. Das bedeutet auch, dass wir Kritische Infrastruktur und
28 strategisch wichtige Industriezweige vor geostrategisch motivierten Übernahmen schützen.

29 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen natürlichen
30 Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden, naturnahen Wäldern und sauberen Gewässern, mit
31 Lebensräumen für eine große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an unseren Küsten und in
32 unseren Landschaften. In ihrem Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in unmittelbarer
33 Nachbarschaft zu High-Tech-Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in lebenswerten ländlichen
34 Räumen verankert, lässt sich aus den Städten zur Erholung in kurzer Zeit in attraktive
35 Kultur- und Naturlandschaften reisen.

36 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs, bezahlbares Wohnen und gute öffentliche
37 Dienstleistungen in einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Er bedeutet Gerechtigkeit und
38 eine faire gesellschaftliche Lasten- und Arbeitsteilung, nicht zuletzt zwischen den
39 Geschlechtern. Wohlstand bedeutet aber eben auch saubere Luft, reines Wasser und bezahlbare,
40 gute Lebensmittel.

41 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein klimaneutrales Fundament
42 stellen – eines, das über die nächsten Jahre und Jahrzehnte trägt. Wir haben den European
43 Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie, und wir kämpfen weiterhin
44 für seine Fortführung und die vollständige Umsetzung. Jetzt sorgen wir dafür, dass er in
45 allen Bereichen seine Wirkung entfaltet: von der Energiegewinnung über Mobilität und
46 Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz und Klimaresilienz werden
47 zunehmend auch zu entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktoren. Wollen wir unseren
48 Wohlstand bewahren und neuen schaffen, müssen wir Europäer*innen nicht nur das Klima
49 schützen, sondern auch diesen Wettbewerb annehmen.

50 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und Industriepolitik, die
51 Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut; die den Mut zu gezielten
52 strategischen Investitionen aufbringt; die uns unabhängig macht von den Autokratien dieser
53 Welt – und unser aller Leben damit krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb jetzt – von
54 der Sonnenenergie aus Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die erneuerbaren
55 Energien, die Stromnetze und das Wasserstoffkernnetz in ganz Europa ausbauen. Wir wollen ein
56 modernes und funktionierendes Bahnnetz für ein klimaneutrales Reisen von Florenz bis
57 Flensburg und von Budapest bis Barcelona fördern und unser Schienennetz damit wirklich
58 gesamteuropäisch aufstellen. Wenn wir aus der Europäischen Union (EU) eine moderne
59 Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die Produktion durch Industrie und
60 Handwerk, um Strom und Wärme, um günstige Energie und klimafreundliche Mobilität für alle zu
61 sichern – nachhaltig und auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt.

62 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich die besten
63 Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir Bürokratie abbauen, dann tun
64 wir das, um die EU in den Dienst der Europäer*innen, nicht der Paragraphen und Behörden zu
65 stellen, ohne dabei Qualitätsstandards einzuschränken. Und wenn wir die Potenziale der
66 Digitalisierung nutzen, dann tun wir das, um Daten im Sinne der Menschen in Europa nutzbar
67 zu machen, nicht umgekehrt.

68 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind wir es.
69 Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben, die wirksam und
70 wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und systemischer Konkurrenz
71 gleichermaßen aufzunehmen.

72 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die Sicherheit
73 schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den Wohlstand und
74 Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im Einklang mit der Natur und
75 dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der nicht die soziale oder geografische
76 Herkunft, der Zugang zu Bildung, weder eine Behinderung, noch das Geschlecht, oder die
77 religiöse Überzeugung über die Chance auf ein gutes Leben entscheiden. Alle Menschen sollen
78 am Wohlstand teilhaben und zu ihm beitragen können.

79 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

80 **1. Ein klimaneutrales Europa** 81 **In Energiesicherheit investieren**

82 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit effizienter und
83 nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale und Kostenvorteile der erneuerbaren

84 Energien auf dem gesamten Kontinent nutzt und miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare
85 Energien als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis
86 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag dazu leisten, die europäische Energieversorgung auf
87 dem Weg zu 100 Prozent Klimaneutralität sicherzustellen. Denn nur die Erneuerbaren
88 garantieren eine unabhängige und auf Dauer günstige Energieversorgung, mit der Europa
89 langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir wollen, dass Deutschland auf diesem Weg
90 mit gutem Beispiel vorangeht.

91 Dazu brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa eine Steigerung der
92 Energieeffizienz und eine Dekarbonisierung im Verkehr, in der Industrie und in der
93 Wärmeversorgung, massive Investitionen in den Ausbau von Windkraft-, Fotovoltaik-, Solar-
94 und Geothermieanlagen, Energiespeichern aller Art, sowie Abwärmenutzung und Wärmepumpen. In
95 Zukunft wollen wir dabei noch stärker europäisch zusammenarbeiten, um die notwendigen
96 Vorgaben kontinuierlich im Gleichklang weiter zu entwickeln.

97 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er gebraucht wird,
98 wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische Stromnetz stärken und dabei vor
99 allem die Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein dezentrales,
100 stabiles und europäisch vernetztes Stromnetz macht uns widerstandsfähiger und erhöht unsere
101 Versorgungssicherheit. Das hat die Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten
102 Europas sich gegenseitig beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent
103 erneuerbare Energien fit machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer
104 irgendwo der Wind weht oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine europäisch integrierte
105 Netzplanung – insbesondere für grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der Windenergie
106 in den Meeren der EU. In Zukunft müssen die Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze und
107 Wärmenetze zusammengedacht werden. Wir richten das Strommarktdesign, die Netzentgelte und
108 die Regulierung von Energiespeichern aller Art zielgerichtet auf ein System aus 100%
109 erneuerbarer Energien und die Integration der Verkehrs-, Wärme- und Industriesektoren aus.
110 Das neue Strommarktdesign muss den Stromverbraucher*innen erlauben, von den Kostenvorteilen
111 der Erneuerbaren Energien zu profitieren und gleichzeitig die Refinanzierung der
112 Erneuerbaren Energien zu sichern. Der Preis von erneuerbarem Strom soll von den steigenden
113 Kosten des Emissionshandels entkoppelt werden. Die dezentrale Natur der Erneuerbaren
114 Energien erlaubt es vielen Menschen und Unternehmen, selbst Strom zu erzeugen.
115 Eigenstromnutzung sollte durch vorteilhafte rechtliche Rahmenbedingungen begünstigt werden,
116 da es nicht nur ihnen Kostenvorteile bringt, sondern auch die Netze und damit die
117 Allgemeinheit entlastet.

118
119 Produktionsspitzen der erneuerbaren Energien, für die es im Stromnetz keine Verwendung gibt,
120 sollen gemäß dem Grundsatz "Nutzen statt Abschalten" unkompliziert vor Ort genutzt werden
121 können, beispielsweise für die Elektrolyse, in Batterien oder Wärmespeichern

122 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu
123 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet. An diesen
124 Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen Energieregionen an. Jedoch wird
125 Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima- und gesundheitsschädlichste Form der
126 Energiegewinnung und hat deshalb keine Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen schaffen, um
127 in der EU die Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen wir dabei,
128 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt. Neue
129 Verpflichtungen zur Zahlung von Entschädigungen für den Ausstieg aus der fossilen
130 Energiegewinnung lehnen wir ab.

131
132 Mit neuer Infrastruktur, Wirtschaftsförderung, Renaturierung und Innovationsförderung
133 ermöglichen wir den betroffenen Regionen diesen Weg in die Zukunft. Unternehmen, Kommunen

134 und vielfältige Bürgerprojekte sind entscheidend für den Erfolg dieses umfassenden
135 Strukturwandels. So stellen wir sicher, dass der neu geschaffene Wohlstand bei den Menschen
136 vor Ort ankommt und schaffen verlässliche Strukturen.

137 Gleichzeitig hat uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, wie
138 abhängig wir noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das mit sich bringt. In den
139 kommenden Jahren ist im Einklang mit unseren Klimazielen deshalb auch ein endgültiger
140 Abschied von der Erschließung neuer Öl und Gasfelder nötig.

141
142 In der Stromerzeugung wollen wir in Deutschland spätestens 2035 keine fossilen Brennstoffe
143 mehr einsetzen. Wir unterstützen damit das Ende der Förderung von CO₂-Quellen in Europa und
144 auf der ganzen Welt. Parallel wollen wir unsere Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa
145 so ausrichten, dass auch darüber hinaus die fossile Förderung und Verbrennung weltweit, im
146 Einklang mit den Pariszielen, bis 2050 beendet werden kann. Wir können und werden das
147 fossile Modell vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert mit grünem Wasserstoff
148 ersetzen.

149 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energiegewinnung und sie ist nicht geeignet, die
150 Klimakrise zu bekämpfen. Sie verstärkt Importabhängigkeiten, ist erheblich teurer als
151 Erneuerbare, mit hohen Risiken verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre
152 unzuverlässig. Wir setzen uns für Sanktionen auf die Importe von Uran und
153 atomwirtschaftlichen Geschäfte Russlands ein.

154
155 Atomkraftwerke sind nicht zuletzt eine Bedrohung für die Sicherheit der Bevölkerung in
156 Kriegssituationen. Ihr Bau ist teuer und langwierig. Die Gefahr der atomaren Proliferation
157 ist stets präsent, und der Müll wird noch unzählige nachfolgende Generationen belasten.
158 Daher war die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland ein zentraler
159 Schritt hin zu einer zukunftsfesten und finanzierbaren Energieversorgung und ein großer
160 Erfolg der Anti-Atombewegung.

161
162 Und aus diesen Gründen setzen wir uns in der EU gegen die Atomkraft als taugliche Form der
163 Energiegewinnung ein. Es ist falsch, Atomenergie als nachhaltig einzustufen und sie aus EU-
164 Mitteln zu fördern. Wir streben eine umfassende Reform des Euratom-Vertrages an, welche die
165 Sicherheit von Rückbau und nuklearer Entsorgung zur zentralen Aufgabe macht und die wahren
166 Kosten und Risiken im Preis abbildet.

167 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien, weshalb wir
168 Forschung und Entwicklung neuer Ideen vorantreiben und zum Beispiel Speichertechnologien
169 oder Kernfusion weiter wissenschaftlich untersuchen wollen. Ob die Fusion oder andere
170 Ansätze in der Zukunft einen Beitrag zur Energieversorgung leisten können, bleibt Gegenstand
171 anhaltender Forschung, die immer auch Sicherheitsfragen mit betrachtet. Der beschleunigte
172 Ausbau Erneuerbarer Energien muss unabhängig davon umgehend und konsequent umgesetzt werden,
173 denn er ist ein sicherer Weg zur Lösung der Klimakrise auch für die urbanen Ballungsräume
174 der Zukunft.

175 **Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten**

176 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber 1990 um rund
177 ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis 2030 mindestens 55 Prozent
178 ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen. Die kostenlose Zuteilung von
179 Emissionszertifikaten an Sektoren, die künftig unter den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus
180 fallen, wird auslaufen. Durch diesen reformierten Emissionshandel wird ein schnellerer
181 europäischer Kohleausstieg rentabel.

182
183 Wir haben die Ausbauziele für erneuerbare Energien verdoppelt. Und für fossile Energie,

184 Stahl oder Chemieprodukte, die nach Europa importiert werden, muss bald an der Grenze ein
185 Preis für ihren CO₂-Fußabdruck bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf
186 Elektrofahrzeuge um. Gebäude in der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches
187 Heizen gesetzt. Damit hat Europa den richtigen Weg eingeschlagen.

188 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen. Europa soll der
189 erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es kein Abrücken geben, und es
190 muss zuverlässig erreicht werden. Es ist ein großer Erfolg, dass die EU auf den 1,5-Grad-
191 Pfad einschwenkt. Wir wollen eine EU-Klimapolitik, die mit klaren Zwischenzielen
192 ausgerichtet an den wissenschaftlichen Empfehlungen des Klimabeirates der EU sicher zur
193 Klimaneutralität führt. Gleichzeitig wollen wir die europäische Klimapolitik auch in Zukunft
194 so ausgestalten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht gefährdet wird. Das
195 Zwischenziel für 2035 wollen wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser Klimaabkommens
196 international zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich hinterlegen.
197 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und die
198 europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden. Auch der Sektor Landwirtschaft und
199 Fischerei muss seinen Beitrag zur Reduktion der Emissionen leisten. Neben einer Bepreisung
200 von Klimagasen müssen auch die GAP-Instrumente konsequent auf Klimaschutz ausgerichtet
201 werden. Mit der Aufnahme von Methan in den Emissionshandel und der neuen Methanverordnung
202 hat die EU wichtige Schritte unternommen, um dieses klimaschädliche Gas entsprechend seines
203 insbesondere kurzfristig hohen Erwärmungspotenzials zu reduzieren. Nun braucht es schnell
204 Vorgaben zum Aufspüren und Schließen von Methanlecks in der Vorkette und einen Schwellenwert
205 für Importe von Kohle, Öl und Gas in die EU.

206 **Natürliche CO₂-Senken und technologischen Fortschritt nutzen**

207 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas und rein in
208 erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen wird es aber auch
209 in Zukunft Emissionen geben, die nach heutigem Stand der Technologie gar nicht zu vermeiden
210 sind, etwa in der Zementindustrie. In diesen Bereichen wollen wir technologische Chancen
211 nutzen und das CO₂ direkt bei der Produktion abscheiden, in einer sicheren und stabilen Form
212 speichern und gegebenenfalls im Rahmen geschlossener Kohlenstoffkreisläufe nutzen (Carbon
213 Capture Use / Storage, CCU / CCS). Wo technisch nicht vermeidbare Emissionen entstehen, kann
214 dies aktiv gefördert werden. Grundsätzlich gilt für die Finanzierung das Verursacherprinzip.
215 Eine aktive Förderung von CCS für die Herstellung von blauem Wasserstoff in Deutschland
216 lehnen wir ab. Die Energiewende sowie die Dekarbonisierung in der Industrie ist unsere
217 Priorität. Dieser Schwerpunkt wird sich auch in der Förderung abbilden. Wir wollen einen
218 europaweit einheitlichen Regelungsrahmen, einschließlich einem verbindlichen Haftungsrecht,
219 dafür schaffen und eine integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer
220 europäischer CO₂-Speicher – entwickeln. Wir berücksichtigen dabei bestehende Nutzungen
221 gerade auch auf dem Meer, verbindliche ökologische Kriterien sowie den Ausschluss von
222 Schutzgebieten.

223 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger, auf den 1,5-
224 Grad-Pfad zu kommen. Die prognostizierten Möglichkeiten, auf diesen Pfad zu kommen, setzen
225 eine aktive Senkung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre voraus. Es ist also
226 unumgänglich, sie aktiv zu senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau
227 einstellt. Dafür erforschen und entwickeln wir negative Emissionen – also natürliche und
228 technische Prozesse, die der Atmosphäre mittelfristig CO₂ wieder entziehen. Intakte
229 Ökosysteme sind unsere besten Verbündeten, denn vor allem Wälder, Auen, Moorböden und Meere
230 sind natürliche CO₂-Speicher. Der Schutz und die Wiederherstellung solcher natürlichen CO₂-
231 Senken hat auf diesem Weg für uns Vorrang. Sie beeinflussen über das Klima hinaus auch
232 Wasserkreisläufe und das Wetter positiv. Deswegen benötigen wir kluge Regulierung und
233 verstärkte Förderung für den natürlichen Klimaschutz, die Landwirtschaft, den Humusaufbau,

234 die Wiedervernässung von Mooren, Renaturierung von Auen und Seegraswiesen, die nachhaltige
235 Verwendung von Holz, sowie die Wiederherstellung naturnaher, artenreicher und
236 strukturreicher Wälder, die eine zugleich ökologisch und ökonomisch nachhaltige
237 Bewirtschaftung in Zukunft befördern. Dafür braucht Europa ein umfassendes Paket
238 "Natürlicher Klimaschutz" zur Umsetzung des Nature Restoration Law, das auch die
239 rechtlichen Voraussetzungen für die beschleunigte Ausweisung von Vorranggebieten für
240 Renaturierung und natürlichen Klimaschutz schafft. Durch die Reduktion der Tierhaltung in
241 Europa werden auch mehr Flächen für die Wiederherstellung der Natur gewonnen. Gleichzeitig
242 wollen wir die Potenziale technischer Negativemissionen wie die Bioenergie mit CO₂-
243 Speicherung in der Anwendung prüfen und an Pilotprojekten evaluieren. Es gelten, wie bei
244 anderen Technologien, die Prinzipien der Vorsorge und der Technikfolgenabschätzung. Die EU
245 braucht klare Ziele für das Erreichen von Negativemissionen, ohne diese gegen die
246 Emissionsreduktionsziele zu handeln.

247 **Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen**

248 Grüner Wasserstoff, also Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, kann Energie speichern und
249 transportabel machen. Er ist ein wichtiger Bestandteil unserer zukünftigen
250 Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger in vielen Fällen ersetzen, in denen
251 Elektrifizierung keine Option ist. Die Produktion von grünem Wasserstoff in Zeiten von
252 überschüssigem Wind- und Solarstrom hat zudem eine stabilisierende Wirkung bei der
253 Integration von erneuerbaren Energien in unser Stromnetz. Wir wollen dafür sorgen, dass
254 Europa Vorreiterin in der Wasserstoffwirtschaft wird. Um die derzeit recht hohen Kosten und
255 Effizienzverluste bei der Wasserstoffproduktion und dem Transport zu senken, unterstützen
256 wir auch weiterhin die Erforschung und Entwicklung in diesem Technologiebereich. Mit
257 Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden Investitionsprogramm sorgen wir
258 für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser Schlüsseltechnologie.

259 Wir wollen die Investitionen in ein neues transeuropäisches Wasserstoffkernnetz erhöhen, um
260 durch die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur und den Bau von anschlussfähigen neuen
261 Pipelines wie H2Med grünen Wasserstoff aus den sonnen- und windreichen Regionen Europas in
262 die europäischen Industriezentren zu transportieren. Um die Netzausbaukosten zu minimieren
263 und möglichst frühzeitig regionale Wasserstofferzeugung und -verwendung zu ermöglichen,
264 beschleunigen wir parallel den Aufbau einer dezentralen Wasserstoffinfrastruktur. Diese
265 verzahnen wir mit dem Ausbau der Stromnetze und einer sektorübergreifenden europäischen
266 Speicherstrategie, die auch die Prozess- und Abwärmepotenziale der Industrie einbezieht. Das
267 ist ein Bestandteil einer leistungsfähigen Infrastrukturunion.

268 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen Wasserstoff und
269 strategische Partnerschaften für dessen weltweiten Handel ein. Dank einer Vielzahl
270 potenzieller Partnerländer, die wir auch nach Demokratie- und Menschenrechtslage evaluieren,
271 können wir auf diesem Weg eine diversifizierte Energieversorgung sichern und einseitige
272 Abhängigkeiten vermeiden. Durch faire Partnerschaften auf Augenhöhe, das Teilen von Know-
273 how, bessere Zugänge zu erneuerbaren Energien und den Schutz der lokalen Wasserversorgung
274 ermöglichen wir es den Ländern des Globalen Südens, sich in die Wertschöpfungskette zu
275 integrieren und von der grünen Energiezukunft zu profitieren. Wir setzen uns auf
276 europäischer Ebene für hohe Standards für die Zertifizierung von grünem Wasserstoff ein. Den
277 Import von Wasserstoff, der nicht mit erneuerbaren Energien synthetisiert wurde, wollen wir
278 möglichst vermeiden.

279 Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff vorerst ein
280 sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO₂-Emissionen setzen wir daher vorrangig auf
281 Energieeffizienz und die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen,
282 da sich grüner Strom so am effizientesten nutzen lässt. Wasserstoff wollen wir also
283 priorisiert dort einsetzen, wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr schwer möglich ist.

284 Dazu gehören etwa die Produktion von Grundstoffen wie Stahl-, Glas-, Papier- oder
285 Chemieerzeugnisse, der Schwerlasttransport sowie der interkontinentale See- und Luftverkehr.
286 Zudem werden wir in der Zukunft grünen Wasserstoff bei geringer Solar- und
287 Windenergiegewinnung sowie besonders hoher Last zur Stromerzeugung einsetzen, wenn dies
288 ökonomisch geboten ist oder um die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien jederzeit
289 sicherzustellen.

290 **Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen**

291 Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden.
292 Dieser Prozess verlangt uns allen viel ab. Nicht nur deshalb muss klimaneutral immer auch
293 sozial und geschlechtergerecht heißen. Deshalb wollen wir ein Klimageld schnellstmöglich
294 einführen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden
295 kann. Das Klimageld entlastet besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die
296 ohnehin weniger CO₂ produzieren. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem
297 Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das
298 umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden
299 Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für
300 Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten
301 mit diesen Einnahmen – wie etwa schon in Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro
302 Kopf auszahlen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet
303 werden kann.

304 Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und Kommunen, ihre
305 Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist solidarisch und demokratisch, denn
306 damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben es in der Bundesregierung erheblich
307 vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu nutzen. Das soll europaweit gelten: Der Einsatz
308 von Bürgerenergie soll noch finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir wollen
309 europäisch besser verankern, dass Bürger*innen an der Energiewende teilhaben können – indem
310 sie Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage direkt an ihre
311 Nachbar*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien gespeicherte Energie
312 einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

313 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch zukünftig
314 bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der europäischen
315 Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um insbesondere Gebäude in
316 energetisch schlechtem Zustand schnell und günstig von der Abhängigkeit von fossilen
317 Energieträgern zu befreien und die langfristige Bezahlbarkeit zu sichern. Hohe energetische
318 Standards für Neubauten sind hierbei ein weiterer wichtiger Baustein. Bei der Sanierung von
319 Bestandsbauten wollen wir durch gezielte Investitionen die Wohnkosten senken. Wir setzen
320 dabei vor allem auf Beratung sowie sozial gestaffelte und ausreichend große finanzielle
321 Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne oder integrierte
322 Energie-Infrastrukturpläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare
323 gibt und wie beispielsweise Abwärme energieeffizient genutzt werden kann.. Wir möchten, dass
324 alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es
325 für Erneuerbare gibt und wie Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann. Wir
326 treten zudem für strengen Emissionsschutz bei sämtlichen Anlagen ein, die
327 Verbrennungsprozesse nutzen, um das Recht auf saubere Luft zu sichern. Holz ist ein
328 wertvolles Naturmaterial, das in Häusern und Möbeln genutzt werden soll, auch als CO₂-
329 Speicher. Im Rahmen einer Kaskadennutzung sollte die energetische Nutzung auf Rest- und
330 Abfallhölzer beschränkt werden.

331 Mit einem effizienten und gerechten Strommarktdesign, transparenten und möglichst geringen
332 Infrastrukturkosten, einer Flexibilisierung der Verbraucherseite sowie einem intelligenten
333 Lastmanagement kommen die Vorteile der günstigen erneuerbaren Stromerzeugung bei den

334 Verbraucher*innen an. In einem ersten Schritt schützen wir durch die Umstellung der
335 Förderung von erneuerbaren Energien auf zweiseitige Differenzverträge mit Ober- und
336 Untergrenzen für die Erlöse der Stromerzeugung die Stromverbraucher*innen vor hohen Kosten.
337 Dabei soll der Preis von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des Emissionshandels
338 entkoppelt werden. Mit einer eindeutigen europäischen Regulierung von Energiespeichern aller
339 Art wollen wir deren Marktintegration vorantreiben und die dringend benötigten
340 Flexibilisierungspotenziale heben. Langfristig braucht es ein Strommarktdesign, das die
341 Refinanzierung der Erneuerbaren Energien sicher stellt und gleichzeitig dafür sorgt, dass
342 die Verbraucherinnen und Verbraucher von den Kostenvorteilen von günstigem Wind und
343 Sonnenstrom profitieren.

344 **2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort**

345 **In Innovation, Souveränität und Resilienz investieren**

346 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine strategische
347 europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-Generation-EU (NGEU) hat uns
348 in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt und stark dazu beigetragen, dass Europa
349 wirtschaftlich und politisch zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr 2026 droht
350 diese wichtige Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen. NGEU kann uns
351 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen
352 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

353 Wir wollen daher ab 2028 ein großes Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und
354 Resilienz mit drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der
355 Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst – mit einem
356 voll ausgebauten, integrierten und an die sich verschärfende Klimakrise angepassten
357 europäischen Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz. Zweitens wollen wir überall in Europa
358 den klimaneutralen Umbau der Industrie genauso wie den Aufbau der Industrien von morgen
359 fördern. Und drittens wollen wir unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaften
360 widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien machen.

361 **Industriepolitik aktiv gestalten**

362 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus kleinen,
363 mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für unseren Wohlstand ist.
364 Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind zwei Hebel für uns zentral:

365 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regelungsrahmen der EU für
366 Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat seinen eigenen Firmen
367 unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in vielen Bereichen den Goldstandard auf
368 der Welt setzen, leistet gerade für Deutschland als Exportland einen unschätzbaren Beitrag
369 zu unserem Wohlstand. Ihn werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen verteidigen.

370 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit ihrem
371 Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer Produktionsstandorte für
372 Schlüssel- und Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an: Für die EU gilt es,
373 dem eine eigene aktive Wirtschafts- und Industriepolitik entgegenzusetzen, die auf Europas
374 Stärken aufbauend Schlüssel- und Zukunftsindustrien zurückholt, entwickelt und skaliert. Sie
375 setzt bei der Forschung an und reicht über die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften bis
376 zur Unterstützung bei Investitionen. Dazu gehört einerseits eine Angebotspolitik, die
377 Bürokratie abbaut und Anreize für private Investitionen setzt, andererseits starke
378 öffentliche Förderprogramme etwa für Zukunftstechnologien wie Elektrolyseure, Solaranlagen,
379 Windräder, Energiespeicher, E-Autos und Mikrochips. Denn wir wollen, dass Europa an der
380 Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die Produkte der Zukunft in Europa erdacht und
381 hergestellt werden. Ziel und Mission unserer Industriepolitik ist es, Jobs und Wohlstand in
382 Europa zu sichern, indem wir den Standort Europa stärken und klimaneutral erneuern. Der

383 Aufbau einer europäischen Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des
384 Industriestandortes Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und
385 Unabhängigkeit.

386 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein Förderdschangel
387 entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und unbürokratisch an die
388 bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil – etwa im
389 Vergleich zu den USA. Wir treten für eine kohärente und leicht verständliche
390 Industriepolitik ein, bei der auch Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand gehen. Dafür
391 wollen wir relevante Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die europäische
392 Ebene verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die Lage versetzt
393 wird, schnell und wirksam zu handeln. Zusätzlich müssen wir für die klimaneutrale Erneuerung
394 der Industrie privates Kapital mobilisieren. Die Skalierung der erneuerbaren
395 Energiewirtschaft braucht klare Ziele, ein strategisches Management der Wertschöpfungsketten
396 und eine koordinierte europäische Strukturpolitik.

397 **Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten**

398 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa gleichzeitig
399 seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse komplett klimaneutral
400 werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern und neue
401 Wertschöpfungsmöglichkeiten in den Blick nehmen.

402 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion. Dafür muss
403 die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen
404 Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und
405 der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne Energie zu
406 wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht. Bis das in ausreichendem
407 Maß der Fall ist, wollen wir insbesondere mit geeigneten, an den Einsatz von erneuerbarem
408 Strom geknüpften, Maßnahmen sicherstellen, dass auch energieintensive Unternehmen weiterhin
409 in Europa produzieren können und den Übergang zur Klimaneutralität schaffen.

410 Unter anderem deshalb wollen wir die Unternehmen mit einem europäischen Programm zur
411 Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu wollen wir einen europaweiten Einsatz von
412 Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) aus dem EU-Haushalt finanzieren und
413 somit in einem Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen finanziell fördern, die möglichst
414 schnell und kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am meisten CO₂
415 einsparen. Dabei wollen wir alle Industriesektoren in den Blick nehmen. Zusätzlich wollen
416 wir europäische grüne Leitmärkte für einige besonders energieintensive Produkte aus
417 klimaneutraler Produktion wie etwa grünen Stahl schaffen. Dafür wollen wir beispielsweise
418 bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl vorschreiben, die stetig
419 ansteigt. Somit wird ein neuer Absatzmarkt geschaffen, der klimaneutrale Produktion über
420 einen Marktmechanismus in Gang setzt. Außerdem wollen wir der Industrie die Flexibilisierung
421 ihres Stromverbrauchs ermöglichen und entsprechende Anreize setzen, damit sie bereits heute
422 von den Preisvorteilen der erneuerbaren Energien profitieren kann und die
423 Netzinfrastrukturkosten gesenkt werden. Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von
424 Produktionsprozessen auf klimaneutrale Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren
425 erheblich beschleunigen, weil dies zu schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem
426 Erhalt von industrieller Substanz und guten Arbeitsplätzen beiträgt.

427 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien bei
428 öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Förderprogrammen wollen wir gezielt die
429 Produktion dieser Produkte in Europa begünstigen. Langfristig wollen wir unsere Wirtschaft
430 stärker am Gemeinwohl orientieren.

431 Den Binnenmarkt stärken

432 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und hilft,
433 Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler Hebel, die klimaneutrale
434 Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er ermöglicht es den europäischen
435 Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall in der EU anzubieten. Und Arbeitnehmer*innen
436 ermöglicht er, überall in der EU zu arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt stärken und
437 vertiefen: Wo es in Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht mehr 27
438 verschiedene befolgen.

439 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft, übergeordnete Ziele zu
440 erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie die
441 Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen. Wir wollen den Binnenmarkt auch nutzen, um
442 widerstandsfähiger gegenüber Krisen und unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden.

443 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher*innen und kleinen Unternehmen
444 durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht verschärft. Ein solches Update
445 braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür wollen wir das New Competition Tool
446 wiederbeleben, das die Kommission schon einmal vorgeschlagen hatte.

447 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht bekämpft und
448 Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht den Erfolg des
449 Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Allerdings steht Europa
450 heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen Wettbewerb mit anderen Staaten, die
451 sich nicht an diese Regeln halten. Gerade für die grünen Zukunftstechnologien muss die EU-
452 Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den Mitgliedstaaten
453 eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei zugleich
454 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit bei
455 Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen in den
456 Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf Klimaneutralität
457 und Kreislaufwirtschaft.

458 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU die
459 Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der europäischen
460 Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um Mikroelektronik ermöglicht und
461 koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit für Unternehmen müssen die Beihilfeverfahren
462 gerade im Kontext der IPCEIs beschleunigt werden.

463 Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten

464 Eine stabile europäische Wirtschaft sichert unseren Wohlstand. Mit guten Arbeitsbedingungen,
465 sicheren Jobs, anständigen Löhnen und Weiterbildung gewinnen und halten wir die dafür
466 notwendigen Arbeits- und Fachkräfte. Das gilt gleichermaßen für akademisch ausgebildete
467 Fachkräfte wie für solche mit einer Ausbildung in Handwerk, Industrie oder öffentlichem
468 Dienst. Wir wollen, dass alle zum Wohlstand beitragen können - und er allen zugute kommt,
469 die ihn erarbeiten. So wachsen wir aus der Mitte heraus. Davon hängt auch das Gelingen der
470 Energiewende ab. Das heißt auch: Mit Investitionen in Klimaschutz fördern wir gleichzeitig
471 sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

472 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote für alle
473 bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer*innen – und Fachkräfte von außerhalb
474 gewinnen. Auch Geflüchtete, die zu uns kommen, sollten arbeiten dürfen und schnellen Zugang
475 zu Sprachkursen haben.

476
477 Gleichzeitig müssen wir Frauen die Möglichkeit geben, sich voll einzubringen. In vielen EU-
478 Ländern arbeiten Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder gar nicht. Wir brauchen

479 auf EU-Ebene eine feministische Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zeitpolitik, die soziale
480 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und demokratischer Teilhabe mitdenkt.

481 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch gut
482 bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den Unternehmen und Betriebe
483 aus Branchen, in denen bislang unterdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt sind, bei der
484 EU-Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie überdurchschnittlich viele Frauen ausbilden
485 bzw. beschäftigen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betrieben werden wir neue Ideen
486 entwickeln, wie wir eine gleichberechtigte Teilhabe und Bezahlung der Geschlechter in der
487 Wirtschaft ermöglichen können. Gleichzeitig wollen wir die Bezahlung, Arbeitsbedingungen und
488 Anerkennung von überwiegend weiblich besetzten Berufsfeldern gezielt verbessern.

489
490 Menschen mit Behinderungen bieten mit ihren vielfältigen Kompetenzen ein großes
491 Fachkräftepotenzial. Wir wollen einen Kulturwandel hin zu einer inklusiven
492 Arbeitsmarktpolitik und auch die EU-Förderprogramme stärker darauf ausrichten. Die
493 gesetzlichen Vorschriften zur Beschäftigung und Ausbildung von Menschen mit Behinderung
494 sowie zum barrierefreien Arbeitsplatz wollen wir konsequent durchsetzen.

495 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen um Fachkräfte. Vom Bauingenieur über die
496 Handwerkerin bis zum Pfleger im Krankenhaus. Wir setzen uns daher für eine umfassende EU-
497 Fachkräftestrategie ein. Bei der Anwerbung aus Drittstaaten sollte die EU-Blue-Card-
498 Initiative auf nicht-akademische Berufe ausgeweitet werden, sofern ein konkretes Jobangebot
499 zu marktüblichen Konditionen vorliegt. Gleichzeitig kann Anwerbung und Migration von
500 Fachkräften auch zu ernsthaften Herausforderungen für die Herkunftsregionen führen. Unser
501 Ziel ist deswegen, dass die EU verstärkt in eine partnerschaftliche Ausbildung von
502 Fachkräften investiert - zum Vorteil des Arbeitsmarkts im Herkunftsland wie auch in Europa.

503 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr Auskommen,
504 wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer klimaneutralen
505 Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, attraktiven Aus- und
506 Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit
507 zusammenbringen, gerade in noch strukturschwachen Regionen. Unsere Industriepolitik bietet
508 dafür einen Hebel: Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln, dass
509 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife befolgt
510 werden.

511 **3. Stabile Finanzen**

512 **Europa finanziell wappnen**

513 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre finanzielle
514 Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir auch zu einem relevanten
515 Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können. Diesen Anspruch wollen wir endlich
516 erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren sind weitreichende Entscheidungen zur
517 Finanzierung unserer gemeinsamen europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-Jahre zu
518 treffen.

519 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle Ausstattung der
520 EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessern. Für die
521 Bewältigung großer Herausforderungen haben sich zudem auch gemeinsame europäische Anleihen
522 bewährt. Zweitens muss die EU deutlich mehr Handlungsspielraum im Einsatz ihrer Mittel
523 bekommen, um sie für gemeinsame Investitionen in strategisch wichtigen Bereichen wie der
524 Industriepolitik und für eine Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir
525 sowohl für einen starken Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der
526 EU, als auch für ein neues großes Investitionsprogramm streiten.

527 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen deutlich
528 aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt, gezielt die
529 Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den entscheidenden Feldern der
530 Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die Ausgaben im MFR kritisch auf ihre Wirkung hin
531 überprüfen. Das betrifft insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten die
532 Ausgaben verwalten.

533 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU voraus. Gerade
534 in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer nicht nur aus den Beiträgen der
535 Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch eigene Einnahmen, die ihre finanzielle
536 Ausstattung langfristig sichern. Dafür wollen wir das Prinzip festschreiben, dass Einnahmen,
537 die infolge europäischer Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem EU-Haushalt
538 zugutekommen.

539 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der möglichen
540 Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt zugutekommen. Auch die
541 Einnahmen aus dem neuen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sollen zu 75 Prozent dem EU-
542 Haushalt zufließen.

543 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu einer
544 Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den bereits 2020 von Rat
545 und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln in die Tat umsetzen. Dabei muss
546 die Finanzierung der notwendigen nationalen Klimafinanzierung in den Mitgliedstaaten
547 sichergestellt werden.

548 **Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen**

549 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Grundvoraussetzung für
550 Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in Europa. Doch die Architektur der
551 Währungsunion ist weiterhin unvollständig und Europa damit weiter anfällig für Krisen. Das
552 wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket ändern.

553 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz verstetigen
554 wir die gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit der
555 Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen und der
556 Umstellung auf Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in Krisen ab und
557 etablieren endlich eine gemeinsame europäische parlamentarische Kontrolle über zukünftige
558 EU-Hilfsprogramme.

559 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-Kurzarbeitergeldes
560 SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in Krisenzeiten, damit die Mitgliedstaaten
561 Jobs sicher schützen können. Wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden, damit
562 Europa von einer Währungsunion zu einer echten Wirtschaftsunion wird. Indem wir strukturelle
563 Hindernisse für grenzüberschreitende Kapitalströme abbauen, verbessern wir die
564 Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), setzen Potenzial für
565 Investitionen frei und machen zugleich unser Finanzsystem robuster.

566 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die
567 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen Ländern
568 jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen und Wachstum schaffen.
569 Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln sind zu restriktiv formuliert und haben in der
570 Summe notwendige Investitionen in vielen EU-Mitgliedstaaten verhindert, während sie
571 gleichzeitig für die Europäische Kommission nicht mehr sinnvoll und nachvollziehbar
572 anwendbar waren. Deshalb streiten wir für eine ambitionierte Reform, die mehr Transparenz
573 und mehr Spielraum für Investitionen schafft, und deren Ergebnis von der Kommission
574 konsequent durchgesetzt wird.

575
576 Zu einer krisenfesten Währungsunion gehört auch, dass alle Mitgliedstaaten innerhalb der
577 Gemeinschaft möglichst ausgewogene Leistungsbilanzen haben, um gefährliche Ungleichgewichte
578 zu vermeiden, die etwa durch Unterbietungswettbewerbe bei Löhnen, Steuern und sozialen
579 Sicherungssystemen entstehen können.

580 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Buchgeld der
581 Geschäftsbanken und zum Bargeld, welches weiterhin als barrierefreies Zahlungsmittel möglich
582 bleiben wird. Der digitale Euro befördert die Digitalisierung der Wirtschaft und ermöglicht
583 Verbraucher*innen digitalen Zugriff auf sicheres und wertstabiles Zentralbankgeld. Als
584 öffentliches Gut kann er einen wertvollen Beitrag zur finanziellen Inklusion, zur
585 Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im digitalen Zeitalter
586 leisten.

587 **Finanzmärkte verantwortungsvoll gestalten**

588 Unsere Wirtschaft und Gesellschaft sind auf funktionierende Finanzmärkte angewiesen. Wir
589 wollen die Verantwortung aller Finanzmarktakteure stärken - für Investitionen von
590 Unternehmen, für Arbeitnehmer*innen, für das Gemeinwohl. Über starke Finanzmarktregulierung
591 wollen wir Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel Wohnen und Gesundheit, vor Spekulation
592 schützen. Um Spekulationen und die Orientierung an kurzfristigen Zielen an den Finanzmärkten
593 einzudämmen, wollen wir eine Finanztransaktionssteuer einführen.

594
595 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das Finanzsystem
596 resilienter werden und konsequent an den europäischen Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet
597 sein. Dazu braucht es klare Regeln gegen Greenwashing. Jede Finanzierungsentscheidung ist
598 eine Entscheidung über die Wirtschaft der Zukunft und muss deshalb auch mit unseren
599 Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sein.

600 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen von
601 Unternehmen und Bürger*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine weitere
602 Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer deutlich höheren
603 ungewichteten Eigenkapitalquote von mindestens 10%, regelmäßigen Stresstests und der
604 Vollendung der Bankenunion stellen wir die Banken stabil auf. Die wechselseitige
605 Abhängigkeit von Staaten und Banken soll reduziert werden. Deshalb setzen wir uns auf
606 europäischer Ebene dafür ein, Konzentrationsrisiken in Bankbilanzen, auch durch
607 Staatsanleihen, weiter einzudämmen. Mit einer europäischen Einlagenrückversicherung, die den
608 Erhalt der Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt,
609 einem funktionierenden Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit
610 Privatkund*innen vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern, dass
611 Kreditinstitute im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen. Indem wir
612 Banken verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu reduzieren,
613 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität steht.

614 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie Ratingagenturen,
615 Versicherer und Pensionsfonds Klima- und Biodiversitätsrisiken offenlegen und
616 berücksichtigen. Wir setzen uns dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen Gesetzgebung
617 ein, um unnötige Bürokratie – insbesondere bei kleineren Unternehmen – zu verhindern.

618 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung umweltverträglicher
619 Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es falsch, Atomenergie und Erdgas als
620 nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist aber komplexer als ein binäres Ja oder Nein, denn
621 dafür brauchen wir auch starke und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-Autos oder
622 Windräder, die bisher in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir zukünftig besser
623 abbilden. Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen, damit

624 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend finanziert werden.
625 Darüber hinaus wollen wir die Vorschläge der EU Kommission zur Ausgestaltung sozialer
626 Instrumente, etwa einer sozialen Taxonomie, aktiv begleiten, um Investitionen auch stärker
627 in soziale Sektoren zu lenken.

628 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich an
629 Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die Finanzaufsicht hat mit
630 dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch nicht Schritt gehalten. Um das
631 Vertrauen der Anleger*innen zu festigen, wollen wir deshalb die europäischen
632 Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden Kompetenzen gegen Greenwashing ausstatten und ein
633 staatliches Labellsystem für nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher*innen sollen
634 Klarheit haben, welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen Modernisierung unserer
635 Wirtschaft leistet.

636 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das Vertrauen
637 der Sparer*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch Provisionen haben dafür
638 gesorgt, dass Sparer*innen viel zu oft teure, riskante oder unpassende Finanzprodukte
639 verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in der Finanzberatung mittelfristig keine
640 Rolle mehr spielen und jedem den Zugang zu unabhängiger provisionsfreier Beratung
641 ermöglichen. Nur so können wir die Potenziale der Kapitalmarktunion für alle zugänglich
642 machen. Missverständliche Formulierungen, unzureichende Labels sowie intransparente
643 Funktionsweisen von Finanzprodukten wollen wir unterbinden.

644
645 Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und
646 Entwicklung (EBRD) sollen durch einen politisch geschärften Auftrag eine noch stärkere Rolle
647 in der Förderung der klimaneutralen Erneuerung der Wirtschaft spielen.

648 **4. Steuergerechtigkeit**

649 **Steuerhinterziehung bekämpfen**

650 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle ihren fairen
651 Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für Krankenhäuser, für eine gute Bus- und
652 Bahninfrastruktur. Mutige Whistleblower*innen und unabhängige Medien haben in den letzten
653 Jahren eine ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben belegt, wie
654 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in Niedrigsteuerländer
655 zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen und Steueroasen bis hin zu
656 Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast auf die Bürger*innen und besonders
657 kleine und mittlere Unternehmen ab, die rechtmäßig ihre Steuern zahlen. Schätzungen zufolge
658 verursacht Steuermisbrauch EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170 Milliarden Euro.
659 Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme. Die EU kann
660 hier einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

661 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von Gewinnen in
662 Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht strengere Kriterien, um
663 sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen wirklich vollständig wird. So fehlen
664 aktuell namhafte Steueroasen wie beispielsweise Singapur. Länder mit einem Steuersatz von
665 null Prozent müssen automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie beispielsweise
666 Bermuda oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die Liste gesetzt
667 wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch getroffen werden.

668 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden wesentlich
669 verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen zu stärken. Wir
670 begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst werden sollen.

671 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur existieren, um
672 Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, den

673 entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und ohne ihn abzuschwächen anzunehmen –
674 die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit Vorreiterin. Wir wollen außerdem künstliche
675 Intelligenz zur Aufdeckung von Steuerbetrug und zur Erkennung von Schlupflöchern
676 diskriminierungsfrei einsetzen.

677 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es sich beim
678 Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländer.
679 Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur Einführung eines EU-weiten Systems
680 für die Quellensteuer auf Dividenden und Zinszahlungen und setzen uns für einen weiteren
681 Schritt ein – einen EU-weiten Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen wir das
682 Problem von Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der EU angehen.

683 **Steuerdumping beenden**

684 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb zwischen den EU-
685 Mitgliedstaaten bei den Körperschaftssteuersätzen erschweren faire Wettbewerbsbedingungen im
686 Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Steuergesetzgebung Schritt halten mit neuen
687 Geschäftsmodellen, die internationaler, komplexer und digitaler geworden sind. So
688 profitieren die großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie Daten, Wissen
689 oder Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen Niederlassung oder
690 Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die Nutzer*innen digitaler Dienste
691 verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der Bäckerladen um die Ecke einen deutlich
692 höheren Steuersatz zahlt als ein internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen müssen ihren
693 gerechten Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

694 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist ein großer
695 Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs auf Ebene der
696 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – endlich auf eine
697 Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen von 15 Prozent geeinigt. Damit können
698 sie sich einem Mindeststandard an Besteuerung nicht mehr entziehen. Die Umsetzung in den
699 Mitgliedstaaten und der Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen zur
700 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die Mindestbesteuerung
701 ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen Steuersystems. Er reicht aber
702 noch nicht aus, damit die großen Digitalunternehmen, der E-Commerce oder multinationale
703 Unternehmen in Europa fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene aktuell
704 stockenden Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein, sollte die EU-
705 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

706 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für alle sichtbar
707 macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung von
708 Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein Meilenstein. Wenn große Unternehmen
709 offenlegen, wie viel Steuern sie in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen, führt das zu
710 einer besseren Kontrolle ihrer Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle Länder
711 erfasst. Wir werden darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur Überprüfung der
712 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite Aufschlüsselung
713 relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen Steuerwettbewerb zwischen den
714 EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es darüber hinaus ein klares Rahmenwerk der EU für
715 Steuerbegünstigungen, die einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

716
717 Wir setzen uns dafür ein, die marktdominierende Stellung der großen
718 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu adressieren. Dafür braucht es eine klare Trennung
719 zwischen Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung, vermehrte Joint Audits und eine nachhaltige
720 Reduktion der finanziellen Verknüpfung zwischen Prüfern und den zu prüfenden Unternehmen.

721 **Gemeinwesen solidarisch finanzieren**

722 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliardengewinne von Unternehmen einen
723 fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch zu finanzieren, Klimaschutz
724 und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen. In der ganzen EU hat die
725 starke Ungleichverteilung und Konzentration insbesondere von Vermögen weiter zugenommen.

726 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik
727 handlungsfähig sein. Wir unterstützen die Mitgliedstaaten bei der Einführung und Umsetzung
728 von geeigneten Maßnahmen zur Reduzierung der Vermögensungleichheit. Vorstöße gegen
729 Steuerdumping und Steuerflucht werden immer wieder durch Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten
730 verhindert. Wir wollen die bestehenden Möglichkeiten der Verträge ausschöpfen, qualifizierte
731 Mehrheitsentscheidungen zu treffen. Perspektivisch eröffnet die Überwindung des
732 Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen Handlungsspielraum.

733 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch hohe
734 Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen Gewinnen einiger
735 Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die durch sprunghaft gestiegene
736 Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass sich die EU in dieser Situation auf eine
737 Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch die die großen Energiekonzerne einen Krisenbeitrag an
738 die Gesellschaften zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der gegenwärtigen Inflation
739 wurde durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene Produktionskosten
740 gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument einer gegebenenfalls progressiv ausgestalteten
741 Übergewinnsteuer auch für andere Bereiche fest zu verankern, um in ökonomischen
742 Sondersituationen die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Schlupflöcher wie das
743 Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere Geschäftsjahre oder die Gewinnverlagerung ins Ausland
744 müssen geschlossen werden.

745 **5. Innovationskraft und Bürokratieabbau**

746 **Europäische Forschung an der Weltspitze verankern**

747 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen
748 unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres gesamten Kontinents und darüber
749 hinaus. Deswegen ist eine europäische Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Menschen und
750 Institutionen aus ganz Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien Wissenschaft
751 unterstützt, ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Wir wollen,
752 dass die nächsten großen Durchbrüche in den Bereichen der klimafreundlichen Mobilität, der
753 Informationstechnologie oder der Behandlung von Krankheiten wie ME/CFS, Krebs oder Alzheimer
754 in Europa erdacht und produziert werden. Daher müssen die Ausgaben für Forschung und
755 Entwicklung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Europa deutlich steigen.

756 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizon Europe, das die Forschungsaktivitäten der EU
757 bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei Antragsteller*innen sehr beliebtes
758 Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen sucht. Wir wollen seinen Umfang im nächsten
759 europäischen Finanzrahmen ausbauen.

760 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die missions-
761 und anwendungsorientierte Forschung und den Transfer beinhalten. Zentral dafür ist die
762 Klimaforschung, für die wir im laufenden Zyklus von Horizon Europe eine feste Quote von 35
763 Prozent für die europäische Klimaforschung verankern konnten. Künftig wollen wir auch eine
764 wesentlich stärkere Förderung für die Biodiversitätsforschung etablieren. Wir treten für
765 eine gut ausgestattete Grundlagenforschung ein – etwa im European Research Council, der
766 Exzellenzforschung par excellence. Die für Forschende so wichtige Marie-Sklłodowska-Curie-
767 Mobilitätsförderung wollen wir verstetigen. Wir machen uns auch weiterhin dafür stark, dass
768 Sozial- und Geisteswissenschaften einen festen Platz in der EU-Förderkulisse bekommen und
769 dabei auch kritische Wissenschaften Berücksichtigung finden, denn sie sind von hoher

770 Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und Demokratie. Indem sie ein
771 besseres Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge und Notwendigkeiten schaffen, helfen
772 sie dabei die multiplen Krisen mit ganzheitlichen Lösungsansätzen zu bewältigen. Der
773 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine lehrt uns, dass die
774 Friedensforschung und die Forschung rund um die Länder Osteuropas, des Südkaukasus und
775 Zentralasiens intensiviert werden müssen. Die Zusammenarbeit europäischer und ukrainischer
776 Hochschulen wollen wir fördern. Open Access, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse und
777 Forschungsdaten auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar sein sollen,
778 wollen wir als Prinzip von Horizon Europe weiterhin stärken und in internationaler
779 Zusammenarbeit unterstützen.

780 Horizon Europe ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was den
781 Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den Anspruch: Horizon Europe
782 muss zugänglicher und internationaler werden. Hierfür wollen wir die Antragsverfahren
783 vereinfachen, entbürokratisieren und weitere Partnerländer einbinden. Bei
784 Wissenschaftskooperationen mit außereuropäischen Partner*innen gilt es, europäische
785 technologische Souveränität zu schützen und Wissenschaftsfreiheit zu garantieren.

786
787 Gute Politik orientiert sich an nachprüfbaren Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen.
788 Wir setzen uns für Standards und Transparenzrichtlinien bei der Beauftragung von
789 wissenschaftlichen Studien und Gutachten ein.

790 **Aus Ideen Wohlstand machen**

791 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender Bedeutung. Wir
792 wollen Ideen auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen. Innovationen sind ein
793 entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen.

794 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte Forschung, die
795 uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen und ihre Ursachen zu
796 verstehen: Wir brauchen beispielsweise einen schnelleren Roll-out der erneuerbaren Energien,
797 effektive Behandlungen für Krebs, smarte digitale Lösungen und Konzepte gegen soziale
798 Ungleichheit. Die Missionen von Horizon Europe sollen sich weiterhin insbesondere am Green
799 Deal orientieren. Um sie umzusetzen, wollen wir Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft
800 und die Wirtschaft zusammenbringen.

801 Innovationspolitik ist ein wichtiger Teil unserer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik.
802 Wir wollen die transferorientierten Programmbestandteile von Horizon Europe so ausbauen,
803 dass die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer Umsetzung unterstützt werden. Um die Teilnahme an
804 Förderprogramme auch für KMU, kommunale Institutionen und NGOs attraktiver zu machen, soll
805 die Beantragung und die Dokumentation der Projekte möglichst vereinfacht werden.

806 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen, in denen
807 Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und die öffentliche Hand gemeinsam an den notwendigen
808 Lösungen für die Zukunft arbeiten. Solche Cluster von Forschung, Lehre und Praxis sind
809 zentral, um Innovationen zu fördern, schneller in die Anwendung zu bringen und vor Ort
810 klimaneutralen Wohlstand zu schaffen. Dabei sollen neben den Universitäten auch die
811 Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Fachhochschulen in den Blick genommen werden.
812 Bislang profitieren diese von der EU-Förderung häufig nicht im selben Maße wie
813 Universitäten, sind aber besonders in der anwendungsnahen Forschung sehr stark. Um das zu
814 verbessern, wollen wir die Antrags- und Finanzierungsbedingungen der einschlägigen Programme
815 in den Blick nehmen.

816 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies gilt
817 beispielsweise für die Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC), die sich besonders der
818 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder Weiterbildungsprogrammen. Durch

819 eine Stärkung des Wissensdreiecks von Hochschulbildung, Forschung und Innovation können wir
820 möglichst vielen eine Chance geben, sich in zentrale Zukunftsthemen einzubringen.

821 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem relevanten
822 Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von öffentlich-privaten
823 Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der Industrie verwalten. Wir möchten
824 hier eine Transparenzinitiative starten, bestehende Partnerschaften überprüfen und
825 sicherstellen, dass Hochschulen, Forschungsinstitute und Gründer*innen stärker von diesen
826 Förderinstrumenten profitieren. Neben den bewährten Forschungsformaten sind auch
827 Langzeitstudien ein wichtiger Beitrag zu einer ausgewogenen Forschung.

828
829 Raumfahrt ist entscheidend für Europas technologische und strategische Souveränität. Europa
830 muss deshalb eine führende Rolle in der Raumfahrt spielen und braucht einen unabhängigen und
831 zuverlässigen Zugang zum Weltraum. Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit der
832 Raumfahrtindustrie unter dem Grundsatz "New Space", etwa durch die Förderung neuer
833 Technologien und einen europäischen Launcher-Wettbewerb. Wir fördern das EU-
834 Weltraumprogramm, die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und das
835 Astronaut*innenprogramm. Mit einem europäischen Weltraumgesetz gehen wir international
836 voran, gewährleisten Nachhaltigkeit und schaffen Wachstumschancen und Rechtssicherheit für
837 europäische Unternehmen.

838 **Mit Europäischen Start-ups durchstarten**

839 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges Gründungsgeschehen. Hier
840 entstehen Start-ups und Geschäftsmodelle von morgen. Dafür muss Gründen einfacher und
841 schneller werden. Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedstaat One-Stop-Shops
842 gibt. Dort finden Gründer*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Ein digitaler Kompass
843 soll einen Überblick über alle Förderprogramme für Gründer*innen bieten. Mit einem Klick
844 ohne Umwege zur Antragstellung - das ist unser Ziel.

845 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für junge Unternehmen, damit der
846 Know-How-Transfer in der EU besser koordiniert wird. Mit einer europäischen Start-up
847 Strategie bündeln wir wichtige Maßnahmen für besseren Zugang zu Wagniskapital, zur Gewinnung
848 von Talenten und zu öffentlichen Aufträgen für junge Unternehmen. Dabei soll auch das
849 Potential von unterrepräsentierten Gruppen, insbesondere Frauen und Menschen mit
850 Migrationsgeschichte besser genutzt und unterstützt werden, so dass ihre Ideen gerechte
851 Chancen auf Umsetzung haben.

852 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit anderen EU-
853 Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um Gründungen in der
854 Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir regelmäßige europäische Matching
855 Hubs ins Leben rufen, die private Investor*innen mit Gründer*innen an einen Tisch bringen,
856 eine Messe für Geschäftsmodelle der Zukunft. Eine gute Innovationsförderung besteht auch
857 darin, gute und verlässliche Arbeitsbedingungen in Wissenschaft und Wirtschaft umsetzen und
858 nachhaltig zu sichern.

859 Für die Stärkung innovativer Start-ups und klimafreundlicher Industrie, gerade in
860 grenzüberschreitenden Regionen, möchten wir den Europäischen Fonds für regionale
861 Entwicklung (ERDF) ausbauen und verstärkt nutzen.

862 **Mittelstand und Handwerk fördern**

863 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und
864 des Handwerks sind Motor der europäischen Wirtschaft. Gerade in den ländlichen Räumen bieten
865 das Handwerk und KMU Arbeitsplätze und Stabilität. Sie entwickeln, produzieren, installieren
866 und warten beispielsweise Zukunftstechnologien wie Solaranlagen und Wärmepumpen. Europa lebt
867 vom Miteinander und den Problemlösern vor Ort. Gerade aber KMU, von Industrie bis Handwerk,

868 werden im Verhältnis besonders stark durch die Einführung neuer Regelungen und bürokratische
869 Hürden bei Förderprogrammen belastet. Wir werden deshalb die KMU-Tests verbessern und
870 konsequent anwenden, mit denen die Auswirkungen von neuen Gesetzen auf KMU entsprechend dem
871 „Think small first“ Prinzip immer vorab überprüft werden, und entsprechend entlastende
872 Anpassungen vornehmen. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und
873 Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen ein und unterstützen bei der Umstellung. Die
874 Ausbildung in den Handwerksbetrieben fördern wir besonders. Durch vereinfachte
875 Antragsverfahren und reduzierte Berichtspflichten erleichtern wir den Zugang von KMU zu
876 Förder- und Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von festgelegten KMU-Quoten stellen wir
877 sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich zugutekommen. Die Förderlandschaft in
878 der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit nationalen Förderinstrumenten verzahnen.

879 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in der Praxis
880 als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller Regulierungen ein, um
881 bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder
882 zu streichen. Wir bevorzugen, wenn möglich und gleich effektiv, eine gestufte und flexible
883 Regulierung für Unternehmen anstatt einer harten Regulierung. Beispielsweise wollen wir die
884 Meldepflicht bei touristischen Übernachtungen und die A1-Bescheinigungen durch einen
885 praktikableren Ansatz mit pragmatischen Lösungen für kleine Betriebe ersetzen.

886 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung. Dadurch
887 können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und Anträge leichter
888 gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen so weit wie möglich digital erfolgen.
889 Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung von
890 europäischen und nationalen Behörden soll das Once-Only-Prinzip eingeführt werden, damit
891 Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im Rahmen der
892 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu können. Die
893 Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend abschaffen.

894 **6. Digitale Souveränität**

895 **Europa digital fit machen**

896 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer Zeit. Sie
897 erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung, Gesundheit oder Energie völlig
898 neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung und für
899 die Vereinfachung vieler Aufgaben für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über das
900 Management von Lieferketten in der Industrie bis hin zur Erforschung und Therapie schwerer
901 Krankheiten. Wir wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch vernetzten und
902 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

903 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer
904 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger*innen befähigt und Freiheit stärkt, und einer
905 Digitalisierung, die aus wirtschaftlichen oder politischen Interessen Bürger*innen
906 entmündigt und Überwachung fördert. Europa muss sich in diesem Wettstreit selbstbewusst
907 positionieren und einen großen Schritt machen, um attraktiver Standort für Talente und
908 innovative Unternehmen zu sein und so die rasante digitale Entwicklung mitzugestalten. Wir
909 wollen deshalb die digitale Souveränität Europas sichern, stärken und ausbauen.

910 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine resiliente und
911 klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze, Mobilfunknetze, Knotenpunkte,
912 Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler Lieferketten zählen. Wir wollen vermehrt die
913 Entwicklung und Produktion von Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben, sei es die
914 Produktion und Entwicklung von Halbleitern, Satellitenkommunikation oder Mobilfunktechnik.
915 Die Anbindung an die globale Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten,
916 wollen wir mit starken europäischen Akteuren gestalten.

917
918 Digitale Souveränität bedeutet die Entwicklung und Anwendung von Schlüsseltechnologien wie
919 Künstlicher Intelligenz, Quantencomputing und -kommunikation in Europa. Auch hier können wir
920 auf starke europäische Unternehmen in verschiedenen Sektoren setzen und stärken diese
921 Entwicklung mit einer Bündelung von Maßnahmen zum Beispiel zielgerichteten Investitionen im
922 Rahmen des Investitionsprogramms für Innovation, Souveränität und Resilienz.

923
924 Dabei setzen wir uns, wo immer es möglich ist, für die Bevorzugung von freier und
925 quelloffener Software und Open Data Lösungen ein. Gerade bei kritischen Infrastrukturen muss
926 die Europäische Kommission gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten dafür sorgen, dass es
927 europäische Standards zur IT-Sicherheit ohne Hintertüren und innovative digitale Angebote
928 "made in EU" gibt, beispielsweise Software zur Steuerung von Energie- und Wasserversorgung,
929 Bahninfrastruktur oder auch Krankenhausinformationssystemen.

930 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben mitzudenken. Wir
931 wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im legislativen Prozess
932 berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen schneller und effizienter erbracht
933 werden. Vor allem kann die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse helfen, politische Regeln
934 – vom Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der wirtschaftlichen Praxis
935 handhabbar zu machen.

936 **Künstliche Intelligenz europäisch gestalten**

937 Die Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine riesige Chance für
938 viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser Leben vereinfachen und unseren
939 Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag, Bildung und Wissenschaft, Verwaltung und
940 Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-gestützte Verfahren können dabei helfen,
941 den Einsatz von Wasser sowie Pestiziden zu verringern und gleichzeitig den Ernteertrag
942 erhöhen. Sie schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit.

943
944 Gleichzeitig zeigen sich durch die rasanten Fortschritte von KI neue Risiken. Diese reichen
945 von großflächigen Cyberattacken durch KI-unterstützte Schwachstellensuchen über die
946 strukturelle Benachteiligung von gesellschaftlichen Gruppen bis zu Risiken wie fehlerhaften
947 Situationsbewertungen beim autonomen Fahren. Wir wollen KI nach unseren gemeinsamen Werten
948 einsetzen, um einen effektiven Schutz der Menschenrechte und Gleichberechtigung zu
949 gewährleisten. Wir unterstützen daher Forschung und Technologiefolgenabschätzung, die die
950 Einführung dieser Technologie begleiten sollen, und setzen uns für eine Regulierung nicht
951 nur auf europäischer sondern auch auf globaler Ebene ein. Wir unterstützen den Ansatz, KI-
952 Anwendungen hinsichtlich ihres potenziellen Risikos zu regulieren und wo erforderlich die
953 zugrundeliegenden Quelldaten transparent zu machen.

954
955 Mit dem EU AI Act macht Europa einen großen Schritt in diese Richtung, der weltweit
956 wahrgenommen und genau beobachtet wird. Wir wollen die Potenziale von KI gestalten und
957 nutzbar machen. Dafür benötigen wir neben Verfügbarkeit von Rechenkapazität auch
958 Fachkräfteförderung, eine bessere Verfügbarkeit von Daten und die Unterstützung bei
959 Forschung und Transfer.

960 Neben der internationalen Etablierung von ökologischen IT-Standards wollen wir
961 Nachhaltigkeitsstandards für Software-Designs entwickeln und implementieren, zudem wollen
962 wir energieintensive Rechenzentren künftig klimaneutral betreiben. Für Software und
963 vernetzte Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-Plattformen,
964 Browser, Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke muss die EU
965 Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Wir fordern einen Digital Sustainability Act auf EU-
966 Ebene, um die Innovationskraft der Unternehmen in den Informationstechnologien stärker auf

967 Nachhaltigkeit auszurichten. Zudem wollen wir eine Abwärmeinfrastruktur von Rechenzentren in
968 die europäische Energieinfrastruktur integrieren.

969 **Daten rechtebasiert nutzen**

970 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für zahlreiche
971 innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von Daten leistet einen
972 wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern und zahlreiche gesellschaftliche
973 Probleme anzugehen sowie soziale und ökologische Innovationen zu fördern, Ressourcen zu
974 schonen und die wissenschaftliche Forschung voranzubringen.

975 Wir wollen, dass Europa bei der Verfügbarkeit von Daten einen entscheidenden Schritt voran
976 geht, da diese kritisch für unsere Wettbewerbsfähigkeit sind. Das betrifft die Entwicklung
977 von KI, den Erfolg europäischer KI-Modelle und unsere Innovationsfähigkeit insgesamt. Dafür
978 wollen wir nicht-personenbezogene Daten rechtebasiert besser nutzbar und leichter zugänglich
979 machen. Für den leichteren Zugang zu personenbezogenen Daten prüfen wir Verfahren zur
980 Anonymisierung, Pseudonymisierung und die Möglichkeiten synthetischer Datengenerierung. Wir
981 haben dazu beigetragen, dass dieses Prinzip bei der Gesetzgebung zur Nutzung und dem
982 verbesserten Austausch von Daten zwischen Unternehmen im Rahmen der Datenstrategie umgesetzt
983 wurde. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die öffentliche Verwaltung ihre Daten in
984 maschinenlesbaren Formaten veröffentlicht. Projekte wie die Smart City Barcelona können ein
985 Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie Innovation
986 vorangetrieben werden.

987 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den vergangenen
988 Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung des Schutzes von
989 personenbezogenen Daten gesetzt.

990 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings unterschiedlich. Während
991 in Deutschland Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit nötig sind, müssen die Regeln
992 gegenüber den internationalen Digitalkonzernen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten genauso
993 konsequent durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich aufgrund der
994 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können, die für
995 alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale Netzwerke und KI
996 entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für eine einheitliche und
997 konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund- und Bürger*innen-Rechte wirksam zu
998 schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen, die eine
999 Sonderbehandlung von Großkonzernen gegenüber KMU ausschließen. Die anstehende Evaluation der
1000 DSGVO wollen wir nutzen, um die Regelungen bei gleichbleibendem Datenschutzniveau zu
1001 vereinfachen und praxistauglicher zu machen, auch um den besonderen Bedürfnissen von KMU und
1002 Start-Ups Rechnung zu tragen.

1003 Durch die Digitalisierung von Datenschutzvereinbarungen und einer automatisierten
1004 Auskunftsmöglichkeit über erhobene personenbezogene Daten sehen wir weitere Potenziale,
1005 Nutzer*innen in der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die Umsetzung zu
1006 vereinfachen und allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Damit ermöglichen wir Nutzer*innen
1007 mehr Transparenz und Kontrolle über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten. Darüber
1008 hinaus erleichtert der Ansatz es Bürger*innen, ihre Daten für Forschungszwecke zu spenden
1009 und so die für KI-Modelle notwendigen Datenpools zu erzeugen.

1010 **Digitale Standards setzen**

1011 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher*innen und Unternehmen das A und O einer
1012 erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch gemeinsame Standards gefördert
1013 und gewährleistet. Daher treten wir für faire, offene und resiliente digitale
1014 Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf die notwendige
1015 Investitionssicherheit für europäische Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur klare und

1016 verlässliche Regeln stellen innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche
1017 Wirtschaftsräume sicher. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-
1018 Gesetz (DMA) haben wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung des digitalen
1019 Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

1020 Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der Interoperabilität:
1021 Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen. Interoperabilität bezeichnet
1022 die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von Unternehmen, Behörden und
1023 Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse abzuwickeln – vollautomatisch, ohne
1024 manuelle Zuarbeiten oder Medienbrüche. Das erfordert die Standardisierung gemeinschaftlicher
1025 Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden Anwendungsfall. Auf diese Weise können
1026 Einzelpersonen, Firmen, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
1027 gleichermaßen miteinander Transaktionen ausführen.

1028 Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum Durchbruch verhelfen
1029 kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der digitale Mobilfunk (GSM).
1030 Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen, eröffnet damit Wirtschaftsräume und
1031 milliardenschwere Märkte, die vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen aus Europa
1032 riesige Chancen bieten.

1033 Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten
1034 Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen erarbeiten
1035 Vertreter*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die standardisierten IT-Schnittstellen
1036 (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

1037 Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein. Willkürlichen Konsortien
1038 internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir wollen die Standardisierung daher ebenso
1039 für Entwickler*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen öffnen.
1040 Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können, muss ihr
1041 Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese
1042 demokratische Governance zu wachen und für Planungs- und Investitionssicherheit zu sorgen.
1043 Diese Standards sollen frei verfügbar und ohne Lizenzgebühren nutzbar sein. Die EU kann
1044 darüber hinaus durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin einen entscheidenden Beitrag
1045 dazu leisten, diese Standards am Markt durchzusetzen.

1046 **Verbraucherschutz digitalisieren**

1047 Desinformation und Hass nehmen immer mehr Raum in digitalen Medien ein und gefährden das
1048 soziale Miteinander. Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen in der
1049 Gesellschaft und unserer Demokratie muss sich im Verbraucher*innenschutz widerspiegeln. In
1050 den vergangenen Jahren hat die EU hier bedeutende Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem
1051 DMA haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um klare Regeln im Internet zu schaffen und
1052 Wettbewerb wiederherzustellen. Die Big-Tech-Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko
1053 bewerten, dass ihre Algorithmen für die Gesellschaft darstellen – und wo nötig
1054 Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren Druck hin erhalten Wissenschaftler*innen und NGOs
1055 Zugang zu den Daten der Plattformen, um deren Wirkungsweise zu erforschen und öffentlich zu
1056 machen. Dabei sind gerade auch die werbe- und trackingbasierten Geschäftsmodelle auf den
1057 Prüfstand zu stellen, deren Algorithmen bevorzugt emotionalisierende Inhalte zeigen, um
1058 Nutzer*innen an die jeweilige Plattform zu binden.

1059
1060 Jetzt gilt es, den DSA und den DMA in Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und
1061 aufgrund der durch Datenzugänge gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum
1062 Schutz von Verbraucher*innen im digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden;
1063 hierzu wollen wir auf nationaler und europäischer Ebene die Verbraucherschutzstellen
1064 stärken. Die Regulierung digitaler Plattformen muss die Dominanz großer digitaler

1065 Marktplätze stärker in den Blick nehmen. Immer stärker kommt es in diesem Zusammenhang auch
1066 zu Grundrechtsverletzungen dieser Plattformen, wenn Nutzer*innen grundlos gesperrt werden.

1067
1068 Ergänzend zu den Regeln des digitalen Verbraucherschutz ist auch die digitale Bildung ein
1069 wichtiger Baustein, um die Rechte und die Teilhabe aller Bürger*innen an der digitalen
1070 gesellschaftlichen Debatte zu gewährleisten und ihre Informationskompetenz zu stärken.

1071 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten und
1072 Verbraucher*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss gewährleistet sein, dass
1073 KMU ihre Produkte zu fairen Bedingungen online handeln können. Dafür werden wir nötigenfalls
1074 das Wettbewerbsrecht nachschärfen. Digitale Geschäftsmodelle müssen sparsam mit der Nutzung
1075 personenbezogener Daten umgehen. Wir wollen die Rechte von Nutzer*innen auf digitalen
1076 Kommunikationsplattformen stärken. Interoperabilität hilft dabei: Plattformen sollen
1077 miteinander kommunizieren können, sodass Nutzer*innen unterschiedlicher Dienste miteinander
1078 in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch möglich und verbessert,
1079 damit Nutzer*innen beim Verlassen von Plattformen darauf zurückgreifen können.

1080 **7. Kreislaufwirtschaft**

1081 **Ressourcenverbrauch und Rohstoffabhängigkeiten reduzieren**

1082 Der Verbrauch und die Verschwendung von Ressourcen trägt zu den ökologischen und sozialen
1083 Krisen unserer Zeit bei. Wir werden uns daher auch auf europäischer und internationaler
1084 Ebene für verbindliche Ressourcenschutzziele einsetzen, um den absoluten Ressourcenverbrauch
1085 zu senken, damit unsere Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen kommt.

1086
1087 Für eine klimaneutrale Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir
1088 Rohstoffe, denn sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach. Laut
1089 Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an metallischen Rohstoffen allein
1090 für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040 vervierfachen, um die Ziele des Pariser
1091 Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in Ländern des
1092 Globalen Südens abgebaut – und in der Volksrepublik China in Schmelzen und Raffinerien
1093 weiterverarbeitet. Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von Metallen zu
1094 75 bis 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges Land die
1095 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine Rohstoffquellen
1096 diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Eine besonders wichtige Rolle
1097 nimmt dabei die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Sekundärmaterialien ein. Wir
1098 setzen uns deshalb für die Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für regelmäßige
1099 und verpflichtende Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um die Rohstoffsicherheit der
1100 europäischen Wirtschaft zu gewährleisten.

1101 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für mehr
1102 Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65 Prozent der
1103 Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen dürfen. Unser Ansatz der
1104 Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die Reduktion des Rohstoffverbrauchs und
1105 die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders knapper
1106 Rohstoffe, die Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU sowie die
1107 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der
1108 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei ambitionierte
1109 Nachhaltigkeitsziele verfolgt. Für mehr Rohstoffsicherheit und Umweltschutz wollen wir
1110 zeitnah noch offene Gesetzesvorhaben aus dem Green Deal und den Aktionsplan für eine
1111 Kreislaufwirtschaft und unter Einhaltung der Abfallhierarchie umsetzen. Dabei setzen wir auf
1112 ambitionierte Vermeidungs-, Wiederverwendungs- und Rezyklateinsatzziele, sowie mehr
1113 Ecodesign statt Downcycling.

1114 **Zirkulär wirtschaften**

1115 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine
1116 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen und wir
1117 machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur Rohstoffsicherheit ist das
1118 Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Die Kreislaufwirtschaft
1119 verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast,
1120 wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein Minimum reduziert
1121 werden. Das beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir eine
1122 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines „Designs for
1123 Re-Use, Repair and Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie nun
1124 auch in diesem Sinne weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere
1125 Mindestkriterien erfüllen, um Klima und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen den
1126 gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte in den Blick nehmen, damit neben der Produktion auch
1127 die Verwendung und die Verwertung möglichst nachhaltig sind. Wir treten für eine
1128 Kreislaufwirtschaft ein, die den Erhalt und die Sanierung des Gebäudebestands priorisiert,
1129 die Wiederverwendung von Bauprodukten fördert und den Ausbau von digitalen Bauteilbörsen
1130 unterstützt. Wir setzen auf ökologische und recycelte Bauprodukte, den digitalen Gebäudepass
1131 und einen digitalen Baustoff- und Bauteilpass.

1132 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es einfacher und
1133 günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So werden Ressourcen unnötig
1134 verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen Abfall aus noch gebrauchsfähigen Waren
1135 verursacht. Für eine Gesellschaft ohne Müll wollen wir das Recht auf Reparatur stärken, eine
1136 Pflicht zur Bereitstellung von Ersatzteilen einführen und die Zerstörung von Neuwaren
1137 minimieren. Transparenz und Verlässlichkeit für Verbraucher*innen durch einen Haltbarkeits-
1138 und Reparaturindex etwa für Haushaltsgroßgeräte und längere Gewährleistungsfristen können
1139 dabei zentrale Ansätze sein. Auch das Zerstören zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel
1140 soll so bald ein Ende haben. Darüber hinaus wollen wir Möglichkeiten stärken, Produkte unter
1141 sozialgerechten Rahmenbedingungen zu mieten und zu leihen.

1142
1143 Wir wollen auf der EU-Textilstrategie aufbauen und eine kreislauffähige Textilproduktion mit
1144 besserer Haltbarkeit, Reparaturmöglichkeit, Wiederverwendung und Recyclingfähigkeit
1145 erreichen. Dafür wollen wir alternative Geschäftsmodelle wie Reparatur, Miet- und Sharing-
1146 Dienste für Textilien fördern.

1147 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund lückenhafter
1148 Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente Umsetzung der neuen
1149 Abfallverbringungsverordnung den Riegel verschieben. Wir wollen weltweit die
1150 Plastikverschmutzung stoppen und setzen uns dafür ein, dass Plastikmüllexporte in
1151 Drittstaaten gänzlich beendet werden. Die EU soll bei den derzeit laufenden Verhandlungen
1152 über ein globales Plastikabkommen für weltweit verbindliche Regeln für nachhaltiges
1153 Produktdesign und zur Förderung von Plastikvermeidung, Mehrweg und Recycling eintreten.

1154 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen europäischen Ansatz,
1155 damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität auf unserem Kontinent effektiv
1156 nutzen können. Dazu gehört auch der heimische Bergbau von knappen Rohstoffen und die
1157 Stärkung der Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
1158 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards
1159 ambitioniert voranbringt. Den Abbau von Rohstoffen im Tagebau wollen wir möglichst
1160 reduzieren.

1161 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern, Infrastrukturen,
1162 aber auch in unseren Deponien und Halden liegen Rohstoffquellen, die wir bislang nicht
1163 ausreichend erschlossen haben. Deshalb wollen wir eine konsequente Wiederverwendung und
1164 Weiternutzung von Rohstoffen durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die Chancen von

1165 digitalen Lösungen nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch schaffen
1166 wir neue Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen
1167 Primärrohstoffen.

1168 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit einführen und gegenüber Einwegverpackungen
1169 Vorrang einräumen. Um die nationalen Sammelquoten für Batterien zu erreichen, wollen wir ein
1170 europaweites Pfandsystem für Batterien schaffen. Eine Wiederverwendung hat dabei immer
1171 Priorität vor dem Recycling. Die Verwendung von kritischen Rohstoffen wie Lithium sollte
1172 durch weniger kritische Mineralien ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz von
1173 Natrium-Ionen-Batterien. Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

1174 **Rohstoffpartnerschaften schließen**

1175 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten, setzen wir uns
1176 für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf ab, neue und strategische
1177 Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und bestehende Partnerschaften zu vertiefen.
1178 Wir unterstützen internationale Kooperationsformate wie die Minerals Security Partnership
1179 (MSP) und eine verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für kritische Rohstoffe.

1180 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern
1181 weltweit vertiefen und diese dadurch bei der Um- und Durchsetzung der UN-
1182 Nachhaltigkeitsziele und internationaler Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen
1183 Kooperationsangebote nicht einseitig am europäischen Versorgungsinteresse ausrichten,
1184 sondern Partnerländern dabei zur Seite stehen, ihre Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu
1185 erhöhen. Wir wollen mit ihnen gemeinsam grüne Lieferketten der Zukunft aufbauen und die
1186 Bevölkerung dadurch an den Gewinnen aus dem Ressourcenabbau beteiligen. Wir wollen Länder
1187 bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und andere Finanzierungsinitiativen unterstützen
1188 und in diesem Kontext auch den Ausbau von Transport- und Energieinfrastruktur fördern.

1189 **8. Moderne Mobilität**

1190 **Europas Verkehrswende voranbringen**

1191 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa klimafreundlich, barrierefrei, sicher
1192 und bezahlbar mobil zu sein. Wir setzen uns dafür ein, dass klimafreundliche Mobilität auch
1193 preislich am attraktivsten und für alle erschwinglich ist. Dazu gehört, dass Menschen sich
1194 auch ohne eigenen Personenkraftwagen komfortabel bewegen können. Damit das gelingt,
1195 modernisieren wir das europäische Bahnnetz und machen es zum Rückgrat der
1196 Infrastrukturunion. Für eine erfolgreiche Verkehrswende in ganz Europa brauchen wir
1197 grenzüberschreitend moderne, gut ausgebaute Schienenwege und attraktive Züge, ein
1198 engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, barrierefreien Fußgängerverkehr, den Ausbau der
1199 E-Ladeinfrastruktur, ein sicheres Straßennetz, klimafreundlichen Flug- und Schiffsverkehr
1200 und attraktive Angebote, um verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren. Dazu tragen
1201 integrierte Stadtentwicklung und Raumplanung mit dem Konzept der kurzen Wege entscheidend
1202 bei. Mit dem Instrument der Sustainable Urban Mobility Plans (SUMP) wollen wir dies in
1203 allen größeren Städten Europas voranbringen. Innovative Verkehrsmittel und neue
1204 Mobilitätslösungen wie beispielsweise Seilbahnen oder autonom fahrenden ÖPNV wollen wir
1205 unterstützen.

1206 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und selbstbestimmtes
1207 Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf dem Land. Wir setzen uns dafür
1208 ein, dass das europäische Bahnnetz weiter entwickelt wird, auch um damit klimafreundlichen
1209 Tourismus in Europa zu fördern. Dafür muss der Ausbau der Transeuropäischen Netze Verkehr
1210 (TEN-V) Schiene deutlich schneller und mit einem höheren Finanzierungsanteil der EU
1211 erfolgen. Auch die Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern, europäischer
1212 Güterverkehr und gute Nachtzüge haben für uns Priorität. Wir wollen weitere Anreize für die
1213 Verlagerung von Gütern auf die Schiene und die Binnenschifffahrt schaffen. Dafür benötigen

1214 wir ein europaweit einheitliches Güterzugnetz mit Schnellverladeterminals für Kombinierte
1215 Verkehre, an denen LKW-Ladungen auf Züge umgeladen werden können. So machen wir den
1216 umweltfreundlichen Transport von Gütern wettbewerbsfähiger, verlässlicher und günstiger.
1217 Mittelfristig wollen wir den Deutschlandtakt zu einem Europatakt ausbauen.

1218 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken innerhalb
1219 Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen. Ein massiver Ausbau des
1220 barrierefreien
1221 Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns deshalb für reduzierte Trassenpreise,
1222 eine bessere Förderung für grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der
1223 Eisenbahninfrastruktur und insbesondere eine industriepolitische Offensive für moderne
1224 Schlafwagen ein.

1225 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große
1226 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung. Insbesondere das
1227 industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale, ressourceneffiziente
1228 Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb setzen wir uns für eine
1229 europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau sicherer Fahrradwege und die Förderung
1230 der privaten und gewerblichen Nutzung von Cargobikes umfasst.

1231 **Tickets einfach buchen**

1232 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle Zugreisen in
1233 Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System können wir
1234 Buchungsplattformen in die Lage versetzen, grenzüberschreitend durchgehende Fahrkarten
1235 einschließlich Sharing-Angeboten sowie Ein- und Ausstiegshilfen für alle anzubieten. Dabei
1236 werden jeweils die günstigsten Fahrkarten auf einfache Weise zugänglich gemacht. Reisende
1237 werden anschauliche und transparente Informationen zu den Kosten, Fahrzeiten, zur
1238 Barrierefreiheit sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen und die für sie
1239 beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt, müssen Buchungen
1240 einfacher erfolgen.

1241 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten. Interrailtickets sollten
1242 leichter reserviert werden können. Wir wollen zum unbeschwerten Reisen einladen und deshalb
1243 die Fahrgastrechte stärken. Zum Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden beliebigen
1244 nächsten Zug oder Bus nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen Unternehmen
1245 betrieben wird.

1246 Auch im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine konsequente Umsetzung des Open-
1247 Data-Prinzips mit offenen Schnittstellen dafür sorgen, dass europaweit Mobilitätsangebote
1248 für alle leicht und günstig nutzbar sind. Insbesondere Sharing-Modelle und die Kombination
1249 verschiedener Verkehrsmittel, zum Beispiel E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon
1250 profitieren. Um klimafreundliche und barrierefreie Mobilität zu fördern, wollen wir
1251 Fahrgästen in neuen Zügen die Fahrradmitnahme ermöglichen und das Recht auf Mittransport
1252 notwendiger Mobilitätshilfen kostenlos sicherstellen.

1253 Daneben wollen wir in Europa das Flatrate-Prinzip im ÖPNV stärken, das wir mit dem
1254 Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das Deutschland-Ticket soll
1255 auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den grenzübergreifenden Austausch zu
1256 stärken. Flatrate-Tickets mit ähnlichem Prinzip sollen gegenseitig anerkannt werden. So
1257 erreichen wir Schritt für Schritt, dass man mit einem Europaticket den Nahverkehr in der
1258 gesamten EU nutzen kann.

1259 **Antriebswende umsetzen**

1260 Für klimaneutrale Mobilität wollen wir umfassende Angebote gestalten: Ein attraktiver ÖPNV
1261 ermöglicht eine Verkehrswende, und im Zusammenspiel mit integrierter Stadtplanung für

1262 kürzere Wege sogar eine Mobilitätswende. So ermöglichen wir komfortable Fortbewegung auch
1263 ohne eigenes Auto mit zuverlässigen und kostengünstigen Angeboten für alle. Und für das
1264 Klima arbeitet im Kern der Mobilitäts- und Verkehrswende die Antriebswende, die dafür sorgt,
1265 dass sich die Dinge klimaneutral und leise bewegen. Es muss das Prinzip gelten, so viele
1266 Verkehrsmittel wie möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Den Einsatz
1267 von grünem Wasserstoff und den darauf basierenden E-Fuels unterstützen wir im Schiffs- und
1268 Luftverkehr. Im Straßenverkehr jedoch lehnen wir den Einsatz von E-Fuels aufgrund von
1269 mangelnder Energieeffizienz, sowie ebenfalls mangelnder Klima- und Umweltfreundlichkeit ab.
1270 Grünen Wasserstoff fördern wir im Straßenverkehr nur im Bereich der schweren Nutzfahrzeuge.

1271 Die Automobilindustrie bietet als zentraler Industriezweig viele Arbeitsplätze. Wir wollen
1272 die Industrie - und insbesondere die dort Beschäftigten - auf dem Weg zu klimaneutralen und
1273 ressourceneffizienten Mobilitätsangeboten unterstützen. Die EU hat in einer historischen
1274 Entscheidung beschlossen, dass ab 2035 keine fossilen Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu
1275 zugelassen werden dürfen. Bis 2030 sollen Emissionen bei neuen PKW zudem gegenüber 2021 um
1276 55% reduziert werden. Die CO₂ Reduktion der PKW Antriebe bis 2035 soll dabei konsequent und
1277 noch ambitionierter als bislang beschränkt werden. Das ist gut für den Wirtschaftsstandort
1278 Deutschland, den Klimaschutz und die Verbraucher*innen. Nun wollen wir sicherstellen, dass
1279 mit einem E-Auto ebenso problemlos zum nächsten Bahnhof wie in den Familienurlaub gefahren
1280 werden kann. Den Grundstein für eine flächendeckende, intelligent vernetzte und effiziente
1281 Ladeinfrastruktur für alle Verkehrsmittel haben wir bei der Reform der Verordnung über
1282 alternative Kraftstoffe gelegt: In den nächsten Jahren werden ausreichend Ladepunkte für Pkw
1283 und Lkw an Fernstraßen und im ländlichen Raum errichtet. Ladepunkte müssen ihre Preise
1284 transparent ausweisen. Kund*innen müssen einfach, transparent und ohne überhöhte
1285 Roaminggebühren bezahlen können. Auch für E-Fahrzeuge wollen wir Anreize schaffen, sie
1286 leichter und noch energieeffizienter zu machen.

1287 Der Anteil des Güterverkehrs, der auf der Straße bleibt, wird in Zukunft zu einem weit
1288 überwiegenden Teil batterieelektrisch abgewickelt. Dazubraucht es den schnellen Ausbau der
1289 Ladeinfrastruktur für Lastkraftwagen entlang der europäischen Fernstraßen, in den Depots und
1290 Güterverteilzentren. Dafür haben wir uns erfolgreich eingesetzt und werden dies weiter tun.
1291 Gleichzeitig braucht es eine effiziente Ertüchtigung der Netze, um sie für die neue Aufgabe
1292 zukunftsfähig aufzustellen.

1293 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und Entwicklung durch
1294 Effizienzstandards stärker an Kreislaufwirtschaft, sowie genereller Energie- und
1295 Ressourceneffizienz orientiert werden. So wollen wir größere Anreize für Hersteller
1296 schaffen, um leichtere und effizientere Lösungen anzubieten und Emissionen, beispielsweise
1297 durch Reifen- und Bremsabrieb zu reduzieren. Mit verbraucher*innenfreundlichen Informationen
1298 über Gewicht und CO₂-Fußabdruck von Fahrzeugen sorgen wir für mehr Transparenz und
1299 erleichtern Kaufentscheidungen.

1300
1301 Um den schweren Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen wir die
1302 Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin,
1303 fördern Technologien zur Kraftstoffeinsparung und den schnellen Aufbau einer klimaneutralen
1304 Energieversorgung in Häfen. Für Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer
1305 klimaneutralen Landstromversorgung. So werden fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in
1306 einer Generation der Vergangenheit angehören. Wir erarbeiten eine Europäische
1307 Hafenstrategie, die faire Wettbewerbsbedingungen zwischen europäischen Häfen sicherstellt
1308 sowie die Resilienz des europäischen maritimen Standorts auch gegenüber ausländischen
1309 Investoren stärkt, die den Erwerb und sonstige Kontrolle der europäischen maritimen
1310 Infrastruktur im Blick haben. Die Hafenstrategie optimiert den Investitionsbedarf, stärkt
1311 unseren Kontinent bei globalen Versorgungsketten und schützt vor zu viel Einfluss von

1312 autoritären Staaten. Wir benötigen sie zudem, um weitere ökologische Schäden durch
1313 Standortwettbewerb um immer tiefere Fahrrinnen zu verhindern. Für eine gute
1314 Hinterlandanbindung fördern wir Bahn und Binnenschifffahrt. Durch die Einbeziehung des
1315 Schiffverkehrs in den EU-Emissionshandel, erreichen wir eine verbindliche
1316 Emissionsminderung.

1317
1318 Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von klimaneutralen
1319 Technologien. Die Verlagerung des Flugverkehrs hin zu klimafreundlicheren Alternativen -
1320 insbesondere für Kurzstrecken - bleibt dabei unser Ziel. Wir fordern die europaweite
1321 Einführung einer Luftverkehrsabgabe in Anlehnung an den Energiegehalt, ähnlich wie sie in
1322 Deutschland bereits erhoben wird. Die daraus resultierenden Einnahmen sollen mehrheitlich
1323 dem EU-Haushalt zugutekommen. Europäische Fluggesellschaften sollen dadurch nicht gegenüber
1324 ihren internationalen Mitbewerbern benachteiligt werden.

1325 **Verkehr sicher machen**

1326 Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Sie hat das Ziel, dass es keine
1327 Verkehrsunfälle mit Toten und Schwerverletzten mehr gibt. Wir setzen uns für eine sichere
1328 Verkehrsinfrastruktur für alle, insbesondere für Kinder und ältere Menschen ein. Kommunale
1329 Entscheidungshoheit über Tempo 30 innerorts sowie ein EU-weites Tempolimit auf
1330 übergeordneten Straßen bleiben unser Ziel. Die freiwillige Nachrüstung von
1331 Abbiegeassistenzsystemen in LkW wollen wir weiter fördern, um schnell eine möglichst
1332 vollständige Abdeckung zu erreichen.

1333 Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für ambitioniertere
1334 Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und Motorräder wollen wir stärker
1335 für die Gesundheit der Menschen in die Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die EU-
1336 Umgebungslärmrichtlinie sowie quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise Grenzwerte für
1337 die Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der Technik anpassen.
1338 Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die Gesundheitsbelastung der
1339 Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Auch Stickoxide, (Ultra-
1340)Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für den Schutz der Gesundheit minimiert werden.
1341 Die Luftreinhaltungsrichtlinie und die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige Schritte. Wir
1342 streben zudem die Harmonisierung der europäischen Regeln für Umweltzonen an.

1343
1344 Im unteren Luftraum müssen sich neue Mobilitätsformen daran messen lassen, welchen Nutzen
1345 sie für die Gesellschaft haben. Wir setzen uns deshalb für Regelungen ein, die diese nur im
1346 Einklang mit dem Schutz von Menschen, Natur und Umwelt und unter hohen
1347 Sicherheitsanforderungen erlaubt. Das Recht der Kommunen, sich aktiv an der Planung und
1348 Ausgestaltung von Lufträumen für den Drohnenbetrieb über ihrem Territorium zu beteiligen,
1349 wollen wir stärken.

1350 **9. Intakte Natur**

1351 **Unsere Natur bewahren**

1352 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft, unser
1353 Überleben hängen von ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie
1354 auch in Zukunft noch verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine entscheidende
1355 Aufgabe der Politik. Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der europäischen Lebensräume
1356 – von den nahezu unberührten Wäldern Nord- und Südosteuropas, über unzählige Seen und
1357 vielfältige Kulturlandschaften Mitteleuropas bis hin zum Mittelmeer – unser
1358 Selbstverständnis als Europäer*innen prägt und weltweit für unseren Kontinent steht.

1359 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den vergangenen
1360 Monaten große Durchbrüche erzielt:

1361 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL) sowie die
1362 Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das Abkommen der UN zum Schutz
1363 der Biodiversität auf Hoher See sind historische Meilensteine. 30 Prozent der Land- und
1364 Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Flächen
1365 sogar unter besonderem Schutz. Jetzt gilt es, die vereinbarten Ziele und
1366 Wiederherstellungspläne ebenso wie die EU-Biodiversitätsstrategie vollständig umzusetzen und
1367 dafür verbindliche Zwischenziele und Maßnahmen festzusetzen. Wir setzen uns deshalb ein für
1368 die Schaffung eines Netzwerks von gut überwachten und wirksamen Schutzgebieten an Land und
1369 auf dem Meer, inklusive Nullnutzungszonen. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich
1370 besser geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden erstmals
1371 verbindliche Regeln für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen damit
1372 Meeresressourcen nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im Europäischen
1373 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige Wiederherstellung der
1374 europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt verwirklichen: Eine deutlich
1375 verbesserte Naturschutzfinanzierung und eine Ausrichtung der Agrar- und
1376 Fischereisubventionen auf eine ökologische Nutzung sind zum Erreichen der globalen und
1377 europäischen Ziele unabdingbar. Deshalb fordern wir einen eigenen Naturschutzfonds im EU-
1378 Haushalt ein. Finanzieren wollen wir die Wiederherstellung der Natur mit dem umfassenden
1379 Abbau umweltschädlicher Subventionen. Mit dem NRL sollen bis 2050 alle Ökosysteme auf den
1380 Weg der Erholung geführt werden. Wir arbeiten hin auf eine schnelle und vollständige
1381 Umsetzung der Ziele und Zwischenziele. Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht
1382 verantwortbare Risiken, wie die Gefährdung oder gar Ausrottung ganzer Populationen oder
1383 Arten durch gentechnische Methoden, ausgeschlossen werden.

1384
1385 Wir wollen den Rechtsrahmen auch im Umweltrecht stärken. Zur Verfolgung von Umweltverbrechen
1386 unterstützen wir die Reform der EU-Umweltstrafrechts-Richtlinie sowie die Ächtung von
1387 schwersten Umweltverbrechen im Rahmen der Ergänzung des Römischen Statuts des
1388 internationalen Strafgerichtshofs. Gleichzeitig setzen wir uns in Deutschland und in der EU
1389 dafür ein, eine weitere Versiegelung von Agrar-, Wald- und Naturböden europaweit schnell und
1390 konsequent zu verringern mit dem Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft.

1391 **Artenvielfalt retten**

1392 Neben der Klimakrise ist die Biodiversitätskrise - das rasante Artensterben - die zweite
1393 globale Krise, die unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit bedroht. Beide Krisen
1394 bedingen einander. Wesentliche Ökosystemdienstleistungen wie Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit,
1395 Erosionsschutz, Wasser- und Kohlenstoffspeicherung sowie der Erholungsfunktion sind bedroht.
1396 Gleichzeitig ist eine intakte Natur unsere wichtigste Verbündete im Kampf gegen die
1397 Klimakrise. Naturschutz und Klimaschutz müssen daher gemeinsam gedacht werden. Deshalb
1398 verbinden wir die schnellere Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und den Ausbau von
1399 Erneuerbaren Energien mit der Einhaltung höchster ökologischer Schutzstandards, insbesondere
1400 der europäischen Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie.

1401 Um Klima- und Biodiversitätskrise gemeinsam zu begegnen, wollen wir besonders den
1402 natürlichen Klimaschutz fördern. Wir Schlüsselemente sind hier die Wiedervernässung von
1403 Mooren und Auen, Erhalt und Renaturierung artenreichen Grünlandes, ein naturnaher Waldumbau,
1404 der auch Tiere und Pflanzen schützt, und effektiver Meeresschutz.

1405 Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis ausreichend
1406 wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen und ernsthafte
1407 Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und Wäldern gehören die Ozeane
1408 zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klima- und Biodiversitätskrisen.

1409 Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8 Millionen Tier-
1410 und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und damit ein

1411 unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein wichtiger
1412 Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und
1413 um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten
1414 und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von Ökosystemen
1415 und der Schutz insbesondere von Schlüsselarten, die für das Funktionieren der
1416 Lebensgemeinschaften essentiell sind, müssen deshalb immer mit hoher Priorität
1417 berücksichtigt werden. Wir wollen ökologische Landwirtschaft und naturnahe
1418 Waldbewirtschaftung fördern. Das schont unsere Böden ebenso wie Tiere und Pflanzen und
1419 erhöht die Biodiversität. Die Wälder Europas sind stark gefährdet durch die Folgen der
1420 fortschreitenden Klimakrise. Wir setzen uns ein für die Abkehr von einer monokulturellen
1421 Bewirtschaftung, deutlich weniger Pestizideinsatz und für eine naturnahe Umgestaltung
1422 vorrangig auf Basis von Naturverjüngung. Den wertvollen Altbestand an Wäldern in Europa
1423 wollen wir erhalten und 10% der Wälder Europas für eine natürliche Entwicklung
1424 bereitstellen. Illegale Rodungen und Kahlschlag müssen beendet werden. Stattdessen soll
1425 Wiederbewaldung gezielt gefördert werden. Dafür braucht es europaweit einheitliche
1426 ökologische Mindeststandards für die Forstwirtschaft. Naturholz ist ein vielfältig
1427 einsetzbarer Rohstoff für Bauen und Wohnen, der zu wertvoll ist, ihn in Großkraftwerken zu
1428 verbrennen. Im Hinblick auf die zunehmende Trockenheit und Hitze brauchen wir außerdem eine
1429 europäische Waldbrandstrategie, die durch umfassende präventive Maßnahmen, naturnahe Wälder,
1430 die Vermeidung von Kahlschlägen und ökologische Schutzkorridore die Brandgefahr eindämmt.

1431 Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder miteinander
1432 vernetzen. Das Ziel ist eine tragfähige grüne Infrastruktur für Europas Natur. Das Natura-
1433 2000-Netzwerk wollen wir in einen guten Erhaltungszustand versetzen und mit Korridoren, die
1434 den Austausch stärken, verknüpfen. Denn intakte Lebensräume und genetische Vielfalt fördern
1435 die Resilienz unserer Ökosysteme und schaffen somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert.
1436 Die Korridore sollen in engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt*innen, Waldbesitzer*innen
1437 und Förster*innen entstehen. Finanzielle Anreize für Landwirt*innen und Landbesitzer*innen
1438 sollen dem Ziel dienen, nachhaltige Praktiken einzuführen, die den Schutz der Natur und den
1439 Erhalt der Artenvielfalt fördern. Maßnahmen ökologischer Landnutzung wie multifunktionale
1440 Agroforstsysteme oder die Anlage von Hecken am Feldrand können hierbei wichtige Werkzeuge
1441 sein, um eine Vernetzung von Biotopen und neue Lebensräume zu schaffen. In diesem Rahmen
1442 wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und Ausweichschutzgebiete für
1443 kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders betroffene Arten schaffen.

1444 Das Montrealer Weltnaturabkommens wollen wir durch einen globalen Umsetzungsmechanismus mit
1445 konkreten Instrumenten voranbringen. Das Ziel ist, die Natur auf 30% der Erdoberfläche
1446 wirksam zu schützen und 30% der bereits beanspruchten Fläche zu renaturieren. Hierzu müssen
1447 die von der EU zugesagten Finanzmittel rasch, wirksam und partnerorientiert eingesetzt
1448 werden. Globale Biodiversitäts-Partnerschaften sollen umfassende Kooperationen zum Schutz
1449 der Ökosysteme und der Renaturierung ermöglichen - auch zusammen mit zivilgesellschaftlichen
1450 und kommunalen Akteuren.

1451 **Umwelt schützen**

1452 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und Biodiversitätskrise die
1453 dritte große Herausforderung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Sie
1454 belastet die Ökosysteme und unsere Gesundheit. Eine zentrale Rolle spielt dabei
1455 Umweltbelastung durch Chemikalien und Plastikmüll. Wir wollen dafür sorgen, dass auch hier
1456 die planetare Grenzen eingehalten werden. Besonders vordringlich ist es, Stoffe in den Blick
1457 zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen. Dazu zählen sogenannte
1458 Ewigkeitschemikalien wie per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS). Diese werden seit
1459 Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern, Medizinprodukten, Textilien
1460 oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall dort, wo sie gut ersetzt werden können und

1461 insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch
1462 aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen, um die
1463 Entwicklung von Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger
1464 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu gefährden.
1465 Unter anderem durch sachgerechte Übergangsfristen wollen wir die Produktion von wichtigen
1466 Zukunftstechnologien weiterhin sicherstellen, aber zugleich durch eine Forschungsoffensive
1467 den Ersatz von PFAS auch in diesen Bereichen beschleunigen und die Forschung und Entwicklung
1468 giftfreier Produktionsmethoden stärken. Dabei orientieren wir uns am neusten Stand der
1469 wissenschaftlichen Erkenntnisse.

1470 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die Nachhaltigkeitsanforderungen
1471 wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-, Lebensmittelkontaktmaterialien und Kosmetik. Wir
1472 wollen deshalb bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von
1473 Chemikalien (REACH-Regelung) schneller vorankommen. Wir setzen uns für die Verwendung eines
1474 umfassenderen Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der Wirkung von
1475 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten berücksichtigt.
1476 Außerdem braucht es wirksame Strategien, die umweltschädlichen Auswirkungen von Chemikalien
1477 gemäß des Weltnaturabkommens bis 2030 zu halbieren. Um wichtige Umweltgüter besser zu
1478 schützen, wollen wir die Umwelthaftungsrichtlinie verbessern und das Verursacherprinzip
1479 umsetzen.

1480 Wir setzen uns in der EU für ambitionierte internationale Abkommen und Kooperationen ein, um
1481 globale Verschmutzung und umweltbelastende Praktiken einzudämmen. Unser Ziel ist es, im
1482 Rahmen der Kreislaufwirtschaft auch ein internationales Chemikalienrecht zu etablieren, das
1483 Risiken nach dem Vorsorgeprinzip berücksichtigt und die Produktion von nachweislich
1484 schädlichen Substanzen reguliert. Den Export von in der EU verbotenen Pestiziden in andere
1485 Länder lehnen wir ab.

1486
1487 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich aufstellen.
1488 Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für sichere und nachhaltige
1489 Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act) zur Förderung des Markthochlaufs von
1490 Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil unseres Programms für eine klimagerechte
1491 Industriepolitik.

1492 **Sauberes Wasser für alle**

1493 Mit der fortschreitenden Klimakrise nehmen auch in Europa extreme Dürren und
1494 Starkregenereignisse deutlich zu.. Bilanziell hat etwa Deutschland in den vergangenen 20
1495 Jahren 20 Prozent seiner Wasservorräte verloren, regional hat das zum Teil katastrophale
1496 Folgen. Wir brauchen deshalb eine europäische Wasserstrategie, die Extreme abpuffert,
1497 sauberes Trinkwasser für alle sichert sowie den Bedarf in der Landwirtschaft und in den
1498 natürlichen Lebensräumen deckt. Wir brauchen Landschaften, Dörfer und Städte, die Wasser im
1499 Boden speichern, um uns durch die heißen und trockenen Sommer zu bringen. Sauberes Wasser
1500 für alle ist ein Grundrecht. Wir verringern den Wasserverbrauch durch die Förderung
1501 klimaangepasster Landbewirtschaftung, schützen Feuchtgebiete, renaturieren Gewässer,
1502 wiedervernässen die Moore und wollen immer mehr Flüsse wieder frei fließen lassen. Sauberes
1503 Wasser erhalten wir auch, indem wir die Schadstofflast im Wasser etwa durch Quecksilber oder
1504 PFAS reduzieren und das Verursacherprinzip bei den Einträgen von Schadstoffen und bei der
1505 Abwasserreinigung weiter stärken. Neben dem Gesetz zur Wiederherstellung der Natur müssen
1506 auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie noch im laufenden Jahrzehnt umgesetzt werden, um
1507 europaweit eine gute Qualität der Flüsse und Seen zu erreichen und die Übernutzung von
1508 Grundwasser und die dadurch drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu
1509 verhindern.

1510 Um die Folgen der Klimakrise stemmen zu können, wollen wir die Finanzmittel für die

1511 europäische Klimaanpassungsstrategie aufstocken, inklusive eines europäischen
1512 Hitzeaktionsplans für sektorübergreifende Maßnahmen, von Warnstufen bis zu
1513 infrastrukturellen Anpassungen. Der Ausbau des europäischen Katastrophenschutzes ist
1514 notwendig, um die zunehmenden Extremereignisse zu bewältigen.

1515 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten Wasserinfrastruktur und einem
1516 naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko von Überflutungen durch Starkregenereignisse
1517 reduzieren wir indem wir Bächen und Flüssen wieder mehr Raum geben, durch eine
1518 Entsiegelungsoffensive sowie mehr Regenwasserspeicher. In den ländlichen Regionen
1519 unterstützen wir die Landwirtschaft bei der Schaffung eigener Wasservorräte durch die
1520 Entwicklung von Schwammlandschaften, in denen Wasser als Reserve für Dürrezeiten, zur
1521 Auffüllung des Grundwassers und für weitere Nutzungen wie Paludikultur, Fischzucht und als
1522 Freizeitgewässer angestaut wird. In den Städten helfen Grünflächen, Bäume, und
1523 Hausbegrünungen. Der Umbau zur Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung, verbessert die
1524 Luftqualität und steigert die Biodiversität. So bereiten wir unsere Städte besser auf die
1525 Folgen der Klimakrise vor.

1526 Wir brauchen europaweite Kooperationen, klare Grenzwerte und Regeln die dafür sorgen, dass
1527 länderübergreifende Wasserkrisen, wie an der Oder, zukünftig verhindert werden. Wir
1528 verschreiben uns dem Ziel, 25.000 Kilometer in der EU in frei fließende Flüsse zu
1529 renaturieren – wie in der EU-Biodiversitätsstrategie vorgesehen. Den geplanten Oderausbau zu
1530 Verkehrszwecken wollen wir in Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten verhindern, weil dieser
1531 einen der letzten naturnahen und freifließenden Flüsse Europas gefährdet. Und wir setzen uns
1532 für einen verbindlichen Vorrang für Trinkwasser gegenüber gewerblicher oder
1533 landwirtschaftlicher Nutzung ein. Wasser gehört allen Menschen und ist kein
1534 Spekulationsobjekt. Daher lehnen wir die Privatisierung der Wasserversorgung ab.

1535 Die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser in der Landschaft werden wir in den
1536 Mittelpunkt stellen und durch Regeln und Anreize stärken, ob im Ackerbau durch
1537 trockenheitstolerante Kulturen oder Humusaufbau, im Gemüsebau durch Tröpfchenbewässerung, im
1538 Wald durch naturnahen, laubholzorientierten Mischwald oder in Gewerbe und Industrie durch
1539 sparsamere Prozesse, geschlossene Wasserkreisläufe, beschränkte Wasserentnahme,
1540 Kaskadennutzung und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir verstärkt auf Kooperation innerhalb
1541 Europas und mit den Mittelmeeranrainern. Denn die Erfahrungen in den trockenen Gebieten des
1542 Südens werden in den anderen Teilen Europas dringend gebraucht.

1543 **Tiere schützen**

1544 Wir ergreifen auch für Tiere konsequent Partei. Die Gesellschaft hat eine besondere
1545 Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir wollen, dass Europa alle Tiere durch
1546 konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die Durchsetzung bestehender Regelungen
1547 schützt. Denn Europäer*innen wollen Tierschutz: Sechs der zehn erfolgreichen europäischen
1548 Bürgerinitiativen setzen sich dafür ein. Wir folgen diesem Wunsch und machen uns für
1549 Tierschutz als EU-Gemeinschaftsziel, eine explizite politische Tierschutzzuständigkeit in
1550 der EU-Kommission und EU-Fördergelder für Tierschutz stark. Wir fordern die Umsetzung der
1551 Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht und den Handel mit Zuchtpelzprodukten auf
1552 dem europäischen Markt zu verbieten.

1553 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-Aktionsplans zur
1554 Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Internationale Artenschutzabkommen, insbesondere
1555 CITES und alle seine Anhänge, sind konsequent in der EU umzusetzen. Den kommerziellen
1556 Wildtierhandel wollen wir effektiv unterbinden. Dabei sollen gezielte Forschungs- und
1557 Artenschutzprogramme wissenschaftlicher Einrichtungen und sachkundiger Personen zu
1558 nichtkommerziellen Zwecken hauptsächlich mit dem Ziel der Auswilderung ermöglicht und die
1559 Haltung der Tiere verbessert werden. Der Import und Handel von illegal aus dem Herkunftsland

1560 exportierten Exemplaren soll unter Strafe gestellt werden. Wir sind für ein Einfuhrverbot von
 1561 Jagdtrophäen von Tierarten, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-
 1562 Artenschutzverordnung geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. Tierheime
 1563 wollen wir unter anderem entlasten durch die Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und
 1564 Katzen sowie eine Positivliste für den Handel und die Haltung von Exoten. In Handelsabkommen
 1565 setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein. Den Import von tierischen Produkten, bei
 1566 denen Bedingungen nach EU-Tierschutzstandard nicht nachgewiesen wurden, wollen wir beenden.
 1567 Wir wollen Tierschutz zu einem Ziel der nachhaltigen Entwicklung machen.

1568 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen erstellen, die die
 1569 Experimente an Tieren für Kosmetik konsequent, für Chemikalienprüfungen und Medizinprodukte
 1570 wo immer möglich beenden. Für Arzneimittelentwicklung und Grundlagenforschung soll die
 1571 Anzahl der Tierversuche reduziert werden. Tierversuchsfreier Bildungs- und
 1572 Ausbildungsinitiativen sollen gefördert werden. Die Entwicklung, Anerkennung und breite
 1573 Anwendung von tierfreien Methoden in der Praxis wollen wir verstärken und beschleunigen. Sie
 1574 sollen nach Anerkennung unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die Stelle
 1575 von Tierversuchen treten. Dort wo noch nicht vollständig auf Tierversuche verzichtet werden
 1576 kann, müssen sie für die Tiere so schonend wie möglich umgesetzt werden. Die in der EU
 1577 geltenden Standards sollen auch für Importe aus anderen Teilen der Welt gelten.

1578 **10. Eine starke Landwirtschaft**

1579 **Gemeinsame Agrarpolitik neu aufstellen**

1580 Landwirt*innen versorgen uns in Europa mit einer Vielfalt an wertvollen Lebensmitteln.
 1581 Gleichzeitig prägt die Landwirtschaft unsere Kulturlandschaften, die Felder, Wiesen und
 1582 Weinberge, die Europa auszeichnen. Wir wollen eine Landwirtschaft stärken, die im Einklang
 1583 mit der Natur wirtschaftet, im Dienste aller Menschen, der Produzent*innen wie der
 1584 Verbraucher*innen.

1585 Deshalb streben wir eine grundsätzliche Reform der europäischen Agrarpolitik an, bei der
 1586 konsequent Leistungen für das Gemeinwohl insbesondere Maßnahmen für Klima, Wasser, Boden,
 1587 Biodiversität, Gesundheit und Tierschutz honoriert werden und nicht das Eigentum an Fläche.
 1588 Dafür bedarf es eindeutiger Regelungen und Anreize für die Reduzierung von
 1589 Pestizidanwendung, Düngung und Viehbesatz sowie für Fruchtfolgen, den Anbau von
 1590 Eiweißpflanzen und extensive Grünlandwirtschaft. Die Förderungen sollen bürokratiearm sein,
 1591 Planungssicherheit ermöglichen, nachhaltig wirken und unmittelbar bei den vor Ort
 1592 arbeitenden Landwirt*innen - gerade auch kleineren Betrieben - ankommen. Ein guter Ansatz
 1593 sind Stufen- und Punktesysteme, die eine klare Ausrichtung auf das Gemeinwohl, ökologische
 1594 Maßnahmen sowie regenerative Systeme wie z.B. Agroforstsysteme haben und mehrjährige
 1595 Maßnahmen fördern und Betriebe als System betrachten. Tierschutzförderung sollte
 1596 verpflichtend von den Mitgliedsstaaten in ihren Strategieplänen angeboten werden, wir wollen
 1597 zusätzliche Anreize für extensive Weidehaltung schaffen. Ein sich weiter entwickelnder
 1598 Ökologischer Landbau soll das Leitbild der europäischen Agrarpolitik werden. Wir fordern
 1599 eine klare Ausrichtung an den Zielen der Farm to Fork-Strategie und des Nature Restoration
 1600 Law.

1601
 1602 Bei der Förderung ländlicher Räume wollen wir neben der notwendigen Infrastruktur für ein
 1603 gutes Leben und gesellschaftlichen Zusammenhalt den Fokus auf den (Wieder-)Aufbau einer
 1604 dezentralen handwerklichen Lebensmittelverarbeitung, regionalen Wertschöpfungsketten sowie
 1605 die Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe und die Stärkung von
 1606 Erzeugergemeinschaften legen. Auch im Energiebereich gibt es noch neue Potentiale für mehr
 1607 Wertschöpfung z.B. durch Agri-Photovoltaik oder indem landwirtschaftliche Maschinen als
 1608 Stromspeicher in der Energiewende genutzt werden.

1609

1610 Angesichts der großen ökologischen Herausforderungen in der Landwirtschaft sind wir auch auf
1611 weitere Innovation angewiesen. Die Digitalisierung kann helfen, die Landwirtschaft
1612 nachhaltiger zu gestalten. Beispielsweise durch GPS-gesteuerte Hackgeräte oder bei der
1613 Düngung. So können Düngemittel und Pestizide eingespart werden. Wir wollen dabei die Rechte
1614 der Landwirt*innen schützen, wenn es um die von ihnen erhobenen Daten und um den Zugang zu
1615 der Software ihrer Maschinen geht („right to repair“).

1616 Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der Landwirtschaft
1617 tätigen Frauen und Männern, insbesondere auch Quereinsteiger*innen und
1618 Existenzgründer*innen, eine Perspektive bietet, denn jeder Hof zählt. Indem wir regionale
1619 Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller - auch digital durch Produktpässe und
1620 Lieferkettenmonitoring - und das Lebensmittelhandwerk stärken, verbessern wir ihre
1621 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Damit fördern wir auch lokale Vertriebswege für
1622 Lebensmittel.

1623 Landwirt*innen müssen gegenüber den Verarbeiter*innen und dem Einzelhandel in der
1624 Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann und muss einen
1625 höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten und der Preise für die
1626 Verbraucher*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Regelungen ein, um
1627 Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

1628 **Gute Lebensmittel für alle**

1629 Essen ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Ernährung ist
1630 maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine gute Ernährung
1631 für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung regionaler Wirtschaftsräume,
1632 denn die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln vor Ort schafft Wohlstand und
1633 regionale Identität.

1634 Jede und jeder soll selbst und gut entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU kann
1635 die Entscheidungsfreiheit von Verbraucher*innen schützen, indem sie für verlässliche
1636 Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir setzen uns daher ein für
1637 europaweite verbindliche Labels, um nachhaltige, regionale, und pflanzliche Ernährung zu
1638 unterstützen. Eine verpflichtende Kennzeichnung zur Haltung der Tiere wollen wir im
1639 europäischen Binnenmarkt einführen. Dagegen soll irreführenden Praktiken mit privaten
1640 Labeln, die etwa für angeblich klimaneutrale Produkte werben, im Rahmen der EU-Green Claims
1641 Verordnung ein Riegel vorgeschoben werden.

1642
1643 Mit einem EU-weiten Rahmen für nachhaltige Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf
1644 Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa durch Änderungen des Vergaberechts Anreize setzen für eine
1645 bessere Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis Krankenhaus. Wir wollen ein
1646 Umfeld schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund und nachhaltig - nach dem Vorbild des
1647 Planetary Health Ansatzes - zu ernähren. Wir wollen, dass Nahrungsmittel frei von chemischen
1648 Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. Mit kontinuierlich steigenden
1649 Bioanteilen aus regionaler Erzeugung in der Gemeinschaftsverpflegung werden verlässliche
1650 Absatzmärkte für den Ökolandbau ausgebaut. So schaffen wir eine nachhaltige und gesunde
1651 Ernährung für alle, besonders für Kinder.

1652
1653 Das Angebot pflanzlicher Produkte wollen wir vergrößern und leichter zugänglich machen und
1654 die ernährungsbezogenen EU-Förderprogramme klimagerecht umstellen. Das ist auch wichtig zum
1655 Erreichen der Klima- und Artenschutzziele. Deshalb verbessern wir die Rahmenbedingungen für
1656 pflanzliche Lebensmittel unter anderem durch die Förderung von Forschung und
1657 Markteinführung. Um zukünftigen Krisen besser begegnen zu können, braucht die EU eine
1658 Eiweißstrategie mit effizienten Zulassungsverfahren, die den Selbstversorgungsgrad bei
1659 Gemüse, Nüssen und pflanzlichen sowie alternativen Proteinen erhöht. Die Erforschung und

1660 Entwicklung von modernen Fermentationsverfahren und Zellkultivierung unterstützen wir in
1661 neuem Maße zur Entwicklung nachhaltiger Lebensmittel und für den Wirtschafts- und
1662 Innovationsstandort Europa.

1663 Wir befürworten eine Landwirtschaft, die ressourcenschonend und naturverträglich arbeitet
1664 und sich am Leitbild der ökologischen Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit,
1665 Gentechnikfreiheit und Freiheit von synthetischen Pestiziden orientiert.

1666 Wie bei jeder Technologie muss der politische Kompass zum Umgang mit alten wie neuen
1667 gentechnischen Verfahren einerseits die Freiheit der Forschung gewährleisten und
1668 andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt ausschließen. Auch neue
1669 gentechnische Verfahren in der Landwirtschaft sollen hinsichtlich ihrer Chancen, Risiken und
1670 Folgen erforscht werden. Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es
1671 unabdingbar, dass Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können.
1672 Es gilt, an einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip
1673 festzuhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis und eine
1674 Regulierung nötig, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließen und über eine verbindliche
1675 Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen
1676 schützen. Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab. Damit sichern wir die Zukunft
1677 besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe.

1678

1679

1680

1681 Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Tank oder gar in den Müll. Wir setzen
1682 uns deshalb für rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung bis 2030
1683 zu halbieren, einschließlich der Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen und
1684 Supermarktnormen sowie der Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um
1685 verbindlichere Angaben für die sichere Verzehrbareit von Lebensmitteln zu liefern.

1686 **Landwirtschaft ökologisch gestalten**

1687 Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der Zukunft zu
1688 sichern. In Zeiten der Klimakrise, von Dürren, Bränden, Stürmen und Starkregen rücken
1689 widerstandsfähige Anbausysteme in den Mittelpunkt aller landwirtschaftspolitischen
1690 Maßnahmen. Dazu gehört es, die Bodenfruchtbarkeit und -gesundheit zu verbessern, mehr CO₂ zu
1691 binden als auszustoßen, eine größere Vielfalt an Kulturen und Sorten auf den Äckern
1692 anzubauen und den Einsatz von Pestiziden und chemisch-synthetischen Düngemitteln so stark
1693 wie möglich einzuschränken. Wir orientieren uns an den Kriterien der Regionalität,
1694 Kreislaufwirtschaft und Agrarökologie sowie dem Leitbild ökologische Landwirtschaft. Unser
1695 Ziel ist es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu erreichen
1696 und diesen Anteil bis 2035 und darüber hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende
1697 Betriebe erzielen in Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle
1698 Betriebe. Das zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und
1699 nachhaltige Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür stärken.

1700 Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens 30 Prozent
1701 der Mittel, die für die landwirtschaftliche Forschung und die ländliche Entwicklung
1702 ausgegeben werden, für die Weiterentwicklung und Förderung der Ökologisierung der
1703 Landwirtschaft und innovativer Konzepte für die Bio-Wertschöpfungskette, ebenso wie für
1704 ökologische Züchtungsforschung. Das EU-Biosiegel und seine Anwendung wollen wir verbessern -
1705 etwa bei der Tierhaltung. Ökobetriebe sollen keine Doppelnachweise mehr führen müssen,
1706 sondern auf Grund ihrer Umweltleistungen als "green per definition" gelten.

1707 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass Betriebe, die
1708 gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU soll garantieren, dass

1709 alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es hergestellt wurde. Transparenz und
1710 Wahlfreiheit müssen besonders bei gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln
1711 sichergestellt werden. Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren Ursprung in
1712 konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern wir die
1713 Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe.

1714 Der starke Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise. Die bisher
1715 verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber werden noch nicht
1716 ausreichend umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass die Ziele und
1717 Zulassungsverfahren der EU auf wissenschaftlicher Basis überarbeitet werden. Die
1718 Mitgliedstaaten wollen wir zu weiteren wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa einer
1719 Pestizidabgabe. Trotz des Rückschlags der Zulassungsverlängerung von Glyphosat durch die
1720 Europäische Kommission, kämpfen wir weiter für ein schnellstmögliches Glyphosatverbot in
1721 Europa.

1722 Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von
1723 fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in Pestiziden
1724 erlauben. Bei den Genehmigungsverfahren für Pestizide müssen die entscheidenden Behörden
1725 unabhängiger von den antragstellenden Herstellern und ihren Angaben werden. Die Hersteller
1726 dürfen sich nicht länger aussuchen können, in welchem Mitgliedstaat die Behörden ihre
1727 Anträge prüfen. Außerdem müssen für weitere gefährdete Tiergruppen Risikoabschätzungen
1728 entwickelt und berücksichtigt werden. Um Zeit und Kapazitäten zu gewinnen, beschleunigen wir
1729 die Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar ist, dass sie aufgrund von
1730 Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir uns für die konsequente
1731 Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die Pestizide in den Verkehr
1732 bringen, für entstandene Schäden zum Beispiel im Grundwasser oder in der Biolandwirtschaft
1733 haften.

1734 **Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern**

1735 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und plötzlichem
1736 Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von fossilen Düngern zurückfahren
1737 und die Böden wieder zu Senken von CO₂ machen, ist die Landwirtschaft ein zentraler Teil des
1738 natürlichen Klimaschutzes. Deshalb setzen wir uns für die Wiedervernässung von Moorböden,
1739 Aufbau von Humus in Ackerböden und den Aufbau von Holzmasse in Agroforstsystemen ein – mit
1740 stabilen Einkommensperspektiven für Landwirt*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen
1741 Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung leisten.

1742 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt*innen zusammen. Uns ist wichtig,
1743 dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen unterstützen wir
1744 Landwirt*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten Moorflächen (Paludikultur) und
1745 fördern auch die Produktion von Rohstoffen für klimafreundliche Bau- und Dämmstoffe sowie
1746 für die Erdenindustrie und den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen. Wir
1747 wollen die Nutzung von wiedervernässten Moorböden im Rahmen der GAP fördern und
1748 klimaschädliche Subventionen abbauen. Moore sind echte Klimaschützer, da hier deutlich mehr
1749 Kohlenstoff gespeichert wird als im Ackerboden. Die Weidewirtschaft mit Mutterkuhhaltung
1750 stellt eine der tierfreundlichsten Haltungsformen dar und leistet einen Beitrag zum
1751 Artenschutz. Auch deshalb wollen wir sie stärker unterstützen.

1752
1753 Agroforstsysteme, bei denen landwirtschaftlich beackerte oder beweidete Flächen mit Baum-
1754 und Strauchbestand kombiniert wird, sind sowohl mit ökologischer als auch mit
1755 konventioneller Landwirtschaft realisierbar. Sie haben eine wichtige Bedeutung für den
1756 Klimaschutz, die Bodenfruchtbarkeit, den Wasserhaushalt und die Biodiversität und damit auf
1757 die Entwicklung resilientere Ökosystem. Durch die Diversifizierung von Betriebszweigen
1758 entsteht eine größere Einkommenssicherheit für Landwirt*innen. Damit die vielen positiven

1759 Effekte realisiert werden können, wollen wir Hemmnisse abbauen, ihre Erforschung und eine
1760 breitere Anwendung in der Praxis fördern und weiterentwickeln.

1761 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand. Wir werden
1762 deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen und unseren
1763 Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb unterstützen wir den
1764 Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der Fischereiressourcen und zum Schutz der
1765 Meeresökosysteme und setzen uns für eine schnellere und vollständige Umsetzung der
1766 Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie ein. Auch bei der Nutzung der Meere müssen die planetaren
1767 Grenzen eingehalten werden.. Wir fördern Alternativen zur Stellnetz- und
1768 Schleppnetzfisherei und gehen gegen umweltschädliche Fangmethoden sowie die überhöhten
1769 Einträge von Düngemitteln und Schadstoffen vor.

1770 **Tiere gut halten**

1771 Wir wollen Tierhaltung so gestalten, dass Tiere als Lebewesen in ihren Bedürfnissen
1772 respektiert und nachhaltig erzeugte, wertvolle Lebensmittel liefern kann. Ziel ist
1773 schnellstmöglich eine flächengebundene Tierhaltung zu erreichen, dabei unterstützen wir die
1774 landwirtschaftlichen Betriebe. Eine naturgemäße Weidehaltung sehen wir als integralen
1775 Bestandteil unserer vielfältigen Landschaften. Die industrielle Tierhaltung dagegen schafft
1776 großes Tierleid und gefährdet essenzielle Lebensgrundlagen und die Gesundheit der Menschen:
1777 zoonotische Erreger, multiresistente Keime, Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung,
1778 Artenverlust, Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und zu hohe Klimagasemissionen –
1779 wenn wir Tieren schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

1780 Die Zahl der Tiere, die wir in der europäischen Landwirtschaft halten, muss sich zukünftig
1781 am Klimaschutzabkommen von Paris orientieren. Deshalb wollen wir weniger Tiere halten, ihre
1782 Haltungsbedingungen deutlich verbessern und die Züchtung stärker auf Tiergesundheit
1783 ausrichten.

1784 Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung und bessere Kontrolle einheitlicher
1785 europaweiter Tierschutzstandards bei Zucht, Haltung, Transport, Tötung und Handel ein. Das
1786 umfasst das Ende von Käfig- und Kastenhaltung sowie von fehlenden Brandschutzvorkehrungen.
1787 Entsprechend soll die Förderkulisse auf eine flächengebundene Tierhaltung ausgerichtet
1788 werden und weide- und grünlandgebundene Haltung besonders unterstützt werden. Ziel ist es,
1789 dass die Tiere erheblich mehr Platz sowie ganzjährig Außenzugang erhalten und nicht mehr auf
1790 Vollspaltenböden stehen müssen. Wir brauchen eine deutliche Reduzierung von
1791 Lebendtiertransporten, eine Begrenzung der Langstreckentransporte auf maximal acht Stunden
1792 und ein Ende von Tiertransporten in Drittstaaten außerhalb des Schengenraums. Das stärkt
1793 auch die lokale Verarbeitung. Bei der Schlachtung fordern wir eine bessere Kontrolle und
1794 setzen uns für bessere, verbindliche Betäubungsmethoden, auch für Fische, Krebse, Hummer und
1795 Tintenfische ein. Zudem wollen wir die Schlachtung im Herkunftsbetrieb ermöglichen, wenn ein
1796 Befähigungsnachweis vorliegt und ein Tierarzt anwesend ist. Die Tötung von Küken gehört EU-
1797 weit verboten.

1798 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz in der
1799 landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr Antibiotika an gesunde
1800 Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den Antibiotikaeinsatz wollen wir drastisch
1801 reduzieren, um die Entstehung multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der größten
1802 gesundheitlichen Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es eine
1803 Umstellung auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die Einschränkung
1804 der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker Einzeltiere. Reserveantibiotika
1805 sollen der Humanmedizin vorbehalten sein. In der Tierzucht wollen wir die künstliche
1806 Stimulierung durch Hormone aus Pferdeblut beenden.

Beschluss (vorläufig)

B – Was Gerechtigkeit schützt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2023
Tagesordnungspunkt: EP-G Was Gerechtigkeit schützt

Antragstext

1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie, Krieg und zunehmende Wetterextreme
2 haben viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Viele Menschen
3 mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft Einschnitte hinnehmen. Für
4 viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage weggebrochen. Und bis
5 weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene Lebenshaltungskosten für akute,
6 bisweilen gar existenzielle Nöte.

7 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich ist, wenn
8 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

9 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und Zusammenhalt. Europa
10 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von Millionen von
11 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die Menschen in
12 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können,
13 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.

14 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte
15 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU kann
16 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten Wohlstand
17 ermöglichen. Ein Wohlstand, der insbesondere insbesondere bei denen ankommen muss, die ihn
18 erarbeiten. Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für
19 klimaneutrales Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute
20 Jobs für Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in
21 Hand und bedingen einander.

22 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den Schutz jeder
23 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die Rechte der
24 Arbeitnehmer*innen gegen Ausbeutung. Es achtet die Würde von Renter*innen und Erwerbslosen.
25 Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der Bürger*innen auf wirksame Medikamente
26 und den Zugang zu hochwertiger und inklusiver Gesundheitsversorgung. Es sorgt dafür, dass
27 Verbraucher*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt dazu bei, dass Familien und
28 alte Menschen besser abgesichert sind, Kinder eine gute Zukunft haben und ältere Menschen
29 aktiv an der Gesellschaft teilhaben. Es ermöglicht jungen Menschen, neue Erfahrungen zu
30 machen.

31 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale Union, die
32 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben in Würde und
33 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und einem Auskommen

34 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein
35 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

36 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst wird. Dafür
37 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die Bedingungen dafür
38 verbessern, dass alle Europäer*innen noch einfacher und sicherer überall in der Union leben
39 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

40 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne und starke
41 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle in der EU,
42 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale Infrastruktur die
43 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion für
44 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare
45 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung wirksam vor.

46 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt und vor Ort
47 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität sprechen, dann
48 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung eines europäischen Sozialmodells,
49 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle
50 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die
51 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der demografische
52 Wandel die Arbeitswelt verändern.

53 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales Europa
54 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten sozialen Politik.
55 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen rechtsverbindliche
56 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der Sozialstaat
57 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale
58 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

59 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen, das
60 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das gerechte Europa
61 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum Mailand, in der
62 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair bezahlter
63 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

64 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es bekämpft
65 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die
66 Gleichstellung von Frauen, die Inklusion, den Zusammenhalt zwischen den Generationen,
67 Familien, den Schutz der Rechte des Kindes und die Einhaltung der Menschenrechte. So ist es
68 im Gründungsprozess der EU angelegt. Für diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa
69 wollen wir sein.

70 **1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit**

71 **Faire Löhne erreichen**

72 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen Mitsprache
73 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Zu viele
74 Menschen in Europa haben in den letzten Jahren unter spürbaren Reallohnverlusten und
75 steigenden Lebenshaltungskosten gelitten. Wer von seiner Arbeit verlässlich leben und seinen
76 Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann sich auch bei Veränderungen einbringen. Das
77 stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute Standards in ganz Europa gestalten und prekäre
78 Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke Sozialpartnerschaft und eine hohe
79 Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für gute Arbeit.

80 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie schützt Wert
81 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte in Europa

82 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf unsere
83 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat. Die
84 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach klaren
85 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir wollen, dass
86 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird und die EU Empfehlung den
87 Mindestlohn an 60% des Medianlohns zu koppeln verbindlich gemacht wird. So würde der
88 gesetzliche Mindestlohn in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten spürbar steigen und auch
89 in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für Beschäftigte bieten. Darüber hinaus soll mit
90 der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden: Mitgliedstaaten mit einer
91 tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan vorlegen.
92 Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit Gerechtigkeit in der Mitte der
93 Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite von Tarifverträgen in den letzten
94 Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten
95 tatsächlich greift, muss ein wirksames Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen
96 Dumpinglöhne, damit Arbeit sich immer lohnt und eine Absicherung im Rentenalter
97 gewährleistet ist.

98 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend ausbauen. Dafür
99 wollen wir zum einen die Europäischen Betriebsräte stärken, indem wir an der Seite der
100 Gewerkschaften die EU-Kommission auffordern, endlich die bestehende Richtlinie zu den
101 Europäischen Betriebsräten zu überarbeiten und Ausnahmeregelungen zu beenden. Die
102 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische
103 Betriebsräte wollen wir verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-
104 Unternehmen in die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere
105 Vertretung von Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen
106 Betriebsräten ein.

107
108 Zum anderen setzen wir uns dafür ein, das Beteiligungsgesetz für die Societas Europaea
109 (SEBG) in Hinblick auf die Vertretung von Arbeitnehmer*innen im Aufsichtsrat zu prüfen.
110 Insbesondere das "Vorher-Nachher-Prinzip" nehmen wir dabei in den Blick: Bei der Umwandlung
111 eines Unternehmens in eine Europäische Aktiengesellschaft darf es nicht mehr zum Einfrieren
112 des bestehenden Mitbestimmungsniveau kommen.

113
114 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue
115 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von Arbeitnehmer*innen ein, die
116 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen abgestimmt ist.

117 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in einer sich
118 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit ständiger
119 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den Schutz der
120 Arbeitnehmer*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen. So stärken wir
121 auch die Selbstbestimmung und das Potential älterer Arbeitnehmer*innen. Zudem setzen wir uns
122 für eine umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung und einen inklusiven Arbeitsmarkt
123 ein.

124 Europaweit haben noch zu viele Menschen unfreiwillig keine Arbeit. Zur Stabilisierung des
125 Arbeitsmarkts und der Wirtschaft stärken wir das Recht auf Arbeit auch durch staatliche
126 Unterstützungsangebote und Investitionen. Insbesondere in den Strukturwandelregionen
127 setzen wir uns für eine gleichwertige Anschlussbeschäftigung für Beschäftigte innerhalb der
128 Region ein. Der Wandel dieser Regionen wird nur mit verlässlichen Angeboten zur
129 Weiterbildung und Vermittlung gelingen.

130 **Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken**

131 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen entstehen

132 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird flexibler,
133 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Diese Veränderung darf sich nicht nachteilig zur
134 Teilhabe von Frauen an der Arbeitswelt auswirken. Ausbeutung darf auch in der digitalen
135 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte von
136 Arbeitnehmer*innen im digitalen Zeitalter ein. Die Zusammenarbeit im digitalen Arbeitsmarkt,
137 beispielsweise in der Content Moderation, soll koloniale Kontinuitäten nicht neu
138 verfestigen.

139 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale Dienste anbieten
140 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Diese Unternehmen profitieren vom
141 Modell der Scheinselbstständigkeit, das in der EU weit verbreitet ist. Die EU-Kommission
142 schätzt, dass 4 Millionen der Arbeitnehmer*innen in Plattformunternehmen
143 Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen
144 auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein, Scheinselbstständigkeiten, die zu
145 schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender sozialer Absicherung führen, europaweit
146 einen Riegel vorzuschieben. Faire Arbeitsbedingungen sollen auch in der Gig Economy gelten.
147 Es braucht zudem bessere Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter
148 anderem Arbeitsinspektionen stärken.

149 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und
150 Arbeitnehmer*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch
151 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische Management. Die
152 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und der
153 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir beenden. Um
154 die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen wir uns für
155 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

156
157 Die Fortschritte in der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz bieten für
158 Arbeitnehmer*innen große Potenziale. Wir wollen diese für die Gestaltung guter Arbeitsplätze
159 und faire Arbeitsbedingungen nutzen, so können sie als Assistenzsysteme die Arbeitsbelastung
160 reduzieren. Die breite Beteiligung der Belegschaften ist ein zentraler Faktor für die
161 Akzeptanz und eine gelungene Einführung solcher Systeme. Den Sorgen von Arbeitnehmer*innen
162 um Arbeitsplatzverluste tragen wir Rechnung. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen
163 ihren Arbeitnehmer*innen frühzeitig anbieten, sich über Fort- und Weiterbildung auf diese
164 Entwicklung vorbereiten zu können. So erhalten sie Sicherheit und die Möglichkeit den Wandel
165 mitzugestalten.

166 **Freizügigkeit einfacher machen**

167 Dass EU-Bürger*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein Grundprinzip
168 der EU. Das eröffnet enorme Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU. Es
169 stellt Arbeitnehmer*innen zuweilen auch vor neue Herausforderungen, für die es europäische
170 Antworten zu finden gilt. Damit das Modell des grenzüberschreitenden Leben und Arbeiten für
171 die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung der
172 nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

173 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger*innen der EU Sozialversicherungsansprüche, die
174 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können
175 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein: Die
176 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die
177 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir wollen
178 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen, um soziale
179 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können und die
180 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler*innen abzubauen. Das möchten wir erreichen, indem

181 wir den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Sozialversicherungssystemen
182 unbürokratisch sicherstellen und dafür die Vorteile der Digitalisierung nutzen.

183 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Ältere oder Menschen mit chronischen Krankheiten
184 oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein Europäischer
185 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die Übertragbarkeit von
186 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung entbürokratisieren.
187 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales
188 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern und einen
189 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

190 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele Beschäftigte zum Alltag
191 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer*innen geschätzt. Diese
192 Entwicklungen unterstützen wir in ihrem Sinne dort wo es praktikabel ist. Wir wollen, dass
193 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern prinzipiell
194 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen wir uns
195 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im
196 Homeoffice zu arbeiten.

197 **Ausbeutung bekämpfen**

198 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer*innen funktioniert, ist darüber hinaus ein
199 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus Österreich in
200 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien: Unionsbürger*innen und
201 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung,
202 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

203 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, der 24-Stunden Pflege, bei
204 Lkw-Fernfahrer*innen, bei Saisonarbeiter*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir
205 sagen diesen Formen der Ausbeutung den Kampf an. Beschäftigte dieser Branchen leben und
206 arbeiten oft an mehr als einem Ort in der Europäischen Union. Damit leisten sie einen
207 substantiellen Beitrag zu einem funktionierenden Binnenmarkt und zur Aufrechterhaltung
208 unserer Sozialsysteme, sind dabei aber zusätzlichen Risiken ausgesetzt. Wir wollen
209 europäische Hebel gegen Scheinselbstständigkeit sowie Lohn- und Sozialdumping in diesen
210 Bereichen nutzen. Ein wirksames Mittel können zudem regelmäßig stattfindende
211 Arbeitsinspektionen sein, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie
212 Schulungen in europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern
213 sollten. Der Schutz der Beschäftigten soll dabei an erster Stelle stehen.

214 Auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen
215 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Dazu gehören auch passende Angebote zur Beratung und
216 Teilhabe. Das Mandat der ELA sollte auf Drittstaatsangehörigkeit ausgeweitet werden. Wir
217 begrüßen die stärkere Zusammenarbeit zwischen der ELA und den Gewerkschaften. Sie sollte
218 zudem eine stärkere Rolle für gemeinsame koordinierte Inspektionen erhalten.

219 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von Subunternehmen zu
220 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich verankern. Immer
221 wieder werden Arbeiter*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in überfüllten
222 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überverteuerter Miete, die direkt
223 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen wir
224 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

225 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich Betroffene einfach
226 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren Durchsetzung
227 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche Finanzierung für die
228 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und Unterstützungsstrukturen
229 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in der

230 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische Zahlungen im
231 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von Arbeitsnormen in der
232 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität muss nun
233 effektiv umgesetzt werden.

234 **Kinderarmut abbauen**

235 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das entspricht
236 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur nur sehr
237 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen Mangel im
238 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches
239 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder Zugang zu einer gut ausgebauten Betreuung
240 und sozialen Infrastruktur haben. Ihre Zukunft und die Förderung ihrer Potentiale
241 entscheiden über unsere Zukunft als Gesellschaft.

242 Die Europäische Kindergarantie soll sicherstellen, dass jedes von Armut und sozialer
243 Ausgrenzung bedrohte Kind in Europa Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung,
244 frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, angemessenem Wohnraum und gesunder
245 Ernährung hat. Dabei geht es besonders um die Kinder, die heute schlechte Chancen haben. Wir
246 wollen uns dafür einsetzen, dass die Kindergarantie europaweit mit konkreten Maßnahmen
247 realisiert wird.

248 Bei der Umsetzung der Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft
249 sowie Kinder und Jugendliche aktiv ein.

250
251 Mit der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung auf unsere Initiative in Deutschland
252 ein zentrales Instrument im Kampf gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht. Sie ist ein
253 notwendiger Schritt dahin, dass es armutsgefährdeten Kindern besser geht, Armut nicht mehr
254 versteckt wird und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder
255 abgesichert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wandel weg von einer Holschuld der
256 Eltern, hin zu einer Bringschuld des Staates europaweit Einzug hält. Um stärker voneinander
257 zu lernen, fördern wir den europaweiten Austausch darüber, wie Familien besser unterstützt
258 und ein gutes Aufwachsen aller Kinder in Europa sichergestellt werden kann.

259 **Kinderrechte stärken**

260 Kinder haben eigenständige Rechte. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und bedürfen unseres
261 besonderen Schutzes und unserer Fürsorge. Das Kindeswohl ist bei allen Angelegenheiten, die
262 Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen. Besonderes Augenmerk muss auf dem Schutz der
263 Kinder vor Gewalt und Vernachlässigung liegen. Die EU-Kinderrechtsstrategie wollen wir
264 weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Wir wollen europäische Forschungs- und
265 Praxisprojekte im Bereich des Kinderschutzes und der Kinderrechte fördern, um nationale
266 Erfahrungen, Praktiken und Modelle für die Weiterentwicklung des Kinderschutzes überall
267 nutzbar zu machen.

268 **Soziale Mindeststandards verankern**

269 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Hohe
270 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell verschärft.
271 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen können, die
272 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche
273 Mindeststandards.

274 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme zu
275 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards mit
276 einem individuellen Anspruch auf soziale Rechte für Betroffene in den Mitgliedstaaten
277 verbinden. In diesem Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß
278 ihrem jeweiligen Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute

279 Arbeit fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland
280 Rückenwind für einen starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

281 **Soziale Sicherung krisenfest machen**

282 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge gegen
283 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale Lehre aus den
284 Krisen der letzten Jahre sein. Die gerechte Beteiligung aller Bürger*innen leitet dazu einen
285 wichtigen Beitrag. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen krisenfest gemacht werden
286 und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen ermöglichen. Krisenbedingte
287 Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber überfordert viele
288 Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze EU. Mit dem europäischen
289 Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der Coronapandemie finanzielle
290 Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den Einsatz von
291 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im Jahr
292 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf dieser
293 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein
294 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen – und
295 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen Ausnahmesituationen
296 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

297
298 Junge Erwachsene brauchen in Zeiten multipler Krisen Perspektiven, die Mut machen und ein
299 System, das sie im Notfall auffängt. Daher nehmen wir die europäische Jugendarbeitslosigkeit
300 weiter in den Blick. Die europäische Jugendgarantie ist ein Weg um jungen Menschen
301 berufliche Perspektiven zu eröffnen und als Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
302 Wir begrüßen die Stärkung im Rahmen der Coronapandemie und setzen uns weiter für eine
303 Verstetigung ein. Insbesondere die Standards der Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote
304 wollen wir weiterentwickeln. Mit guter Beratung und Qualifizierung bekommt jeder junge
305 Erwachsene in Europa die Chance einen Beruf zu erlernen.

306 **Wohnen bezahlbar machen**

307 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Für uns ist Wohnen ein
308 Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge abgesichert sein. Wir wollen gesicherte
309 Wohnverhältnisse für alle Menschen. Besonders in den Städten ist bezahlbarer Wohnraum knapp,
310 vielerorts steigende Mieten und ein rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten
311 Mieter*innen bis in die Mitte der Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit.
312 In den europäischen Großstädten wird besonders viel Wohnfläche für Kurzzeitvermietung
313 beansprucht und so dem Mietmarkt entzogen. Steigende Mieten dürfen soziale Ungleichheit und
314 Armutsriskien, beispielsweise für ältere Menschen, nicht weiter verschärfen. Wir wollen,
315 beispielsweise mit Sanierungen im Bestand und Innenverdichtung, nachhaltigem Bauen, einer
316 Fachkräfteoffensive und verbesserten Investitionen über die Europäische Investitionsbank
317 (EIB), schnell mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Mit
318 zusätzlichem barrierefreien und behindertengerechtem Wohnraum bekämpfen wir die Wohnungsnot.
319 Investor*innen, die europaweit im erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien und
320 wertvollen Baugrund aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und Mietpreise in die Höhe.
321 Die europaweite Konzentration auf wenige Investor*innen auf dem Wohnungsmarkt schadet dem
322 Wettbewerb und den Menschen. Wir setzen uns für transparente Geschäftspraktiken ein. Wir
323 stellen die bestehenden europäischen Regelungen auf den Prüfstand, um Mieter*innen in den
324 Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu schützen und die Qualität unseres Wohnraums
325 zu sichern. Dazu gehört auch der Schutz von Haushalten vor Indexmietverträgen. Vor dem
326 Hintergrund der steigenden Lebenshaltungskosten wollen wir bestehende Indexmieten deckeln
327 und neue beschränken.

328
329 Wir wollen die Bodenwende in Europa einleiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die knappe

330 Ressource Boden in der EU vor Spekulationen geschützt wird. Wir begrüßen langfristige Miet-
331 und Pachtmodelle durch die öffentliche Hand, statt kurzfristiger Verkäufe. den Boden- und
332 Immobilienmarkt wollen wir stärker in das EU-Wettbewerbsrecht integrieren. Die Bewertung von
333 Immobilien und Grund und Boden wollen wir europaweit gemeinwohlorientiert gestalten. Dafür
334 wollen wir auch eine Änderung internationaler Rechnungslegungsstandards angehen, damit auch
335 branchenübergreifend eine Integration von CO2 sowie weiterer sozial-ökologischer Werte in
336 die Finanzbewertung mit aufgenommen werden kann.

337 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den extremsten
338 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit
339 bis 2030 zu beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins
340 Leben gerufen. Deren Maßnahmen wollen wir schnell umsetzen. Der Dialog zwischen den
341 Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden., Dabei soll die Möglichkeit voneinander zu
342 lernen und bewährte Konzepte wie Housing First oder Soziale Wohnraumagenturen flächendeckend
343 zu adaptieren, gestärkt werden. Wir setzen uns im Sinne der betroffenen Menschen für
344 effektivere Prävention, ausreichend Wohnraum sowie individuellere, menschenwürdigere und
345 unbürokratischere Angebote ein. Diese sollen auch Menschen mit psychischen Krankheiten und
346 Suchterkrankungen besser versorgen. Die europäischen Fördermittel für entsprechende Vorhaben
347 und Projekte wollen wir ausweiten .

348 **2. Starke Regionen**

349 **Kommunen stärken**

350 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen und Kommunen.
351 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen. Starke Kommunen
352 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der kommunalen
353 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip – also
354 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das
355 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken und die Handlungsfähigkeit vor Ort
356 durch ausreichende Ressourcen sichern.

357 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken soll, wo
358 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben der
359 Bürger*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und das Ehrenamt
360 gepflegt, hier kommen in Menschen in Kinos, Restaurants, Parks oder Sportstätten zusammen.
361 Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und mit einer
362 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und
363 Arbeitnehmer*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf nicht dazu
364 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen oder in ihrer
365 kommunalen Planungshoheit beschränkt werden. Es braucht deshalb ein gutes Vergabe- und
366 Konzessionsrecht, das soziale und ökologische Kriterien in den Mittelpunkt stellt – und
367 dabei die Entscheidungen der öffentlichen Hand stärkt. Es fördert die Rechtssicherheit und
368 ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige regionale Angebote zu entscheiden. So
369 können Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Außerdem
370 soll es ihnen möglich bleiben, die räumliche Nutzung zu steuern und zu begrenzen, um eine
371 wohnungsnaher Versorgung zu gewährleisten. Indem wir in der EU die Rekommunalisierung
372 vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für neue Entscheidungsspielräume vor
373 Ort und eine zuverlässige Daseinsvorsorge. Wir unterstützen die Kommunen weiter dabei,
374 diesen Weg zu gehen. Eine EU, die die kommunalen Gestaltungsspielräume verteidigt und
375 ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

376 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine existenzielle
377 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der Bürgerinitiative
378 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit Trinkwasser
379 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen

380 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der Wasserversorgung aus der
381 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

382 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft
383 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb wollen wir
384 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und
385 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie die
386 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden regionalen
387 Wettbewerbsfähigkeit und Konnektivität (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und
388 Regionen, genauso wie Wissenstransfer- und Netzwerkprogramme (z.B. Climate ADAPT). Diese
389 Programme wollen wir stärken. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und
390 Eurodistrikte) soll entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit
391 grenzüberschreitenden Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler*innen, der
392 Zusammenarbeit der Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung maßgeblich und nah
393 am Alltag der Bürger*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.
394 Wir setzen uns dafür ein, den Alltag von Grenzpendler*innen und binationalen Familien durch
395 Bürokratieabbau und Harmonisierung von Behördendienstleistungen und -prozessen zu
396 vereinfachen.

397 **Zusammenhalt vor Ort fördern**

398 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort: anhand
399 konkreter Projekte in den europäischen Regionen. Dort liegt wichtige Expertise zur
400 Gestaltung des Wandels vor Ort. Eine effiziente Förderpolitik in der EU bezieht die Menschen
401 vor Ort mit ein und ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen
402 Wandels ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der
403 Regionen in Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich in
404 seiner Größe an den Herausforderungen orientieren.

405 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese Herausforderungen
406 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen Mitgliedstaaten.
407 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei der
408 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich. Strukturschwache und
409 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und
410 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt stellen,
411 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

412 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große
413 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen Menschen und
414 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU mit
415 einer besseren Förderung von strukturschwachen Regionen entgegenwirken. So stärken wir die
416 Gestalter*innen der Zukunft vor Ort und schaffen gute Perspektiven für die Regionen.

417 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig Effizienz und
418 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die Fördermittel an
419 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische Sozialfonds
420 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche
421 Gründer*innen, Angestellte und Arbeitsuchende beraten, unterstützt und lebenslang weiter
422 gebildet. Die Förderung langfristiger Projekte soll nicht durch Verzögerungen in den
423 Beratungen der EU aufgehalten werden. Wir statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um
424 über ihn unter anderem aktive Beschäftigungspolitik und verstärkt soziale Teilhabe zu
425 fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Mittelverwaltung vereinfacht wird, die
426 Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für eine
427 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten Arbeits- und

428 Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen wahrzunehmen,
429 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum Standortvorteil.

430 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu entwickeln. Die
431 Programme sind jedoch oftmals nicht ausreichend in der Breite bekannt und die Beantragung
432 der Mittel und die Umsetzung der Förderungen sind oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl
433 der Anträge und manche guten Projekte und Ideen werden nicht verwirklicht. Das ändern wir,
434 indem wir uns dafür einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen, die Bekanntheit
435 zu steigern und die Umsetzung von Projekten zu beschleunigen. Zur Vereinfachung der
436 Strukturen prüfen wir das derzeitige System von Einzelfonds. Um bürokratische Hürden
437 abzubauen, wollen wir unter anderem mehr Pauschalen und Fördermöglichkeiten einführen, die
438 ehrenamtliche Antragsteller*innen nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung befreien.
439 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

440 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger*innen und der Zivilgesellschaft
441 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft gegenseitiges
442 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung
443 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche Beratungen
444 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein.
445 Digitale und hybride Formate sollen dabei eine familiengerechte Teilnahme ermöglichen. So
446 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

447 **Chancen in ländlichen Räumen nutzen**

448 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung ist für uns ein zentrales
449 Ziel. Sie entscheidet erheblich über den Zusammenhalt in der EU. Die Verkehrswende kann die
450 ländlichen Räume näher zusammenbringen.

451 Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell gestärkte Kommunen schaffen.
452 Coworking-Spaces können Ortskerne wiederleben. Auch die ländlich geprägten Außenbezirke der
453 Städte nehmen wir mit ihrem erheblichen Entwicklungspotential in den Blick. Die Menschen vor
454 Ort sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine verlässliche
455 Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen können. Wir wollen die
456 Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und multifunktionale Einrichtungen
457 unterstützen, die beispielsweise generationenübergreifende Projekte mit Jugendlichen und
458 älteren Menschen durchführen. Um das zu erreichen, wollen wir Förderansätze wie LEADER zur
459 Unterstützung ländlicher Regionen und den Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter
460 stärken. Die Förderung des ländlichen Raums über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für
461 die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) soll mit den sogenannten Kohäsionsmitteln besser
462 verzahnt und ausgebaut werden und so besser zur Strukturentwicklung der ländlichen Räume
463 beitragen.

464
465 Energie wird wieder zunehmend auf dem Land erzeugt, das schafft hier zusätzliche
466 Wertschöpfung. Dazu soll sie dezentral ins Stromnetz eingespeist und genutzt werden. Die
467 notwendigen Flächen wollen wir sichern, aber den Flächenverbrauch dabei minimieren und
468 konsequent Mehrfachnutzen mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen,
469 Biodiversitäts-Photovoltaik oder mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen.
470 Den Ausbau der Erneuerbaren werden wir weiterhin vorantreiben und die Modernisierung von
471 Wirtschaft und Gesellschaft durch den gezielten Einsatz von Förderungen so unterstützen,
472 dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Regionale landwirtschaftliche
473 Wertschöpfungsketten und naturnahe Waldbewirtschaftung sind auch weiterhin wichtige
474 Wirtschaftsfaktoren und prägend für diese Räume.

475 **Vergaberecht modernisieren**

476 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung des Green
477 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine sichere Zukunft,

478 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen Kriterien
479 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für eine
480 gerechte und zukunftsfeste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische
481 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am Menschen
482 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die europäische
483 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen Arbeitsmarkt: Es
484 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs werden. Ein
485 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer*innen in ganz Europa.

486 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel wollen wir
487 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollen in der EU
488 konsequent nachhaltig und gemeinwohlorientiert erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für
489 öffentliches Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeits- und
490 Gemeinwohlkriterien ausrichten. Das begünstigt auch die Vergabe an kleine und
491 mittelständische Unternehmen und stärkt so die regionale Wertschöpfung.

492 Ein intakter öffentlicher Raum und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ist die Grundlage
493 unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir möchten dass die EU Maßnahmen ergreift, damit
494 Aufgaben nicht nur ausgeschrieben, sondern auch vergeben werden können. Transparenz,
495 Entbürokratisierung, Digitalisierung, Beschleunigung und unkomplizierte Verfahren bleiben
496 unsere Leitlinien. Notwendige Investitionen sollen nicht über Gebühr hinausgezögert werden.
497 Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die Vergabe öffentlicher Aufträge
498 bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare Beschaffungspolitik minimiert. Die
499 einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive Unterstützung für kleine und lokale
500 Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei
501 für Gerechtigkeit. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten
502 Konditionen.

503 **3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung**

504 **Gesundheitskrisen europäisch bewältigen**

505 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt und fördert.

506 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen für unsere
507 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir ihnen
508 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der
509 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch langjährige
510 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zustande gekommen
511 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen und
512 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei Grenzschließungen
513 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische Notsituationen
514 abgedeckt. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die
515 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und zwischen den
516 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu bewältigen.

517 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die Krisenvorsorge zu
518 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene zusammenarbeiten. Die EU
519 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen. Sie
520 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen wir uns
521 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale Gesundheitsinitiativen
522 politisch, finanziell und personell zu stärken, die Innovationskraft der europäischen
523 Gesundheitsforschung stärker zu fördern sowie den globalen Zugang zu bezahlbaren
524 Medikamenten und Gesundheitsdienstleistungen für alle Menschen zu verbessern.

525

526

527 Das ist eine Frage der Solidarität, denn Gesundheitskrisen treffen die Ärmsten häufig am
528 stärksten. Es liegt aber auch in unserem Eigeninteresse, denn Pandemien sind globale
529 Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer
530 bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole auf geistiges Eigentum
531 zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien,
532 Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht verhindern. Wo freiwillige
533 Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, unterstützen wir in Gesundheitskrisen und
534 Pandemiesituationen Anträge auf Erteilung von verpflichtenden Lizenzen gegen Entschädigungen
535 für diese Güter und bringen uns in diesen Kontexten bei der WTO für temporäre Aussetzungen
536 von Patenten ein.

537

538 Unser Ziel ist, dass alle EU-Bürger*innen krankenversichert sind. Daher wollen wir eine
539 bessere Koordination sozialer Sicherungssysteme in Europa einschließlich direkter
540 Abrechnungsmöglichkeiten zwischen den Krankenversicherungsträgern.

541 Prävention stärken

542 Wir stellen Prävention und Gesundheitsförderung in den Mittelpunkt unserer
543 Gesundheitspolitik. Denn so können wir verhindern, dass Krankheiten überhaupt erst
544 entstehen. Gute Strukturen der Vorsorge, bessere Aufklärung über Krankheitsrisiken und ein
545 gesunder Lebensstil sind wichtige Bausteine für mehr Lebensqualität und eine höhere
546 Lebenserwartung. So können wir auch Krankheiten, wie Adipositas, Diabetes mellitus und Herz-
547 Kreislauf-Erkrankungen vorbeugen. Um es für die Verbraucher*innen leichter zu machen, sich
548 gesund zu ernähren, wollen wir für verlässliche Informationen über Inhaltsstoffe in
549 Lebensmitteln sorgen. Wir wollen die Entstehung von tabak- und alkoholassoziierten
550 Krankheiten bestmöglich verhindern. Dafür braucht es stärkere Bemühungen zur Reduzierung
551 riskanter Formen des Alkoholkonsums und des Tabakgebrauches etwa durch eine Reduzierung des
552 Nikotingehalts in Tabak- und Nikotinprodukten. Wir bekennen uns zu den Zielen des
553 Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung. Demzufolge soll unter anderem der Anteil der
554 Raucher*innen an der EU-Gesamtbevölkerung bis 2040 unter 5% fallen. Lücken, die bei Werbung
555 z.B. auf sozialen Plattformen und insbesondere im Bereich des Sponsorings, noch bestehen,
556 sind jetzt EU-weit zu schließen. Der Jugendschutz gebietet es auch, für Alkohol, Glücksspiel
557 sowie Sportwetten Werbeeinschränkungen voranzutreiben.
558 Um künftigen Gesundheitskrisen besser begegnen zu können, wollen wir neben der Erforschung
559 von Krankheitsursachen und neuen Behandlungsmethoden auch die präventive
560 Gesundheitsforschung stärken.

561 Die EU soll darauf hinwirken, die globale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zulassung und
562 Überwachung von Arzneimitteln zu vertiefen.

563 **Lehren aus der Pandemie ziehen**

564 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten Zeichen der
565 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den Folgen einer
566 Covid-19-Infektion (Long-/Post-Covid) und etliche an den deutlich seltener auftretenden
567 Folgen einer Covid-19-Impfung (Post-Vac). Deshalb wollen wir auf europäischer Ebene die
568 Forschung zu Infektionskrankheiten, wie Covid-19 und deren Folgekrankheiten (z. B.
569 Herzmuskelentzündungen oder ME/CFS) intensivieren und Forschungsgelder dafür zur Verfügung
570 stellen. Zudem braucht es dazu mehr europäischen Austausch, beispielsweise durch ein EU-
571 Sachverständigennetzwerk. Prävention steht im Zentrum unseres Handelns. Insbesondere für
572 Menschen mit Erkrankungen und für Schattenfamilien ist das ein wichtiger Baustein zur
573 gleichberechtigten gesellschaftliche Teilhabe. Dazu gehört auch, dass gesunde Luft in
574 Innenräumen eine Selbstverständlichkeit wird.

575

576 Pandemien treffen nicht alle gleich. Einkommensarme Menschen und prekär Beschäftigte sowie

577 Menschen in großen Einrichtungen sind deutlich häufiger von Covid-19 betroffen. Diese
578 Gruppen müssen bei der nächsten Pandemie verstärkt in den Blick genommen werden.

579 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer sogenannten
580 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde. Damit
581 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit nicht isoliert
582 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der
583 Tiergesundheit steht. Deshalb sind der Planetary-Health und der One-Health-Ansatz Leitbilder
584 für unsere Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für Tiere und Natur sowie eine Reduzierung
585 industriell gehaltener Tierbestände helfen im Kampf gegen Zoonosen; weniger Antibiotika in
586 der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere Luft und weniger
587 Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

588 Wir brauchen insbesondere ein wirksames europäisches Frühwarnsystem gegen Pandemien, um
589 gefährliche Erreger frühzeitig erkennen zu können und Informationen darüber transparent zur
590 Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind Pandemie-Szenarien regelmäßig zu üben, vor allem
591 damit der rasche Aufbau einer Krisen- und Notfallorganisation gewährleistet ist.

592 **Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen**

593 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig, konfliktreich
594 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen sind. Diese
595 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei vielen jungen
596 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Wir setzen uns dafür ein, dass die
597 seelische Gesundheit die nötige Aufmerksamkeit zuteil wird und Betroffene nicht länger unter
598 der Stigmatisierung leiden müssen. Das wollen wir auch mit Unterstützung aus Europa
599 erreichen. Wir setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch
600 dafür, die bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen
601 besser zu behandeln. Um die Patientensicherheit zu gewährleisten, braucht es europaweit
602 vergleichbare gesetzliche Regelungen und geschützte Berufsbezeichnungen zum Beispiel für
603 Künstlerische Therapien. Die Forschung zu kreativen Therapieansätzen unterstützen wir.

604
605 Wir treten für eine Vernetzung von Expert*innen in Europa ein und wollen zusammen mit den
606 Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln, , auch um eine gemeindenahе,
607 menschenrechtsbasierte Versorgung weiter zu stärken, die Versorgungssicherheit zu erhöhen
608 und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Da die Ursachen für mentale Gesundheitsprobleme vielfältig
609 sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die
610 Auswirkungen auf die mentale Gesundheit übergreifend in allen relevanten Politikfeldern
611 mitgedacht werden. Das gilt auch für die Auswirkungen von psychischen Erkrankungen und
612 Neurodiversität. Dafür braucht es ein größeres Problembewusstsein in der EU und ihren
613 Institutionen. Wir begrüßen in dieser Hinsicht die Strategie der EU-Kommission für
614 psychische Gesundheit und setzen uns für eine möglichst rasche und umfassende Umsetzung ein.

615 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die Betroffenen häufig
616 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen. Die Pandemie
617 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit
618 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Inklusion, Teilhabe und
619 Integration ein.

620 **Arzneimittelversorgung sicherstellen**

621 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens: alternde
622 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die
623 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und ihren
624 Wirkstoffen zu stark von Herstellern mit unzuverlässigen Lieferketten abhängig ist – und
625 damit häufig auch eine Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten

626 Umweltstandards in Kauf nimmt. Dabei leiden vulnerable Gruppen besonders unter
627 Arzneimittelknappheit.

628 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat die EU-
629 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir begrüßen die
630 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und nachhaltiger zu machen
631 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser vorzubeugen und diese
632 früher zu melden. Auch Apotheken tragen zu einer verlässlichen Arzneimittelversorgung bei.

633 Um Unternehmen zu ermutigen, neue Arzneimittel, Wirkstoffe und Medizinprodukte in Europa zu
634 entwickeln und zu produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei
635 setzen wir zwei Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit
636 unentbehrlich sind, beispielsweise wichtige Antibiotika, durch krisenfeste Lieferketten
637 zuverlässig verfügbar sein. Hierzu kann die teilweise Rückverlagerung von Produktion nach
638 Europa einen Beitrag leisten. Zweitens müssen für bislang vernachlässigte Krankheitsbilder
639 und angesichts der Entstehung von Therapie-Resistenzen neue Anreize für die Entwicklung
640 medizinischer Innovationen geschaffen werden, das schließt insbesondere neue
641 Finanzierungsmodelle wie angepasste Vergütungsmodelle für Reserve-Antibiotika ein. Die
642 Anreize für Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen nicht
643 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von
644 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für geschlechtersensible
645 Forschung und Medizin ein, damit Wissenslücken über die geschlechtsspezifischen Unterschiede
646 bei Diagnose und Behandlung geschlossen und berücksichtigt werden. Ebenfalls sollen Studien
647 im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin intensiviert werden, um sicherzustellen, dass der
648 Zugang zu sicheren und wirksamen Arzneimitteln verbessert wird. Zugleich muss insbesondere
649 bei Studien zu neuen Arzneimitteln und Behandlungsmethoden die Vielfalt der Menschen stärker
650 berücksichtigt werden.

651 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden. Der Mangel an
652 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu immensen
653 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung eingesetzt
654 werden, muss das in der Regel mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung
655 sowie die Preisgestaltung einhergehen. Außerdem sollten öffentlich unterstützte
656 Entwicklungsprojekte dafür Sorge tragen, dass resultierende Arzneimittel in Ländern des
657 Globalen Südens ausreichend zugänglich gemacht werden.

658 **Gesundheitsdaten sicher nutzen**

659 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die gesundheitliche
660 Versorgung von Patient*innen und die Forschung. Krankheiten können besser diagnostiziert,
661 Krankheitsursachen erforscht, unnötige Untersuchungen vermieden und die Behandlung von
662 Patient*innen zwischen verschiedenen Ärzt*innen und Krankenhäusern grenzüberschreitend in
663 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb europaweit
664 den Zugang zu digitalen Patient*innen-Akten ermöglichen.

665 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz umfassende IT-Sicherheit und einen
666 persönlichen Zugang zu den Daten, die über sie gespeichert sind, die Rechte der
667 Patient*innen stärken. Das ist grundlegend für das Vertrauen der Menschen in die
668 Verarbeitung von Gesundheitsdaten. Dabei können eine grundsätzliche Transparenz bei der
669 Datenverwaltung und technische Lösungen wie ein digitaler Einwilligungsassistent
670 unterstützen. Denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören zu den sensibelsten und
671 persönlichsten Daten überhaupt.

672 Um das Innovationspotential für eine bessere Gesundheitsversorgung zu heben und gleichzeitig
673 keine Daten gegen den Willen der Patient*innen weiterzugeben, setzen wir bei
674 pseudonymisierten Gesundheitsdaten auf die Möglichkeit des Widerspruchs (Opt-Out) und den

675 Fokus auf gute Datenqualität. Damit wollen wir die Datenverfügbarkeit für
676 gemeinwohldienliche Forschung erhöhen und öffentlichen Stellen in Notsituationen bessere
677 Einschätzungsmöglichkeiten an die Hand geben. Dies stellt einen wichtigen Paradigmenwechsel
678 in der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu größeren
679 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die Versorgung der
680 Patient*innen verbessern. Eine Rückverfolgbarkeit der Daten soll so weit wie möglich
681 ausgeschlossen und Verstöße dagegen strafrechtlich verfolgt werden. Umfassender Schutz vor
682 Diskriminierung für alle und besonders die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen umfassend
683 berücksichtigt werden.

684
685 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen sind einheitliche
686 Datenformate und Schnittstellen, um eine Zusammenführung von Daten und eine
687 grenzüberschreitende Nutzung in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und
688 verpflichtende Nutzung von international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen
689 Schnittstellen durch die Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

690 **Antibiotikaresistenzen eindämmen**

691 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet sein. Daher
692 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren. Durch einen
693 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und Verbreitung
694 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten gesundheitlichen
695 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen Immunsystemen wie
696 Älteren, Kindern oder Menschen mit Vorerkrankungen führen sie jedes Jahr zu Hunderttausenden
697 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika und hochpotente
698 Desinfektionsmittel nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht bzw. wo sie
699 jeweils geeignet sind.

700 nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht. Wir wollen den umsichtigen Einsatz
701 von Antibiotika in der Human- und Tiermedizin stärken und die Forschung fördern. Zudem
702 sollten schnelle Diagnostiktests, die vor einer Verschreibung überprüfen, ob die Behandlung
703 mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar sein.

704 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin vorbehalten bleiben
705 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den entsprechenden
706 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen Produkten
707 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch Maßnahmen für
708 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von Antibiotikarückständen in
709 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer
710 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

711 **Eine gute Pflege sicherstellen**

712 Ein starkes öffentliches und diskriminierungsfreies Gesundheitswesen und eine
713 bedarfsgerechte Pflege und Assistenz für ältere, kranke und behinderte Menschen sind
714 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu fördern. Der
715 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch hier in
716 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die berufliche
717 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die Arbeitsbedingungen des
718 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für
719 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen innerhalb der EU
720 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für wettbewerbsfähige
721 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen Branchen ein.
722 Wertschätzung braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge.
723 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen, insbesondere in Wohn- und
724 Pflegeformen, die ein selbstbestimmtes Leben im Quartier und Lebensumfeld ermöglichen,

725 Pflegeangebote sowie in die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Diese müssen
726 attraktiver ausgestaltet und durchlässiger in der beruflichen Weiterentwicklung werden.
727 Auch ein stärkeres Engagement der EU in Forschungs- und Modellprojekten sowie ein Wissens-
728 und Erfahrungstransfer zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und
729 Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten wollen wir fördern.

730 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern, fordern wir
731 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der
732 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten
733 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

734 Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine große gesamteuropäische Aufgabe. Es wird
735 in den nächsten Jahrzehnten eine weitere Zunahme an pflegebedürftige und an Demenz erkrankte
736 Menschen geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes
737 und aktives Leben zu ermöglichen.

738 Um mehr Innovationen im Bereich Pflege und Teilhabe voranzutreiben, wollen wir den
739 europäischen Austausch über neue Ansätze stärken, beispielsweise zu inklusiven Wohn- und
740 Pflegeformen, quartiersorientierter Unterstützung und persönlicher Assistenz. Auch pflegende
741 Angehörige und Nahestehende wollen wir besser unterstützen und entlasten. Deshalb setzen wir
742 uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass pflegende Angehörige, in der Mehrzahl sind es
743 Frauen, gut sozial abgesichert sind und nicht aufgrund von Pflegetasken in die Altersarmut
744 geraten. Ihre in der Pflege erworbenen Fähigkeiten sollen anerkannt werden und der Zugang zu
745 Weiterbildungsangeboten gefördert werden. Die Vorgaben aus der UN-
746 Behindertenrechtskonvention wollen wir auch in der Pflege umsetzen

747 **Cannabis europaweit legalisieren**

748 Wir setzen uns auch in Europa für eine zeitgemäße Drogenpolitik ein, die Gesundheit und
749 Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die kriminellen Strukturen hinter dem
750 Drogenhandel effektiv bekämpft. Auch in Europa brachte der rein repressive Umgang mit Drogen
751 mehr Leid als Segen, tausende Drogentote und eine wichtige Einnahmequelle für die
752 organisierte Kriminalität. Es braucht eine an der Wissenschaft und risikobasierten
753 Betrachtung ausgerichtete Drogenpolitik. An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin
754 zu einem risikobasierten Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Mit der Regulierung von
755 Cannabis setzen wir auf Vernunft statt Kriminalisierung. Wir streben eine europaweite
756 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an.
757 Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit
758 Cannabis enge Grenzen. Wir wollen es erweitern, so dass jedes Land selbst entscheiden kann.
759 Gleichzeitig stärken wir Prävention und Jugendschutz.

760 Die Zunahme problematischen Drogenkonsums, neuer und synthetischer Substanzen und die Folgen
761 sozialer Verelendung im öffentlichen Raum stellen eine große Herausforderung dar. Sie bergen
762 Gefahren für Konsument*innen, stellen Behörden vor besondere Herausforderungen und erfordern
763 soziale Maßnahmen.

764 Wir müssen wirksamer gegen unsichtbare und sichtbare Abhängigkeitsproblematiken vorgehen.
765 Daher intensivieren wir, im Sinne des Gesundheitsschutzes, länderübergreifendes
766 Zusammenarbeiten. Darüber hinaus wollen wir die gesundheitliche Versorgung von Abhängigen
767 verbessern, eine Abkehr der Repression im Umgang mit Konsument*innen, die Stärkung sozialer
768 Hilfestrukturen und besseren Zugang zu Therapieplätzen ermöglichen. Auch die Forschung zum
769 Umgang mit psychoaktiven Substanzen, insbesondere zum medizinischen Nutzen, wollen wir in
770 europäischen Forschungsverbänden weiter vorantreiben.

771 **4. Bildung und Chancen**

772 **Europas Hochschulen besser vernetzen**

773 Der Europäische Hochschulraum trägt dazu bei, die Hochschulausbildung in Europa

774 vergleichbarer und international wettbewerbsfähiger zu machen und ist für die Förderung von
775 akademischer Mobilität von unschätzbarem Wert. Europas Hochschulen sind ein wichtiger
776 Bestandteil des Bildungssystems, ein Ort der Gestaltung der Zukunft, der kritischen
777 Selbstreflexion der Gesellschaft und der sozialen sowie technologischen Innovationen. Wenn
778 wir sie vernetzen, können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den
779 ganzen Kontinent nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung und Stärkung von
780 europäischen Hochschulnetzwerken eingesetzt.

781
782 Wir fördern Anwendungen von Künstlicher Intelligenz und Learning Analytics im Bereich Lehre
783 und Bildung und wollen diese so gestalten, dass Lehrende, Studierende und Schüler*innen
784 selbstbestimmt und souverän diese neuen Möglichkeiten anwenden können ohne beispielsweise in
785 digitalen Prüfungen automatisiert überwacht zu werden. Der Zugang zu diesen neuen
786 Anwendungen muss sozial gerecht und diskriminierungsfrei gestaltet werden.

787 Im Sinne der Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European Degree) unterstützen wir
788 die Weiterentwicklung des „European Approach“ im Rahmen des Bologna-Prozesses, um die
789 Anerkennung gemeinsamer Studiengänge („Joint Programmes“) und gemeinsamer Studienabschlüsse
790 („Joint Degrees“) zu erleichtern und Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen
791 zu schaffen.

792 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche in Museen,
793 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue Horizonte. Viele
794 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für Studierende aus
795 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen
796 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card (ESC) und dem
797 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen
798 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten
799 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten und
800 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

801 **Berufsabschlüsse europaweit anerkennen**

802 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten, eröffnet viele
803 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben wir mit
804 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der EU
805 geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem Land in
806 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und Absolvent*innen,
807 auch in der beruflichen Weiterbildung, müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr
808 bürokratische Prozedur durchlaufen. Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger
809 eingestuft, teils ist die Anerkennung sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass
810 berufliche Ausbildungsabschlüsse und Bildungsabschlüsse im Rahmen des Europäischen
811 Qualifizierungsrahmens einfacher und schneller in jedem Land der EU gelten, statt mühsam
812 anerkannt werden zu müssen.

813 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft kompliziert,
814 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders kontraproduktiv. Für
815 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis (EBA) in ihrem
816 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die
817 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen lassen zu
818 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich erweitern.
819 Wir wollen die Position der Bewerbenden verbessern indem europaweit vergleichbare
820 Anerkennungsverfahren eingeführt und umfassender Orientierung und Unterstützung durch
821 mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote angeboten werden.

822 Politische Bildung gegen Desinformation

823 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und
824 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre Mittel:
825 Desinformationen, Fake News und Manipulation ihrer Verteilmechanismen, sowie vorsätzliches
826 Stören und Überfluten digitaler Debattenräume. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend
827 und versuchen, den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren.
828 Ihre Verschwörungsmymen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und europäisch
829 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische
830 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische
831 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und junge
832 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger*innen als Informationsquelle zur Verfügung
833 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen. Diese Europäische Zentrale für
834 politische Bildung soll auch den Menschen in den EU-Beitrittskandidatenländern offen stehen.

835 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse zielgruppengerecht
836 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in Zeiten von
837 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und Aufklärung auch
838 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach klaren
839 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir unsere
840 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

841 Mit Erasmus Europa kennenlernen

842 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der EU. Über
843 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und berufliche
844 Austausch ermöglicht.

845 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr Menschen
846 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für Urlaub oder
847 Austauschzeit im Ausland fehlt. Das bedeutet, dass wir die finanzielle Förderung für
848 Auslandsaufenthalte stärken müssen. Wir setzen uns deshalb für einen Ausbau der
849 Erasmusmittel ein. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause ins Ausland zu gehen,
850 und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie leisten zu können, eine
851 Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-Teilnehmer*innen
852 einführen, das es ihnen zum Beispiel ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos zum Wohnort
853 und zurück zu fahren.

854
855 Um Auslandssemester leichter in den Ausbildungsplan zu integrieren, streben wir eine
856 Harmonisierung der Semesterzeiten an.

857 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung
858 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote (z.B. Informationen zu
859 nationalen Anlaufstellen für Assistenz) vor und während der Projektdurchführung ausbauen
860 sowie Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen und eine Abdeckung der Mehrkosten
861 sicherstellen.

862 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung
863 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie Informationen
864 barrierefrei zur Verfügung stellen.

865
866 Wir wollen mit dem Vereinigten Königreich Wege finden, wie Menschen auf beiden Seiten nach
867 dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

868 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das Programm
869 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele Möglichkeiten,
870 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit besseren

871 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen wir
872 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

873
874 Wir wollen durch Unterstützungsangebote für kleine Handwerksbetriebe möglichst vielen
875 Auszubildenden die Teilnahme am Erasmus+ Programm ermöglichen.

876 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die Jugendarbeit. Mit Blick
877 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür einsetzen,
878 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

879 **5. Europas Jugend**

880 **Jugend beteiligen**

881 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis füreinander. Um dies
882 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine außerordentliche
883 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen und europaweit
884 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die
885 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer
886 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von
887 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert.
888 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über
889 Erasmus+ aus. Insbesondere für junge Menschen in unseren östlichen Nachbarländern, wie Polen
890 oder Tschechien wollen wir Europa erlebbarer und erfahrbarer machen. Wir wollen die
891 europäische Jugendarbeit stärken und dabei Osteuropa in den Fokus nehmen.

892 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort
893 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind derzeit im
894 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in Deutschland
895 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür
896 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit
897 wird.

898 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa strukturell weiter
899 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal für die
900 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene geschaffen, dieser
901 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die Ergebnisse
902 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission einfließen
903 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter*innen künftig regelmäßig im Europäischen
904 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem die
905 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen. In der EU-
906 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir wollen
907 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen junger
908 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Dafür müssen bestehende Beteiligungsformate für
909 junge Menschen sinnvoll miteinander verknüpft, strukturell abgesichert und ihre Anbindung an
910 nationale Beteiligungsstrukturen sichergestellt werden.

911 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet
912 wird.

913 **Freiwilligendienste ausbauen**

914 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der Zivilgesellschaft
915 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen Europäer*innen ist
916 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der Demokratieförderung,
917 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

918 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen, gerade
919 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen wir für

920 bessere Rahmenbedingungen wie eine wie eine angemessene Aufwandsentschädigung sorgen, damit
921 Engagement etwas ist, das sich jede und jeder leisten kann. Für die Durchführung von
922 Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände und Organisationen, die sie
923 anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der Demokratie und des
924 zivilgesellschaftlichen Engagements.

925
926 Mit einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FEÖJ bzw. EYE - European Year for Ecology)
927 ermöglichen wir jungen Menschen ab 18 Jahren den interkulturellen europäischen Austausch im
928 Bereich des Naturschutzes und schaffen so die Möglichkeit sich für Europas Natur
929 einzusetzen. Durch das FEÖJ wollen wir junge Menschen motivieren sich für Jobs im Klima- und
930 Umweltbereich fit zu machen und zu qualifizieren.

931 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die Erfahrungen,
932 das Wissen und das Engagement von Senior*innen in ganz Europa fruchtbar machen: Viele von
933 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit einem
934 europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior*innen überall in
935 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten können.

936 **Europa entdecken**

937 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal im Jahr
938 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann in einem
939 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können. Gemeinsam mit
940 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie vielfältig
941 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig noch
942 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse zu
943 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen Menschen aus
944 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen, dass Gruppen
945 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

946 **6. Für ein altersgerechtes Europa**

947 Das Durchschnittsalter der Menschen in Europa ist das höchste aller Weltregionen, Tendenz
948 steigend. Wir wollen, dass der demografische Wandel als Herausforderung und als Chance für
949 uns alle betrachtet wird. Das Wissen, die Lebenserfahrung und die Aktivität der älteren
950 Bürger*innen Europas können ein wichtiger Faktor für den Zusammenhalt der Gesellschaft sein.
951 Das beweisen tausende ehrenamtlich engagierte Alte jeden Tag.

952 Ältere Menschen werden in vielen Lebenszusammenhängen diskriminiert oder ausgegrenzt, dies
953 ist aber oft nicht sofort als solches erkennbar. Deshalb wollen wir ältere Menschen in ganz
954 Europa besser vor Diskriminierung am Arbeitsplatz und im Alltag schützen und
955 Chancengleichheit herstellen. Barrierefreiheit in der Arbeitswelt und im öffentlichen Raum
956 sind von Bedeutung.

957 Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Kommunen und Regionen in Europa dem globalen
958 Netzwerk altersfreundlicher Städte und Gemeinden „Age friendly cities and communities“ der
959 Weltgesundheitsorganisation WHO beitreten. Altersfreundliche Städte und Gemeinden sind
960 gleichzeitig kinder-, familien- und behindertengerecht.

961 Ziel des Netzwerks ist unter anderem Menschen zu ermöglichen in ihrem Lebensumfeld gesund,
962 sicher und unabhängig zu altern. Auch Alten im hohen Alter und bei zunehmenden,
963 altersbedingten Einschränkungen sollen in den eigenen vier Wänden bleiben können.

964 Dazu gehören barrierefreie öffentliche Verkehrsnetze und Wohnungsbau sowie
965 Hitzeschutzmaßnahmen für Ältere. Zudem setzen wir uns für mehr öffentliche Orte und
966 Gelegenheiten ein, die so gestaltet sind, dass sich die Generationen im Alltag begegnen,
967 interagieren und voneinander lernen können.

968

969 Um die Situation älterer Menschen international zu verbessern, werden wir uns für eine UN -
970 Konvention für die Rechte Älterer Menschen einsetzen.

971 Jeder Mensch in Europa soll die Möglichkeit bekommen, jede andere europäische Sprache
972 kostenlos und diskriminierungsfrei zu erlernen. Dafür wollen wir uns für die Schaffung einer
973 „Europäischen Sprach-Lern-App“ einsetzen, mit der jede andere europäische Sprache erlernt
974 werden kann. So stärken wir die europäische Identität.

975 **7. Verbraucherschutz**

976 **Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen**

977 Der Rechtsschutz der Verbraucher*innen macht die EU zu einer Union der starken Bürger*innen.
978 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen Binnenmarkt
979 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert Konsum,
980 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur Vorreiterin:
981 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer*innenfreundlicher Strommarkt, moderne Infrastruktur oder
982 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

983 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile Endgeräte,
984 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische Standard
985 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und erleichtert
986 merklich das Leben der Verbraucher*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum digitaler
987 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose
988 Ladetechnologien mit einschließen.

989 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,
990 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher*innen bessere
991 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass relevante
992 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

993 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur
994 Konsument*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen. Ein
995 kaputter Smartphoneakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine Neuanschaffung
996 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen verlängert sich mit
997 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare Produkte die
998 Geldbeutel der Bürger*innen entlasten. Updatezyklen sowie auslaufende Update-Zeiträume
999 müssen auf nachvollziehbaren und rationalen Kriterien beruhen. Es ist nicht im Sinne der
1000 Verbraucher*innen, wenn sie durch kurze Updatezeiträume gezwungen werden, neue Geräte zu
1001 kaufen. Dieser „geplanten Obsoleszenz“ im Hard- und Softwarebereich wollen wir einen Riegel
1002 vorschieben.

1003 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur Selbstverständlichkeit.
1004 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen Gebrauchsgegenständen
1005 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher Halb-
1006 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um Sicherheit
1007 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen ein
1008 Register für Nanopartikel.

1009 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der Verbraucher*innen
1010 gestalten, damit die Preisvorteile der erneuerbaren Energien in der Breite ankommen. Mit
1011 transparenten und möglichst geringen Infrastrukturkosten sowie der Entkopplung des
1012 Verbrauchspreises von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des Emissionshandels,
1013 sowie intelligentem Lastmanagement bleibt der Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei
1014 ihnen.

1015 Wir schützen die Stromverbraucher*innen vor hohen Kosten, indem wir die Förderung von
1016 erneuerbaren Energien durch eine Deckelung der Erlöse ergänzen. Wir stärken außerdem die

1017 Teilhabe von Verbraucher*innen durch die Ermöglichung zeitflexibler Stromtarife und
1018 vereinfachtes Prosuming. Dadurch gelingt die einfache Integration von beispielsweise
1019 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

1020
1021 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Schutz von Konsument*innen im Bereich
1022 medizinischer Produkte und Hilfsmittel. Häufig wird die Notlage besonders verletzlicher
1023 Verbraucher*innen ausgenutzt. Wir wollen vor allem ältere Menschen, pflegende Angehörige und
1024 Menschen mit Behinderungen vor ungeeigneten oder überteuerten Produkten schützen und ihnen
1025 den Zugang zu individuell passenden Hilfsmitteln ermöglichen.

1026 Zur Bekämpfung der Suchtmechanismen von Wetten, Glückspiel und Games im Internet, die Nutzer
1027 zu immer mehr Geldeinsatz verführen wollen, werden wir Mechaniken mit Suchtpotential
1028 einfacher erkennbar machen und bei der Alterseinstufung europaweit einheitlich stärker
1029 berücksichtigen.

1030 **Fahrgastrechte garantieren**

1031 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger*innen komfortabel und sicher nutzbar sein.
1032 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden – ganz
1033 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir mit einem
1034 anbieterübergreifenden Ticketing-System Buchungsplattformen in die Lage versetzen,
1035 grenzübergreifend durchgängige Fahrkarten anzubieten, die das Reisen mit dem Zug
1036 attraktiver machen und den Planungsaufwand erheblich senken. Den Bedürfnissen von Menschen
1037 mit Behinderung soll im Reiseverkehr besondere Bedeutung beigemessen werden.

1038
1039 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die Entschädigung für
1040 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75 Prozent nach
1041 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert. Im Sinne des Rechts
1042 auf barrierefreie Mobilität setzen wir uns für Kostenübernahme für alternative
1043 Transportmöglichkeiten ein, wenn die zugesagte Barrierefreiheit nicht eingehalten wurde.

1044 Darüber hinaus sollen die Rechte von Üionsbürger*innen, insbesondere von Grenzgänger*innen,
1045 auch bei regional unterschiedlichen Unternehmen gelten. Wir setzen uns für einheitliche
1046 Mindeststandards im Nah- und Regionalverkehr ein. Diese sollen auch für ermäßigte Tickets
1047 und unterbrochene Reiseketten gelten.

1048 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel ankommen.
1049 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im Verbraucherschutz bei
1050 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch der
1051 Verbraucher*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von Flugreisen.
1052 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in die Verordnung
1053 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information der
1054 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. Hinweise auf den Anspruch auf
1055 Entschädigung sollen durchgängig prominent platziert werden. So stärken wir den Anspruch der
1056 Verbraucher*innen auf Entschädigungen.

1057 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die Regelungen zur
1058 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für eine
1059 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente Preisgestaltung für
1060 alle Gepäckvarianten ein.

1061 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass alle
1062 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

1063 **Vor Kostenfallen schützen**

1064 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine erhebliche

1065 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung sein.
1066 Verbraucher*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge zu kündigen,
1067 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der Kündigung. Die
1068 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur Kostenfalle.
1069 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen leicht
1070 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir sorgen so für
1071 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird die
1072 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die Beweislast
1073 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist diese nicht
1074 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher*innen: Verträge sollen
1075 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir setzen
1076 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben Kund*innen so
1077 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.

Beschluss (vorläufig)

C – Was Frieden schützt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2023
Tagesordnungspunkt: EP-FR Was Frieden schützt

Antragstext

- 1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat gezeigt:
2 Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie
3 müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Moskau hat das Friedensprojekt
4 Europäische Union herausgefordert. Wir unterstützen unsere ukrainischen Freund*innen, die
5 sich dieser Herausforderung mit allen Kräften stellen – und halten gemeinsam stand.
- 6 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt immer
7 autoritärer auf, bedroht seine Nachbarn und stellt die regelbasierte internationale Ordnung
8 infrage. Chinas Konkurrenz mit Demokratien auf der ganzen Welt stellt auch unser Leben und
9 Wirtschaften vor bedeutende Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern
10 Staaten und Gesellschaften derweil zu Recht, mehr Repräsentanz, faire Mitsprache und einen
11 gleichwertigen Platz an Verhandlungstischen ein.
- 12 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam mit den Folgen
13 der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise machen sie einmal mehr deutlich:
14 Wir müssen unsere demokratischen Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu schützen und
15 einen starken europäischen Beitrag zur Sicherheit Europas und der Welt zu leisten.
- 16 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat die EU bewiesen, wie sehr sie in der
17 Lage ist, auch international für Frieden, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und nachhaltige
18 Entwicklung zu wirken. Sie hat bewiesen: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und zum
19 Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine EU, die auf der
20 Weltbühne selbstbewusst und konstruktiv auftritt und mit einer Stimme spricht, ist imstande,
21 sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten, unsere Interessen und Werte zu verteidigen,
22 Einflussnahme von außen abzuwehren, Zukunft und Frieden zu gestalten – und das Leben der
23 Menschen spürbar zu verbessern. Dieses Europa bietet weltweit Perspektiven für politische
24 und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein dringend benötigtes Gegenangebot
25 zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.
- 26 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale
27 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von „Wandel durch
28 Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische Regime wie Russland im
29 Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger*innen handeln, um ihre imperialen
30 Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir treten deshalb für ein souveränes und selbstbewusstes
31 Europa ein, das nicht abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein Europa,
32 das sich aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine
33 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all jene
34 Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des
35 europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv

36 durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt stellt – der oft behauptete
37 Widerspruch ist keiner.

38 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem wertegeleiteten und
39 fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür sind die
40 Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken sowie gerechter und
41 repräsentativer gestalten wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem
42 die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

43 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler
44 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den Frieden zu
45 wahren, Menschenrechte zu verwirklichen, demokratische Kräfte zu stärken, Konflikten
46 vorzubeugen und Wohlstand zu fördern. Neben der Stärkung der Beziehung zu ihren Verbündeten
47 im transatlantischen und transpazifischen Raum muss die EU aktiv um Partnerschaften mit
48 Ländern des Globalen Südens werben. Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir
49 globale Gerechtigkeit fördern. Dabei achten wir auf die Kohärenz unseres politischen
50 Handelns über alle Politikfelder, wie der Wirtschafts- und Handelspolitik, hinweg..

51 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das macht es
52 schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind nachweislich
53 friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und
54 wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger, wenn
55 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in
56 der Außenpolitik umfassend und gleichberechtigt vertreten sind.

57 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit, die Klima-
58 und Umweltkrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten haben
59 durch ihre jahrzehntelangen Emissionen eine besondere historische und zweifache
60 Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen Interesse selbst schnell klimaneutral werden und
61 zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu klimaneutralem und klimaangepasstem Wohlstand
62 partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die Klimadiplomatie ins Zentrum unseres
63 Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die Weichen für belastbare Partnerschaften
64 – Partnerschaften, die Win-Win-Situationen schaffen und sowohl den Menschen in unseren
65 Partnerländern nützen als auch dabei helfen, unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und
66 Rohstoffen zu sichern. Eine starke europäische Klimaaußenpolitik bedeutet auch, dass die EU
67 eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens einnehmen und weltweit
68 gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu den nötigen Investitionen
69 für eine klimagerechte Entwicklung leisten muss. In gleicher Weise muss Europa die globale
70 Biodiversitätskrise angehen: selbst ambitionierte Ziele verfolgen, Finanzierung
71 bereitstellen und mobilisieren und die Länder des Globalen Südens bei der Umsetzung ihrer
72 Ziele unterstützen.

73 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden im Bündnis auch militärisch zu
74 verteidigen. Dabei bleibt der Einsatz militärischer Gewalt für uns Ultima Ratio. Für die
75 Verteidigungsfähigkeit der EU ist auch eine gesamtstaatliche und gesellschaftliche Resilienz
76 unabdingbar. Dafür ist es zentral, Schocks und Störungen im Sinne eines umfassenden
77 Sicherheitsbegriffs widerstehen zu können. Das umfasst die Erhöhung der Cybersicherheit und
78 den Kampf gegen Desinformation, die Stärkung von Infrastrukturen sowie von staatlichen und
79 wirtschaftlichen Versorgungsstrukturen, und die Ertüchtigung des Zivilschutzes. Dies können
80 wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn wir unsere Sicherheitspolitik
81 europäisch koordinieren und Informationen schneller und besser austauschen. Wir wollen einen
82 umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der die menschliche Sicherheit in den
83 Mittelpunkt rückt, auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten setzt und
84 aktiv Chancen für Deeskalation sucht. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der

85 Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Der Einsatz für eine
86 Kultur der Gewaltfreiheit, militärische Zurückhaltung und eine Welt ohne Krieg umfasst als
87 wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der Außenpolitik. Wir denken
88 Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer
89 Politik stehen. Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten Sicherheitspolitik
90 ist Teil des europäischen Versprechens.

91 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und Hoffnung gibt.
92 Das Streben vieler Ukrainer*innen danach, ihre Freiheit zu behaupten und Teil der
93 europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin mit brutaler Waffengewalt beantwortet
94 worden sein. Aber es lebt fort und beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt über
95 die eigenen Grenzen hinaus entfalten kann. Mit der Vorstellung eines gemeinsamen Haus Europa
96 war der Wunsch verbunden, dass Menschen unterschiedlicher Nationen friedlich unter einem
97 Dach zusammenleben können. Genau diesem Wunsch hat Russland mit seinem völkerrechtswidrigen
98 Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen das ukrainische Selbstbestimmungsrecht eine klare
99 Absage erteilt. An diesem Wunsch halten wir trotzdem fest. Wir bekennen uns zum Beginn des
100 ukrainischen Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der
101 unermesslichen Leistung, die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und die
102 europäischen Werte erbringt.

103 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt die eigenen
104 Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst die Hand. An diesem
105 Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

106 **1. Eine europäische Außenpolitik**

107 **Gemeinsam außenpolitisch handeln**

108 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin agieren kann.
109 Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27
110 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein,
111 die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das
112 zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge
113 nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

114 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen die
115 bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen- und
116 Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem europäischen
117 Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst wollen wir personell und
118 institutionell stärken. Um eine gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen, braucht es
119 einen echten europäischen diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir die Europäische
120 Diplomatische Akademie fest verankern, um Kompetenzen im Bereich EU-Außenpolitik unter
121 Diplomaten*innen aus den Mitgliedstaaten auszubauen. Konsularische Dienste der Mitgliedsländer
122 wie Visafragen, Rechtshilfe oder Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften
123 bündeln.

124 Gleichzeitig braucht es eine bessere Koordinierung der Außenpolitiken der EU-Mitgliedstaaten
125 sowie eine engere Abstimmung zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen
126 Auswärtigen Dienst. Für eine bessere demokratische Kontrolle setzen wir uns für eine
127 stärkere Rolle des Europäischen Parlaments in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
128 ein.

129 Wir wollen die auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie
130 Wissenschaftsdiplomatie stärken, die im Angesicht der großen globalen Herausforderungen
131 kulturelle Brücken bauen, positiv in die Zivilgesellschaft wirken, Forschung voranbringen
132 und Frieden fördern kann.

133 Das Klima global und gerecht schützen

134 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die
135 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Sie
136 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel, Wasser und
137 Rohstoffe. Ihre Folgen wirken sich schon heute spürbar negativ auf Lebensräume und
138 Zukunftschancen von Menschen aus.

139 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke europäische
140 Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen und den nachhaltigen
141 Entwicklungszielen steht. Wir stehen für eine EU, die weltweit Klima-Partnerschaften für die
142 Minderung des CO₂-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim sozial gerechten und klimaneutralen
143 Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme, Infrastruktur und Energieversorgung sowie bei der
144 Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten
145 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der Vereinbarung im
146 Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich 100 Milliarden US-Dollar
147 aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und im
148 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens eingesetzt
149 werden. Ein Vorbild dafür sind sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die
150 Bundesregierung gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit mehreren Ländern
151 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte Energiewende
152 und Modernisierung. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung
153 eines Loss-and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten
154 Gemeinschaften finanziell angemessen unterstützen soll.

155 Unser Ziel ist es, die sozial-ökologische Modernisierung in allen Bereichen voranzutreiben.
156 Wir setzen uns deshalb für den Ausstieg aus den fossilen Energien, für ein verbindliches
157 globales Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine ambitionierte Klimafinanzierung
158 ein. Dafür braucht es zusätzliche Mittel zur ODA-Quote unter Berücksichtigung des Prinzips
159 der "gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung" des Pariser Klimaabkommens. Die
160 internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank, die regionalen Entwicklungsbanken, die
161 Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
162 (EBRD) müssen sich noch stärker partnerschaftlich an der Modernisierung der Wirtschaft
163 unserer Partnerländern beteiligen.

164 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen Kommission,
165 Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen, um internationale
166 Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte Klimaclub kann dabei eine zentrale
167 Rolle einnehmen, um internationale Strukturen im Rahmen des Pariser Abkommens zu
168 unterstützen und ambitionierte Ziele für Klimaschutz, Klimaanpassung sowie nachhaltiges
169 Wachstum voranzutreiben. Die geplante Strategie für Klimaaußenpolitik der Bundesregierung
170 möchten wir zur Grundlage für eine Weiterentwicklung auf europäischer Ebene nehmen.
171 Klimaneutralität sowie die Bewältigung von Klimafolgen müssen ressortübergreifend Eingang in
172 unser internationales politisches Handeln finden.

173
174 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer Anstrengungen wird
175 diese Krise Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Historisch betrachtet sind die
176 westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen
177 deshalb eine besondere Verantwortung. Die EU sollte die betroffenen Staaten deshalb
178 technisch und gegebenenfalls auch finanziell bei den notwendigen Anpassungsmaßnahmen
179 unterstützen. Zudem sollte Europa zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und
180 Prozesse unterstützen, in denen mit betroffenen Staaten über internationale Regulation im
181 Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung
182 sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten wird.

183 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme
184 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Kunming-
185 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement mit den am
186 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von
187 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische
188 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

189 **Global Gateway zum Erfolg bringen**

190 In vielen Teilen der Welt gibt es einen gewaltigen Investitionsbedarf, um Wachstum und
191 Wohlstand mit guter Mobilität und digitaler Teilhabe zu erreichen. Dies muss unter den
192 Bedingungen der Klimaneutralität, Klimaanpassung und sozialer Gerechtigkeit passieren. Auf
193 den Investitionsbedarf antwortet bislang vor allem das chinesische Programm einer „neuen
194 Seidenstraße“, das finanzielle Abhängigkeiten schafft und diese systematisch als politisches
195 Druckmittel einsetzt. Die europäische Global-Gateway-Strategie wollen wir als Alternative
196 dazu zu einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländer in der nachhaltigen
197 Verbesserung ihrer Lebens- und Wirtschaftsbedingungen unterstützt. Wir leisten damit einen
198 starken europäischen Beitrag zur G7 Infrastrukturpartnerschaft und durch die Einhaltung
199 hoher Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards zur Stärkung internationaler Standards
200 der G20 für Infrastrukturplanung.

201 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren
202 Partnerländern wollen wir damit klimagerechten Wohlstand schaffen, den Schutz der
203 Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren sowie zugängliche digitale
204 Infrastrukturen und die Produktion von grüner Energie in unserer Nachbarschaft fördern.
205 Dabei wollen wir Abhängigkeiten reduzieren, indem wir nachhaltige Wertschöpfung in den
206 Partnerländern stärken und mit Investitionen in die soziale Infrastruktur, die im Einklang
207 mit lokalen Entwicklungsagenden stehen, verbinden.

208 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit substanziellen
209 Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten Kapital die nötigen
210 Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit des Programms weltweit und
211 innerhalb der EU zu verbessern, wollen wir außerdem eine Sondergesandte bzw. einen
212 Sondergesandten dafür einrichten.

213
214 Die EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen und alle Projekte auf
215 der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Partnerländern und Einbindung der
216 der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten. Maßstab sind für uns hierbei die Menschenrechte,
217 die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und des
218 Biodiversitätsabkommens von Kunming-Montreal. Beispielsweise bedeutet
219 Mobilitätsinfrastruktur vorrangig Investitionen in klimafreundliche Verkehrsträger wie die
220 Schiene und erzeugte Energie muss immer zuerst den produzierenden Ländern vor Ort zur
221 Verfügung stehen. Zudem muss die EU-Kommission die Politikkohärenz für nachhaltige
222 Entwicklung und eine größere Transparenz bei der Auswahl der strukturpolitischen Projekte
223 sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung sicherstellen. Um Global Gateway zum Erfolg zu
224 führen, müssen bei der Umsetzung entwicklungspolitische Expertise genutzt und die Prinzipien
225 der Wirksamkeit der Entwicklungspolitik umgesetzt werden.

226 **Internationale Organisationen stärken**

227 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall des
228 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale Staatengemeinschaft in
229 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, als eine überragende
230 Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg mehrfach und deutlich verurteilte. Allerdings zeigt
231 sich, dass die Situation im Sicherheitsrat friedenssichernde Maßnahmen der UN erschwert.
232 Regionalorganisationen wie der EU fallen somit im Krisenmanagement, auch mit ihren eigenen

233 Missionen, eine Schlüsselrolle zu. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr als die
234 Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen wie dem UN-System. In den anstehenden
235 Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes Vorgehen der EU die UN und ihre
236 Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, in
237 dem wir eine gerechtere Repräsentanz der Weltregionen gewährleisten wollen. Darüber hinaus
238 zielen wir darauf ab, das Vetorecht abzuschaffen und unterstützen Mechanismen wie die in der
239 Resolution 377 der UN-Generalversammlung "Uniting for Peace" beschlossene Möglichkeit, sich
240 im Fall einer anhaltenden Blockade mit der Angelegenheit zu befassen und Empfehlungen - also
241 diplomatische Maßnahmen, Sanktionen oder militärische Maßnahmen gemäß Kapitel VII der UN-
242 Charta - mit qualifizierter Mehrheit zu beschließen.

243
244 Auch die G7 und die G20 erweisen sich ergänzend zu unserem Engagement im Rahmen der UN als
245 weitere Foren für die Bearbeitung globaler Herausforderungen. Wir unterstützen daher die
246 Bemühungen der G7, sich stärker für eine Zusammenarbeit mit Partnerländern weltweit und
247 insbesondere im Globalen Süden zu öffnen, und befürworten ausdrücklich die permanente
248 Mitgliedschaft der Afrikanischen Union als Teil der G20.

249 Um auf die globalen und entwicklungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit reagieren zu
250 können, muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung, eine Demokratisierung - inklusive
251 einer höheren Beteiligung der Akteure aus dem Globalen Süden - und eine ausreichende
252 Finanzierungskapazität der internationalen Finanzinstitutionen einsetzen. Die Weltbank hat
253 mit ihrer "Evolution Roadmap" diesen Reformprozess bereits begonnen und muss ihn jetzt
254 entschieden fortsetzen. Dabei ist entscheidend, dass Ziele wie die Reduzierung der
255 Ungleichheit und der Schutz der planetaren Grenzen systematisch durch Indikatoren
256 berücksichtigt und operationalisiert werden. UN-Sonderorganisationen wie das
257 Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um
258 Menschen in Not zu helfen. Die EU muss diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und
259 stärken. Entsprechende Mittel sollen möglichst flexibel bereitgestellt werden.

260 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive, geschlechtergerechte Personalpolitik der EU
261 bei der Besetzung von Posten in internationalen Organisationen etwa bei der International
262 Standardization Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

263 **Menschenrechte weltweit verteidigen**

264 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von
265 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste niedergeschlagen.
266 Unabhängig davon, wo Menschen leben, haben sie das Recht, Hilfe zu verlangen und zu
267 erhalten, um ihre grundlegenden Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Wir setzen uns
268 für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien, gewaltfreie pro-
269 demokratische Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-
270 Verteidiger*innen im analogen wie im digitalen Raum. Wir wollen die Fördermöglichkeiten
271 ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, beispielsweise
272 Sonderberichterstatter*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell stabilisieren,
273 langfristig aufstellen und zugänglicher machen. Damit sollen auch Räume für Austausch und
274 Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, pro-demokratischen Bewegungen,
275 unabhängigen Medien und einzelnen Aktivist*innen geschaffen und gestärkt werden. Der Schutz
276 und die Förderung von Demokratie ist effektiver, wenn wir unsere Bemühungen bündeln und
277 europäisch koordinieren.

278 Der Schutz der Menschenrechte ist zuallererst Aufgabe des Staates. Der Zusammenarbeit mit
279 Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit und Selbstbestimmung eine
280 besondere Rolle zu. Staaten, die sich auf den Weg zur Demokratie gemacht haben, wollen wir
281 aktiv in diesem Prozess begleiten und stärken. Wir unterstützen entsprechend der Globalen
282 Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung von gezielten

283 Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für schwere
284 Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen beteiligt sind. Gegen
285 Sanktionsverletzungen müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten entschieden vorgehen und dabei
286 auch internationale Partner in die Pflicht nehmen. Darüber hinaus wollen wir prüfen,
287 inwieweit stillgelegte Vermögenswerte rechtssicher für Wiedergutmachung gegenüber den Opfern
288 nutzbar gemacht werden können.

289 Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer
290 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von
291 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine
292 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen, etwa
293 Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten
294 Menschenrechts-Verteidiger*innen und ihren Familien wollen wir in der EU mit einer
295 schnelleren und vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich
296 die Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen. Dazu
297 gehört etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale
298 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen
299 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Dies gilt auch für diejenigen, die das Recht
300 auf Kriegsdienstverweigerung verteidigen. Wir setzen uns im Rahmen der Unterstützung für
301 Menschenrechtsverteidiger*innen ein, die Auslandsvertretungen der EU im Bereich der
302 konfliktsensiblen Demokratieförderung und Menschenrechtsschutzes verstärkt zu schulen.

303
304 Nach Vorbild des kanadischen Resettlement-Programms setzen wir uns für ein europäisches
305 Schutzprogramm von Menschenrechts-Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell
306 und unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu
307 können. Angriffe auf Menschenrechts-Verteidiger*innen finden immer häufiger im digitalen
308 Raum statt. Um sie zu schützen unterstützen wir sichere, verschlüsselte
309 Kommunikationsmöglichkeiten und das Recht auf anonyme Nutzung des Internets und setzen uns
310 gegen die weitere Fragmentierung des Internets und gegen Internetabschaltungen ein.

311
312 Eines besonderen Schutzes bedürfen auch investigative Journalist*innen und
313 Hinweisgeber*innen wie Julian Assange. Sie bringen Verbrechen und gesellschaftliche
314 Missstände ans Licht. Ihr Schutz ist essenzieller Bestandteil der Pressefreiheit, die es
315 nach innen und außen dringend zu verteidigen gilt.

316 **Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen**

317 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger, resilienter
318 und wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen
319 Menschenrechte. Strukturelle Ungerechtigkeiten führen dazu, dass bestimmte Gruppen,
320 insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen in besonderem Maße von Gewalt, Armut und
321 Krieg, aber auch von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Gleichzeitig sitzen oft nur
322 wenige von ihnen mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten.
323 Mit der UN-Resolution 1325 und ihren Folgeresolutionen ist der Schutz von Frauen und Mädchen
324 in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe bei Konfliktprevention und -bewältigung bereits
325 international verankert. Wir wollen weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische
326 Außen- und Entwicklungspolitik ein, die die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen,
327 Mädchen und marginalisierten Gruppen in allen Bereichen weltweit stärkt.
328 Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen von Diskriminierung zum Ziel.
329 Dabei werden Mehrfachdiskriminierungen besonders in den Blick genommen. Aufbauend auf den
330 Leitlinien der Bundesregierung wollen wir die feministische Außen- und Entwicklungspolitik
331 als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen und internationalen Kooperationen der EU verankern.

332 Wir setzen uns für einen paritätischen Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen

333 der EU ein sowie dafür, den Frauenanteil auf allen Ebenen von GSVP-Missionen - insbesondere
334 in Leitungsebenen - deutlich zu erhöhen. Die Perspektiven von Frauen und Mädchen sollen bei
335 allen internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für Gender und
336 Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken und die Beteiligung von Frauen und
337 marginalisierten Gruppen an entsprechenden Delegationen signifikant erhöhen.

338 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf gegen
339 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Denn Frauen-, Queer- und
340 Transfeindlichkeit ist für viele Menschen eine Sicherheitsbedrohung. Nach dem Beitritt der
341 EU zur Istanbul-Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-
342 Mitgliedsländer. Auch fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen
343 die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.

344 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen feministischer
345 Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet sowie bisherige
346 Praktiken kritisch evaluiert. Sie muss ihr selbst gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85
347 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Dazu soll
348 die EU strukturell mehr Mittel zur Förderung von Frauen und marginalisierten Gruppen
349 bereitstellen, beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit feministischen
350 zivilgesellschaftlichen Akteuren oder die Unterstützung im Bereich der Grundbildung und
351 beruflichen Bildung, des Unternehmertums sowie der sexuellen und reproduktiven Gesundheit.
352 Gemäß des EU-Aktionsplans für die Gleichstellung der Geschlechter wollen wir
353 gendertransformative und intersektionale Ansätze systematisch in unserem
354 entwicklungspolitischen Handeln verankern.

355 **2. Eine europäische Sicherheits- und** 356 **Verteidigungspolitik**

357 **Europa gemeinsam verteidigen**

358 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen
359 geführt, dass wir potenzielle Aggressoren wirksam von Angriffen abhalten und unsere Art zu
360 leben im äußersten Notfall auch militärisch verteidigen können müssen. Die Zukunft der
361 Bündnisverteidigung und der kollektiven Reaktionsfähigkeit liegen in der europäischen und
362 transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer Streitkräfte.

363 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten, desto
364 besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die europäische Verteidigungsfähigkeit
365 sicherstellen, gerade auch als Teil des transatlantischen Bündnisses (NATO). Der
366 strategische Kompass der EU und die Einbettung in das strategische Konzept der NATO sind
367 dafür maßgebend. Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen im Rahmen der EU und der NATO
368 und den dafür notwendigen Fähigkeiten und Kapazitäten. Aus historischer Verantwortung und
369 den Lehren des russischen Angriffskriegs bekennen wir uns zum Schutz der baltischen Staaten,
370 unter anderem durch militärische Zusammenarbeit im Rahmen einer langfristigen Stationierung
371 von Bundeswehreinheiten im Baltikum.

372 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und
373 Verteidigungsunion mit einer starken parlamentarischen Beteiligung und Kontrolle arbeiten.
374 Die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte, zum Beispiel innerhalb von permanenten EU-
375 Einheiten oder transnationalen Verbänden wie dem Deutsch-Niederländischen Corps, wollen wir
376 ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen
377 notwendig sowie die Schaffung der Grundlagen einer einheitlichen Fürsorgeverpflichtung der
378 EU gegenüber den eingesetzten Kräften und zivilen Entsandten. Wir wollen die gemeinsame EU-
379 Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum Beispiel bei
380 der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

381 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und
382 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und personell.
383 Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, einer
384 kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen, die tatsächlichen Bedarfe vor Ort
385 berücksichtigen und sich am Leitbild der menschlichen Sicherheit orientieren. Für die
386 zivilen GSVP Missionen müssen wir langfristige Finanzrahmen mit flexiblerer Konzeption
387 verbinden, damit diese schneller einsatzbereit sein und sich angemessen auf veränderte
388 Gegebenheiten einstellen können. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom
389 Europäischen Parlament begleitet, kontrolliert und evaluiert werden. Wir verstetigen die
390 Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) und stärken
391 deren Einheit für Risikoanalyse und Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so
392 angepasst werden, dass die Verfügbarkeit der Mittel, die Planbarkeit der Ausgaben und die
393 parlamentarische Kontrolle im Europaparlament und den Mitgliedstaaten verbessert werden.
394 Auch der Aufbau eines europäischen Luftverteidigungssystems ist für uns ein notwendiger
395 Baustein einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur.

396 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-Mitgliedstaaten zu einer
397 komplexen Systemvielfalt, ausbleibenden Skaleneffekten und damit zur ineffektiven Nutzung
398 von Steuergeldern. Unser Ziel ist eine gemeinsame und damit kosteneffektivere europäische
399 Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern. Dafür bedarf es der wirksamen Umsetzung der
400 jährlichen Fähigkeitsanalyse in enger Koordination und Abstimmung mit dem Planungsprozess
401 der NATO auf Basis gleicher Standards und Normen, finanzieller Anreize für und Vertrauen
402 zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch des politischen Willens, die industriepolitischen
403 Interessen zugunsten von mehr gemeinsamer Sicherheit zurückzustellen. Damit erreichen wir
404 die Konsolidierung des europäischen Rüstungssektors. Die Europäische Verteidigungsagentur
405 (EDA) hat das bisher nicht im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung
406 von bestehenden Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen
407 Beschaffung (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil und
408 die parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

409 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres Finanzinstrument
410 schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den gesamten militärischen
411 Fähigkeitszyklus abdeckt – von industrieller Forschung und Entwicklung über Beschaffung bis
412 hin zu Instandhaltung und Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter strenger und
413 abgestimmter Kontrolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente stehen.

414 **Rüstungsexporte europäisch regulieren**

415 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen Waffensystemen schafft
416 mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit, und somit auch einen Beitrag für eine gemeinsame
417 wertebasierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Für diese EU-Gemeinschaftsprojekte
418 braucht es einheitliche und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf
419 der Grundlage des gemeinsamen Standpunkts der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung
420 beschließen, die Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer
421 gemeinsamen Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen
422 und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten geben.
423 Vorangehende Risikoanalysen sowie verbindliche und physische Endverbleibskontrollen müssen
424 dabei vorgeschrieben und konsequent durchgeführt werden. Europäische Waffen dürfen nicht
425 weiter in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder
426 diese für Verbrechen der Aggression nutzen. Wir setzen uns für ein Exportverbot für
427 Überwachungstechnologien an repressive Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für
428 Kleinwaffen an Drittstaaten ein.

429 Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und bleiben
430 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Sie bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Das

431 Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie und friedliche Welt. Auch in unsicheren
432 Zeiten wollen wir daher die Rüstungskontrolle stärken, vertrauensbildende Maßnahmen fördern,
433 und bi- und multilaterale Abrüstungsinitiativen voranbringen. Daher sollte die EU sich für
434 eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als zentralen Pfeiler
435 der nuklearen Rüstungskontrolle einsetzen. Darüber hinaus sollte die EU ihre
436 Mitgliedsstaaten dazu ermutigen, den Atomwaffenverbotsvertrag konstruktiv zu begleiten sowie
437 als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz teilzunehmen und sich zu Vision Global Zero
438 zu bekennen. Dies sind erste Schritte auf dem Weg zu einem sukzessiven, gemeinsamen Beitritt
439 und einer atomwaffenfreien Welt. Die völkerrechtlichen Bemühungen um eine Regulierung von
440 letalen autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von Waffensystemen
441 geben, die den menschlichen Faktor bei Entscheidungen über Leben und Tod technisch
442 verzichtbar machen. Wir verurteilen jeden völkerrechtswidrigen Einsatz von bewaffneten
443 Drohnen, auch wenn er von unseren Bündnispartnern durchgeführt wird. Den Einsatz von
444 Streubomben, auch in der Ukraine, lehnen wir ab. Zudem wollen wir uns mit der EU weltweit
445 dafür einsetzen, gemäß des Oslo-Übereinkommens auch nicht Vertragsparteien vom Einsatz von
446 Streumunition abzubringen.

447 **Krisen vorbeugen**

448 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die Konflikte
449 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Hierbei ist die Zusammenarbeit der Politikfelder und
450 Kohärenz der Ansätze wichtig. Wir wollen die EU-Mittel für friedensfördernde zivile Akteure
451 umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure
452 in der Friedensförderung stärker unterstützen sowie Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang
453 flexibilisieren und Mittelvergaben langfristiger planbar gestalten. Wir wollen die EU-Mittel
454 und Ansätze für Stabilisierungsmaßnahmen stärken, um in Krisen flexibel, gezielt und
455 effektiv handeln zu können. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung und Konfliktbearbeitung der
456 UN und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von
457 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir systematisch stärken. Wir
458 wollen die Erforschung der Ursachen von aktuellen Konflikten, ihren Verläufen und ihrer
459 friedlichen Bearbeitung stärken und die internationale Vernetzung in der Friedens- und
460 Konfliktforschung fördern.

461 Die EU muss weltweit ihre Stärke als Vermittlerin in Konflikten und als Bündnis für Frieden
462 durch Kooperation nutzen und ausbauen. Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument
463 der EU-Außenpolitik durch mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken und systematisch
464 fortentwickeln, um zum Beispiel die Polizei oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu
465 unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen
466 aufbauen und Konflikten vorbeugen. Einer Ausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf
467 Migrationsmanagement stellen wir uns entgegen. Für effektive Maßnahmen der zivilen
468 Krisenprävention, der Stabilisierung, der humanitären Hilfe und der Friedenssicherung
469 braucht es tiefgehende Kontextanalysen, eine bessere Koordination und wirksame Evaluationen.
470 Um Mitgliedsstaaten bei ihren Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und des
471 Krisenmanagements besser zu vernetzen, wollen wir das European Centre of Excellence for
472 Civilian Crisis Management ausbauen.

473 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur
474 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende staatliche
475 Institutionen, die Menschenrechte schützen und Daseinsvorsorge gewährleisten, mindern die
476 Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches Leid erzeugen und Menschen zum Verlassen
477 ihrer Heimat zwingen.

478 Mit humanitärer Hilfe unterstützen wir weltweit Menschen, die in humanitäre Notlagen geraten
479 sind. Die europäischen und internationalen Organisationen in diesem Bereich wollen wir
480 stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie effizientere

481 und flexiblere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für
482 humanitäre Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser
483 koordinieren. Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe
484 verpflichten, stärker auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von
485 marginalisierten Gruppen zu achten.

486 **3. Globale Gerechtigkeit**

487 **Verlässliche Partnerin sein**

488 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die Menschen, die
489 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen. Damit
490 stehen wir für eine menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens.
491 Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu schaffen.
492 Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, dass es
493 bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Die steigenden Preise für Nahrungsmittel, Energie
494 und Transport verschärften Hunger- und Wirtschaftskrisen, destabilisierten Länder und
495 brachten Menschen weltweit in Not. Wir wollen, dass die EU aktiv den Wettbewerb um die
496 Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den begonnenen Weg eines koordinierten
497 Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften intensiviert. Wir
498 engagieren uns für partnerorientierte, feministische, dekoloniale und nachhaltige Ansätze in
499 der Entwicklungszusammenarbeit, die systemische Ungerechtigkeiten wirkungsorientiert
500 abbauen. Damit wollen wir auch dem Erbe unserer kolonialen Vergangenheit gerecht werden und
501 koloniale Kontinuitäten kritisch hinterfragen.

502 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von
503 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen wir die
504 bestehenden Instrumente der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren
505 Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in
506 Hochschulen und NGOs stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die Zusammenarbeit
507 mit der Privatwirtschaft inklusive Start-ups gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass
508 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen
509 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert werden.
510 Wir wollen zudem globale Städtepartnerschaften stärken, die Themen der globalen
511 Gerechtigkeit in die Lebensräume von Menschen vor Ort bringen und einen wichtigen Beitrag
512 zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit leisten.

513 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für die
514 Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-Mitgliedstaaten das
515 gegebene Versprechen einlösen, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für
516 Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es kommt aber nicht nur auf die Quantität
517 der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell,
518 unbürokratisch und wirkungsorientiert umzusetzen. Die Entwicklungsgelder müssen vor allem
519 den bedürftigsten Ländern zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele
520 sowie des Pariser Klimaabkommens und des Montrealer Biodiversitätsabkommens beitragen. In
521 Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale Absicherung der Menschen
522 stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument
523 gegen Armut. Die Bedarfe zum Wiederaufbau für die Ukraine sollten dabei zusätzlich zur ODA-
524 Quote zur Verfügung gestellt werden.

525 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im entwicklungspolitischen
526 Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den Team-Europe-Ansatz, der in
527 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere sektorübergreifende Koordinierung,
528 Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu erhöhen,
529 setzen wir uns für sektorübergreifende Evaluierungen und einen Transparenzmechanismus für
530 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament wollen wir

531 in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

532
533 Im Bereich der digitalen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir menschenzentrierte und
534 verantwortungsvolle Digitalisierung global gestalten und die digitale Selbstbestimmung
535 fördern. Wir wollen den digitalpolitischen Austausch stärken, denn als EU können wir viel
536 von digitalen Vorreitern in Ländern des Globalen Südens lernen. Wir wollen
537 Angemessenheitsbeschlüsse mit unseren Partnerländern ausbauen und so die Teilhabe an
538 internationaler digitaler Wertschöpfung fördern.

539 **Ernährung global sichern**

540 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten existenzielle
541 Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU muss sich für ein
542 nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem einsetzen und damit zur Umsetzung des
543 Rechts auf Nahrung beitragen.

544 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen, aber auch
545 Zugang zu überregionalen Märkten ist das beste Mittel, um die Landwirtschaft
546 widerstandsfähiger gegen politische Krisen und die Folgen des Klimawandels zu machen.
547 Projekte der europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollen verstärkt wirtschaftlich
548 tragfähige und ökologisch wie sozial nachhaltige Anbausysteme mit möglichst geschlossenen
549 Nährstoffkreisläufen fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass europäische Agrarsubventionen,
550 patentiertes Saatgut und Landraub nicht bäuerliche Strukturen und Märkte in Ländern des
551 Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure Abhängigkeiten schaffen. Hierbei hat für
552 uns der Respekt vor den individuellen Entwicklungsmöglichkeiten der Länder und der
553 Selbstbestimmung der Menschen höchste Priorität. Wir wollen den Auf- und Ausbau lokaler
554 Saatgutbanken und Züchtungsinfrastruktur fördern, damit traditionelles Wissen und die
555 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben, sowie Abhängigkeiten in der
556 Saatgutentwicklung reduziert werden. Wir wollen uns im Rahmen der EU für striktere
557 Mechanismen zur Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor allem in
558 Notsituationen, einsetzen. Auch die Spekulation mit Wasser muss streng reguliert werden. Wir
559 wollen verhindern, dass sich Wasserknappheit neben zunehmenden Dürren und steigender
560 Wasserpreise zusätzlich noch durch Spekulation verschärft.
561 Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und Pestiziden, die in der EU verboten sind,
562 wollen wir beenden.

563 Die Förderung einer nach agrarökologischen Prinzipien ausgerichteten Landwirtschaft in
564 Ländern des Globalen Südens muss dabei im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von
565 Ernährungssystemen umgesetzt werden, inklusive Zugang zu Technologien, Infrastrukturen,
566 Märkten, und Finanzmitteln sowie gegenseitigem Wissenstransfer. Hierbei muss auch die Rolle
567 von Frauen und marginalisierten Gruppen bei Ernährung und Nahrungsmittelproduktion in den
568 Blick genommen werden.

569 **Globale Verantwortung annehmen**

570 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und ehemaligen
571 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in
572 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten
573 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der
574 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür braucht es
575 eine antirassistische Perspektive und eine Auseinandersetzung mit postkolonialen
576 Kontinuitäten.

577
578 Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch auf EU-Ebene die Debatte über die Anerkennung der
579 durch Mitgliedsstaaten der EU während ihrer Kolonialzeit begangenen
580 Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen sowie die Aneignung und Zerstörung kulturellen

581 Erbes in Ländern des Globalen Südens geführt wird. Wir möchten einen gemeinsamen Weg finden,
582 sich angemessen zu entschuldigen, mit Worten und Taten Verantwortung zu übernehmen und in
583 einem völkerrechtlichen Rahmen ideelle und materielle Wiedergutmachung zu leisten.

584
585 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den
586 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und Umweltschutzabkommen wollen
587 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser achten. Die
588 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und
589 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen kontinuierlich
590 evaluieren und weiterentwickeln.

591
592 Viele Länder des Globalen Südens befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre
593 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv einschränkt. Die
594 EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide Schuldenrestrukturierungen und
595 Schuldenerlasse für besonders belastete Länder einsetzen. Dazu müssen die
596 Schuldenrestrukturierungen unter dem G20 Common Framework weiterentwickelt werden, um diese
597 transparenter zu machen und alle privaten und staatlichen Gläubiger verbindlich
598 einzubeziehen. Langfristig muss dieses Verfahren bei der UN angesiedelt werden. Wir wollen
599 verhindern, dass europäische Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung
600 missbraucht werden, was die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens
601 weiter einschränkt. Wir setzen uns zudem für eine Reform der globalen Steuerarchitektur und
602 eine partnerschaftliche Einbindung des Globalen Südens ein, um globale Gerechtigkeit und
603 Nachhaltigkeit zu fördern. Dazu gehört die Förderung einer inklusiven, gerechten und
604 effektiven internationalen Steuerkooperation auf Ebene der UN, zum Beispiel durch die
605 Verhandlungen zu einer umfassenden UN Steuerkonvention.

606 **4. Fairer Handel**

607 **Mit Handel Wohlstand schaffen**

608 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann Wohlstand mehren.
609 Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute als eine wesentliche Säule
610 trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand aufgrund der starken
611 Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut funktionierenden globalen Handel ab. Es
612 ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss zu
613 nutzen, um durch Handelspolitik weltweit Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und
614 Naturschutz sowie Menschenrechte zu setzen und Wertschöpfung zu fördern. Auf diese Weise
615 schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem Unterbietungswettbewerb und wirken
616 damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

617 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass wir
618 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine
619 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft, liefert
620 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir europäische Unternehmen dabei unterstützen,
621 ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

622 **Handelsinstrumente neu ausrichten**

623 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist der
624 bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und eventuelle
625 Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit sie dieser
626 Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards, Zugang zu
627 Gesundheitsprodukten und grünen Technologien, eine faire Entwicklung sowie Klima-, Umwelt-
628 und Tierschutz in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

629 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch
630 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir setzen daher

631 verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie Australien, Indien,
632 den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN, die sich
633 ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen. Wir treten für weltweit hohe Umwelt-
634 und Sozialstandards ein, auch um dadurch die globalen Wettbewerbsbedingungen anzugleichen.

635 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle
636 zukünftigen internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden, wie im
637 kürzlich abgeschlossenen Abkommen zwischen der EU und Neuseeland. Im Falle eklatanter
638 Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das Pariser Klimaabkommen, sollte
639 die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch machen oder das Abkommen aussetzen.

640 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
641 (TRIPS), nicht zuletzt in Konsultation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, neu ausrichten.
642 Damit werden wir den Transfer von klimafreundlichen Technologien und wichtigen
643 Gesundheitstechnologien aus dem Globalen Norden in den Süden unterstützen, um die
644 Entwicklung der dortigen Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken. Wir
645 wollen zudem Barrieren für Innovationen und deren Marktdurchdringung insbesondere in
646 gemeinwohlorientierten Bereichen und Bereichen der Daseinsfürsorge abbauen. Dafür wollen wir
647 zum Beispiel die Weiterentwicklung des Europäischen Patentrechts prüfen.

648
649 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa indem sie die
650 Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen der EU und in ihren
651 Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen, geistige
652 Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität stets mitgedacht werden. Dies erfordert
653 eine Überarbeitung der europäischen Handelsinstrumente in den Bereichen Datenbestimmungen,
654 Datenlokalisierung, Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler
655 Binnenmarkt.

656 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor Beginn der
657 Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam mit dem Rat
658 der EU bestimmen.

659 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen
660 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den fairen
661 Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger industrialisierten Staaten einen
662 offenen Dialog anbieten und ihnen in Handelsabkommen eine faire Chance zu einer
663 Industriepolitik mit dem Ziel eigener Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich haben wir
664 durch eine stetige Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon vieles
665 erreicht. Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-
666 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von Handelspartnern wehren
667 kann.

668
669 Wir setzen uns für transparente und öffentlich legitimierte Formen der Streitbeilegung in
670 Freihandelsabkommen ein, sofern diese erforderlich sind.

671 **Im Einklang mit dem Klima handeln**

672 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken Kreislaufwirtschaft
673 weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern gemeinsam Standards zu
674 entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie klimaneutralen Stahl entstehen
675 können.

676 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt, um eine
677 faire CO₂-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-Emissionshandelssystem zu ergänzen
678 und abzusichern. Dadurch werden Importe von bestimmten Produkten wie etwa Stahl oder Zement
679 aus Ländern ohne Emissionshandel teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren

680 hergestellt werden. Der CBAM unterstützt damit auch die Modernisierung unserer Industrie,
681 indem er beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer Konkurrenz
682 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb sicherstellt.

683 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere klimaschädliche
684 Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen setzen. Dies
685 erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-Investitionsverträge. Der
686 Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Investitionsschutzvertrag der Welt – dem
687 Energiechartavertrag – von Deutschland und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg. Wir
688 kämpfen jetzt folgerichtig für einen Austritt der gesamten EU aus dem Energiechartavertrag.

689 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem Ziel, die
690 gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen. Damit das Gesetz auch die angestrebte
691 Wirkung erzielt, muss sich die EU nun um Partnerschaften mit Produzenteländern bemühen und
692 diese beim Aufbau nachhaltiger Lieferketten und der Einhaltung der Vorgaben unterstützen.
693 Wir wollen die Einfuhr von Erzeugnissen aus Agroforstsystemen in den Tropenwäldern besonders
694 fördern.

695 **Auf faire Partnerschaften setzen**

696 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten Handelspolitik
697 Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Ambitionierte europäische
698 Gesetze zur Regulierung der Lieferketten und ihre nationale Umsetzung sind ein wichtiger
699 Hebel, um diese Ziele zu erreichen, und nicht nur die unmittelbaren Zulieferer, sondern die
700 gesamte Lieferkette abzudecken. So setzen wir auch die neue europäische Lieferketten-
701 Richtlinie in nationales Recht um und passen wo nötig nationale Vorgaben an. Wir ermöglichen
702 es Geschädigten in der EU, ihre Rechte geltend zu machen. Damit übernehmen die EU und ihre
703 Mitgliedsstaaten Verantwortung dafür, weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping
704 zurückzudrängen.

705 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen
706 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes Handelsabkommen angesehen
707 werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von indigenen Völkern und Gemeinschaften
708 vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte schützen.

709 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter*innen auf der Welt. Produkte aus dieser
710 heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt nichts verloren. Das EU-Importverbot
711 für Produkte aus Zwangsarbeit, muss daher konsequent umgesetzt werden. Dabei wollen wir
712 jegliche Art von Zwangsarbeit, auch im digitalen Raum, in den Blick nehmen.

713 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern des Globalen Südens müssen wir fair gestalten. Die
714 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des
715 Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und entwicklungsorientierten Handels
716 überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen Vorteile der Least Developed Countries, die es
717 diesen Ländern erlauben, Waren zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs zu
718 garantieren und den Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu ermöglichen.
719 Um Länder im Globalen Süden dabei zu unterstützen, ihre Exportabhängigkeit von
720 unverarbeiteten Rohstoffen zu verringern, wollen wir europäische und internationale
721 Freihandelsinstrumente so gestalten, dass sie den Aufbau von lokalen Industrien und die
722 Integration in höhere Wertschöpfungsstufen nicht verhindern.

723 **5. Mehr EU in Europa**

724 **Erweiterungsperspektiven**

725 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen Interesse.
726 Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen ist es
727 unsere Verantwortung, die Länder mit europäischer Perspektive aktiv zu unterstützen. Klare

728 Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen
729 Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt,
730 muss sie ihre Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

731 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der EU,
732 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*, vollumfänglich
733 übernehmen.

734 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den langwierigen
735 und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die Glaubwürdigkeit des europäischen
736 Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden: Allein das Reformtempo in den
737 Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo. Nationale Vetos von EU-Mitgliedstaaten in den
738 Kapitelöffnungen sollten den Beitrittsprozess nicht blockieren dürfen. Wir wollen den
739 Beitrittsprozess mit sichtbaren Zwischenschritten gestalten und diese mit positiven Anreizen
740 anerkennen, zum Beispiel dem Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein
741 Stillstand der Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im
742 Umkehrschluss zu einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im Beitrittsprozess muss auf
743 der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und dem Kampf gegen Korruption und
744 Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU-Antikorruptionsbehörde
745 OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Beitrittskandidaten und die von ihnen
746 eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

747 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten, ihre
748 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU ist uns
749 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits
750 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an
751 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können. Wir erwarten von allen
752 Beitrittskandidaten die vollumfängliche Angleichung an die Gemeinsame Außen- und
753 Sicherheitspolitik der EU, inklusive der Übernahme der Sanktionen gegen Russland.

754 **Westbalkanstaaten**

755 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo,
756 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

757 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen
758 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses Beitrittsversprechen
759 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und
760 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die
761 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

762 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter
763 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender Aufarbeitung
764 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess
765 intensiv unterstützen. Den Versuchen autoritärer Staaten die Region zu destabilisieren, muss
766 die EU entschlossen und geschlossen entgegen treten. Wir unterstützen die demokratische
767 Entwicklung und die Aufarbeitung der Vergangenheit in Bosnien und Herzegowina und begrüßen
768 die Präsenz von EUFOR, um die Sicherheit im Land zu stärken. Wir fordern die serbische
769 Regierung auf, gegen Gewalt und für eine friedliche Verständigung öffentlich einzutreten und
770 fordern Serbien und Kosovo auf, zu einer dauerhaften Lösung am Verhandlungstisch zu kommen.
771 Das ist Voraussetzung für Frieden und Stabilität in der Region und ein Schlüssel für den EU-
772 Beitrittsprozess Serbien. Zur Unterstützung des Friedensprozess stärken wir KFOR. Die
773 Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern, besonders auch die
774 grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine inklusive Erinnerungskultur
775 unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan wollen wir die Region beim

776 Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien, moderner Bahninfrastruktur und
777 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

778 **Ukraine**

779 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der EU. Millionen
780 Ukrainer*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg mutig
781 entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch Russlands, ihr Land zu unterwerfen und
782 ihre Kultur auszulöschen, das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu zerstören.

783 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen, finanziellen und
784 auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine
785 weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und volle territoriale
786 Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine,
787 ihrer Menschen und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und
788 unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen
789 Sicherheitsgarantien.

790 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide Seiten
791 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf
792 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung und eine aktive Rolle
793 der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene. Wir sehen bereits große
794 Fortschritte bei den für die EU-Beitrittsverhandlungen notwendigen Reformen. Die Bevölkerung
795 der Ukraine verdient unsere Anerkennung dafür, dass sie ihr Land inmitten eines Krieges so
796 grundlegend verändern.

797 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der Ukraine
798 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch
799 großer finanzieller Anstrengungen, die Einbindung der ukrainischen Zivilgesellschaft und
800 erheblich beschleunigter Verfahren, um schnelle Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen
801 die russischen Angriffe zu stärken. Wir setzen uns ein für eine langfristige und nachhaltige
802 Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine. Dafür braucht es neben unterschiedlichen
803 staatlichen wie privatwirtschaftlichen Finanzierungsinstrumenten insbesondere auch
804 Zuschüsse. Wir wollen prüfen lassen, ob und wie stillgelegte russische Vermögenswerte
805 rechtssicher für den Wiederaufbau der Ukraine nutzbar gemacht werden können.

806 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die russische
807 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des Verbrechens des
808 Aggressionskriegs aufklären und bestrafen. Ein internationaler Mechanismus soll über die
809 Wiedergutmachung der Sach- und Personenschäden durch Russland an die Ukraine entscheiden und
810 so eine Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des Wiederaufbaus der
811 Ukraine schaffen.

812 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass die EU
813 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als Zeichen
814 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den
815 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres
816 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt zur
817 globalen Ernährungssicherung bei.

818 **Georgien und Moldau**

819 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel von
820 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Diese sind seit Beginn
821 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine intensiviert worden. Wir stehen entschlossen
822 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und
823 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür

824 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat und schon seit
825 2020 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent
826 unterstützen. Der Wunsch der georgischen Bevölkerung nach EU-Integration ist weiterhin
827 riesig; die Regierung muss nun die notwendigen Reformen umsetzen, um den europäischen Traum
828 des Landes zu erfüllen.

829 **Europäische Nachbarschaft**

830 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit
831 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

832 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung von
833 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir intensivieren.
834 Dafür arbeiten wir auch auf einen Beitritt der EU zur europäischen Menschenrechtskonvention
835 hin.

836 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren
837 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-Mitgliedschaft
838 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im
839 ausgeprägten europäischen Interesse.

840 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran arbeiten,
841 ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge wirtschaftliche und
842 militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem Königreich ist im beiderseitigen
843 Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte Königreich wieder in das EU-Forschungsprogramm
844 Horizont Europa einsteigt. Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung
845 praktische Hürden beim Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel bei den
846 Studierenden-Visa, möglichst rasch abbaut.

847 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg
848 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention bewahren. Sie kann in
849 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

850 **Türkei**

851 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine langjährige
852 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und
853 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in
854 der die Rechte aller ihrer Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in der EU hat.

855 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich in
856 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten entfernt.
857 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen
858 europäische Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts oder die
859 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine schwierige
860 Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage ist.
861 Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und darüber hinaus
862 engagiert.

863 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin innerhalb der
864 NATO, für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine aktive GRÜNE
865 Außenpolitik. Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt erst
866 dann wieder geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
867 einschlägt.

868 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und möglich
869 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des Klimawandels. Der
870 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU, gegen

871 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Geflüchtete, gegen Kurd*innen
872 und andere Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger*innen im eigenen Land wenden,
873 treten wir entschieden entgegen.

874
875 Die türkische Regierung muss die unzähligen politischen Gefangenen, darunter auch Osman
876 Kavala und Selahattin Demirtas, aus der Haft entlassen und den Urteilen des Europäischen
877 Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) Folge leisten. Mit der Missachtung der Urteile des
878 EGMR macht die Türkei das laufende Vertragsverletzungsverfahren im Rahmen des Europarates
879 unumgänglich. Die Missachtung von Gerichtsurteilen schafft Rechtsunsicherheit, die auch die
880 zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Türkei belastet.

881 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für Demokratie und
882 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die türkische Zivilgesellschaft,
883 die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützt.

884 **6. Ein starkes Europa in der Welt**

885 **Östliche Nachbarn der EU**

886 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren Kontinent.
887 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen
888 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es zielgerichtete
889 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die
890 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen
891 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische
892 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

893 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den Protesten
894 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für Demokratie und
895 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und mit
896 Nachdruck für die Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft und Opposition, die
897 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarussischen Regimes und
898 für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

899 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die Unterstützung des
900 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen und
901 Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir
902 setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial
903 unterstützt.

904 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren und
905 bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv unterstützen. Armeniens Weg
906 für mehr politische Teilhabe und Freiheiten wurde durch russischen Druck und den Krieg um
907 Bergkarabach massiv erschwert. Aserbaidschan hat sich entschlossen, durch militärische
908 Gewalt Fakten zu schaffen. Wir verurteilen Bakus militärischen Angriff auf Bergkarabach im
909 September 2023. Die EU muss der autokratischen aserbaidsschanischen Regierung klare Grenzen
910 für den Fall weiterer Offensiven aufzeigen. Einen langfristigen Frieden kann es nur durch
911 Verhandlungen geben. Daher begrüßen wir die Bemühungen der EU, mit Armenien und
912 Aserbaidschan eine nachhaltige Friedenslösung zu finden. Die EU-Beobachtungsmission in
913 Armenien (EUMA) leistet dabei einen wichtigen stabilisierenden Beitrag. Über 100.000
914 Armenierinnen und Armenier sahen sich gezwungen Bergkarabach zu verlassen, die Hälfte davon
915 Kinder und ältere Menschen. Die EU sollte die Integration der aus Bergkarabach Geflüchteten
916 in Armenien unterstützen beziehungsweise ihre Rückkehr nach Bergkarabach durch
917 internationale Schutzmechanismen ermöglichen. Der Schutz der armenischen Kultur und
918 christlichen Religion in Bergkarabach muss sichergestellt werden, um den Erhalt des
919 gemeinsamen Erbes der Region zu schützen. Die EU sollte zwischen Armenien und Aserbaidschan

920 als stabilisierender Mittler agieren und dadurch zugleich die demokratischen Reformkräfte
921 Armeniens stärken. Das sollte auch beinhalten, dass die EU Armenien dabei unterstützt, den
922 demokratischen Reformprozess trotz aller Herausforderungen voranzutreiben und die
923 Unabhängigkeit des Landes von Russland zu stärken. Dafür braucht es eine noch engere
924 Partnerschaft und Annäherung Armeniens mit der EU, ebenso wie mit Deutschland.

925 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt. Sicherheit
926 in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit Russland. Gewalt, Lüge,
927 Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde mundtot
928 gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer Gefangenschaft.
929 Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir
930 sehen uns als Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches
931 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das
932 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische
933 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter*innen. Wirtschafts- und
934 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

935 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den russischen
936 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht und muss
937 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden.

938 **Transatlantische Beziehungen**

939 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so tiefe
940 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA haben nach
941 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur wirtschaftlichen
942 Entwicklung und politischen Einigung auf dem europäischen Kontinent und zur
943 Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

944 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere
945 europäische Gegenwart und Zukunft. Wir schätzen Kanada und die USA als enge und verlässliche
946 Wertepartner und möchten die Beziehungen der EU mit beiden weiter vertiefen. Seit dem
947 russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben unsere transatlantischen Partner und allen
948 voran die USA dazu beigetragen, die Friedensordnung in Europa zu verteidigen und die
949 politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die USA sind eine
950 zentrale strategische Partnerin: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte Erneuerung
951 unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen Demokratie.

952 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China, Russland und
953 anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale
954 Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und ausbauen.
955 Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen Umbau
956 unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien entwickeln
957 und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.

958 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und handlungsbereite Partner
959 auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische Anstrengungen, um
960 eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln. Wir
961 wollen die europäische Säule der NATO stärken, auch durch eine vertiefte EU-NATO-
962 Zusammenarbeit. Antiliberale Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das
963 Wertefundament, auf dem die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es
964 entschieden entgegenzutreten.

965 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig
966 intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die
967 transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von

968 Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.
969 Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren und die
970 eigenständige Handlungsfähigkeit der EU zu stärken.

971 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein geeignetes
972 Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln. Wir befürworten
973 die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA, um einen transatlantischen
974 Markt zu schaffen, der weltweit höchste soziale und ökologische Standards nach dem Prinzip
975 des „Race to the Top“ folgt und als Impulsgeber für die grüne Transformation weltweit wirkt.
976 Ein wichtiges Element dabei ist die gemeinsame Arbeit an einem Club für kritische Rohstoffe.

977 **China**

978 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch
979 Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die Partnerschaft jedoch
980 zunehmend in den Hintergrund. Im Innern handelt die chinesische Führung repressiver und
981 autoritärer; nach außen verfolgt sie inzwischen offen hegemoniale und imperiale Ambitionen
982 und versucht aggressiv, den eigenen globalen Einfluss zu erweitern. Dafür nutzt China auch
983 zunehmend seinen Einfluss im Rahmen der BRICS-Staaten und seine enge Partnerschaft mit
984 Russland. Das trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China
985 bei. Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als
986 Institution sowie für einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere
987 Koordinierung des Verhältnisses zu China insbesondere mit unseren transatlantischen und
988 indopazifischen Partnern ein.

989 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum Beispiel bei
990 Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische Wirtschaft
991 dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine ambitionierte,
992 eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es
993 zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die
994 einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine Absage.

995 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter Exportmarkt. Das
996 Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab. Noch gibt es
997 in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische Markt für
998 chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden Handlungsspielraum besser
999 und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer
1000 Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Kritische
1001 Infrastruktur, wie Häfen, Eisenbahn und digitale Infrastruktur, sowie Schlüsselindustrien
1002 müssen vor dem Zugriff chinesischer Investitionen nachhaltig und in der gesamten EU
1003 geschützt werden.

1004 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments der EU sowie
1005 einen koordinierten Ansatz bei Kontrollen von Investitionen in China und Exportrestriktionen
1006 im Bereich sensibler Technologien. Mit gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser
1007 gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche verteidigen und eine abschreckende Wirkung
1008 erzielen.

1009 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in der Provinz
1010 Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und Vertreter*innen der
1011 Zivilgesellschaft, insbesondere Demokratieaktivist*innen in Hongkong, durch die chinesische
1012 Regierung müssen beendet werden. Der Schutz der Menschenrechte ist Grundlage europäischer
1013 Politik. Das gilt auch für die internationalen Lieferketten europäischer Unternehmen.
1014 Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen. Wir
1015 erwarten daher auch, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen
1016 Arbeitsorganisation ILO ratifiziert.

1017 Im Rahmen der Ein-China-Politik der EU unterstützen wir die sachbezogene Teilnahme des
1018 demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen. Gleichzeitig erkennen wir an, dass
1019 das Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen Drucks der
1020 Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Eine Änderung des Status Quo in der
1021 Taiwanstraße darf nicht gegen den Willen Taiwans erfolgen. Wir betrachten Taiwan als
1022 demokratischen Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen,
1023 zivilgesellschaftlichen und politischen Austausch zu intensivieren.

1024 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise von Ländern des Globalen
1025 Südens, der Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und
1026 Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China zusammenarbeiten. Dies
1027 gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder den Schutz
1028 der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen
1029 Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für
1030 Kooperation.

1031 **Naher Osten und Nordafrika**

1032 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar für die
1033 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend unerfüllt, und
1034 in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir
1035 wollen aber trotz der schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die
1036 wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem
1037 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der europäischen
1038 Nahostpolitik stehen.

1039 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der Zusammenarbeit von
1040 kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine besondere Chance, um Strukturen
1041 jenseits der oft staatsdominierten Großunternehmen in der Region zu stärken.

1042 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin sein für
1043 all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit und
1044 Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und
1045 jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine besondere
1046 Verantwortung.

1047 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in der
1048 Region erpressbar macht. Eine politische Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu
1049 den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst
1050 Fluchtgründe schaffen.

1051 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit
1052 gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Die Terrorangriffe der
1053 Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 waren eine Zäsur. Wir stehen nach diesen fürchterlichen
1054 Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger*innen. Israel hat wie jeder andere Staat
1055 das völkerrechtlich verbiefte Recht, sich gegen Angriffe wie diese im Rahmen des
1056 humanitären Völkerrechts zu verteidigen. Israels Sicherheit ist Teil der deutschen
1057 Staatsräson und Leitmotiv unseres Handelns. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zwei-
1058 Staaten-Regelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen
1059 Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967. Dafür soll die EU die Kräfte der
1060 Mitgliedstaaten für Verhandlungen der beiden Seiten bündeln und ihre tatkräftige und
1061 großzügige Hilfe für die Friedensverwirklichung anbieten.

1062
1063 Dazu braucht es neben unserer unverbrüchlichen Solidarität mit Israel auch eine konsequente
1064 Unterstützung pro-demokratischer palästinensischer Stimmen. Dies ist auch eine Grundlage für
1065 die Schaffung palästinensischer rechtsstaatlicher politischer Institutionen. Zu der

1066 Friedensperspektive gehört auch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde den Terror gegen
1067 Israel klar verurteilt und dagegen vorgeht. Den fortdauernden israelischen Siedlungsbau,
1068 Pläne für völkerrechtswidrige Annexionen und die Siedlergewalt gegen Palästinenser*innen im
1069 Westjordanland lehnen wir als Hürden für den Frieden ab. Wir wollen weiterhin mit denjenigen
1070 Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich auf beiden Seiten für
1071 Demokratie und Freiheit, Menschen- und Bürger*innenrechte und Frieden einsetzen. Als größte
1072 Geldgeberin soll die EU bei ihrer Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete auch
1073 den Aufbau demokratischer Institutionen und demokratischer Bildung fördern, um Hass
1074 entgegenzutreten und die Verständigung zwischen Israelis, Palästinenser*innen und den
1075 Menschen aus den umliegenden Nachbarstaaten voranzubringen.

1076 Im Iran stehen wir an der Seite der feministischen Protestbewegung gegen das iranische
1077 Regime. Diese setzt sich für ein demokratisches Iran ein, kämpft für Achtung der
1078 Menschenrechte und die Selbstbestimmung der Bevölkerung, einschließlich der Abschaffung von
1079 Kleidungs Vorschriften wie der Zwangsverschleierung. Wir wollen, dass die EU die Erweiterung
1080 der Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes sowie eine Verschärfung der Sanktionen
1081 beim Handel und bei Finanzbeziehungen fortlaufend kritisch prüft.

1082
1083 Die islamische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden.
1084 Zudem muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und
1085 politisch verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als
1086 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich geschlossen
1087 werden, ebenso wie Vertretungen in anderen deutschen Städten. Das Regime versucht mit einer
1088 aggressiven Außenpolitik und Terrorfinanzierung die Region zu destabilisieren. Die
1089 Terrorfinanzierung des iranischen Regimes, welche unter anderem für das erklärte Ziel der
1090 Vernichtung Israels eingesetzt wird, gilt es zu bekämpfen. Gerade mit Blick auf die
1091 Sicherheit Israels muss die EU in Zusammenarbeit mit den USA die Nuklearisierung des Irans
1092 verhindern. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen halten.
1093 Iran verletzt seine Verpflichtungen aus dem JCPoA seit 2019 fortwährend massiv und hat die
1094 Gelegenheit, zum JCPoA zurückzukehren, mehrfach ausgeschlagen. Darum müssen die
1095 proliferationsbezogenen Maßnahmen im Nuklearbereich sowie Sanktionen aufrecht erhalten
1096 bleiben. Wir wollen aus den Lehren der Verhandlungen um das JCPoA lernen.

1097 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen
1098 auftretenden EU entgegenwirken. Wir unterstützen diplomatische Bemühungen um Deeskalation in
1099 der Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum Beispiel
1100 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

1101 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden übereilten Abzug westlicher Truppen
1102 tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die
1103 Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und erkennen die
1104 Taliban nicht als Regierung Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU
1105 angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei
1106 explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind aufgrund
1107 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres
1108 Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den konsequenten Schutz und die
1109 Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger*innen und ihren mitbedrohten
1110 Familien.

1111 **Afrika**

1112 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden. Wir
1113 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in ihren
1114 Bemühungen unterstützen, nachhaltige Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu schaffen. Wir
1115 sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in Politik,

1116 Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Wir
1117 wollen mit unseren afrikanischen Partnerinnen und Partnern zu beiderseitigem Nutzen
1118 zusammenarbeiten und dafür attraktive europäische Angebote für eine nachhaltige Entwicklung
1119 machen. Dabei begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe und verurteilen
1120 verfassungswidrige Machtwechsel, Putsche und unfreie Wahlen, die die demokratische
1121 Entwicklung in einigen afrikanischen Staaten gefährden.

1122 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima-, Energie- und Wasserstoffpartnerschaften
1123 sowie die Klima- und Entwicklungspartnerschaften, die dazu beitragen können, die Industrie
1124 auf beiden Kontinenten klimaneutral voranzubringen. Wir wollen sie daher ausbauen. Dabei ist
1125 für uns klar, dass die erzeugte Energie und damit verbundene Wertschöpfungsketten immer
1126 zuerst den produzierenden Ländern vor Ort zur Verfügung stehen müssen, insbesondere den
1127 ärmsten und marginalisierten Menschen.

1128 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative ein Schritt in
1129 Richtung weiterer nachhaltiger Entwicklung beider Kontinente und trägt als attraktives
1130 europäisches Angebot für die großen Investitionsbedarfe zur Verringerung der Abhängigkeit
1131 von China und Russland bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen
1132 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden
1133 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

1134 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für
1135 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Vor allem dort, wo die staatlichen
1136 Strukturen geschwächt oder wo autokratische Strukturen vorherrschend sind, wollen wir die
1137 Zivilgesellschaft sowie demokratische politische Akteure unterstützen. Das gewaltfreie
1138 Engagement insbesondere junger Menschen für eine plurale Zivilgesellschaft in ihren Ländern
1139 sowie zur zivilen Konfliktbearbeitung wollen wir in der EU aktiv unterstützen. Eine
1140 besondere Rolle kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.

1141 Wir setzen uns dafür ein, dass Drittstaatsangehörige, die in Europa studieren, Dienstreisen
1142 erledigen oder zum Beispiel an Konferenzen teilnehmen, einfacher und schneller Zugang zu
1143 Visa bekommen. Ein Beitrag dazu ist die Digitalisierung der Visaverfahren.

1144 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht gekennzeichnet.
1145 Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den Folgen der
1146 Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde. Im
1147 Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes und verbundener wirtschaftlicher Ausbeutung wollen
1148 wir Beziehungen gestalten, die von Respekt und Gleichberechtigung getragen werden.

1149 **Indopazifik**

1150 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum verschoben. Hier
1151 findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.

1152 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan, Südkorea,
1153 Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit ASEAN und seinen Mitgliedsstaaten
1154 sowie den ozeanischen Inselstaaten intensivieren. Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf
1155 mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und wirtschaftlicher Modernisierung legen und
1156 gleichzeitig kulturellen Austausch, zivilgesellschaftliche Akteure und den Schutz der
1157 Menschenrechte stärken. Insbesondere die Kooperation mit Japan als engstem Partner im
1158 indopazifischen Raum sowie einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter
1159 vertiefen. Ein Beispiel hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022
1160 mit Japan als erstem Partnerland überhaupt geschlossen hat.

1161
1162 Gerade im Indopazifik tritt China immer aggressiver auf und propagiert zugleich sein
1163 autoritäres Staats- und Gesellschaftsmodell als Vorbild. Deshalb wollen wir auch die

1164 Kooperation zwischen der EU und indopazifischen Staaten im Bereich der Sicherheits- und
1165 Verteidigungspolitik ausbauen.

1166 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz
1167 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen beigetragen haben. Wir wollen
1168 sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels konkret und
1169 finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit den
1170 Staaten der gesamten Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der Region,
1171 zum Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

1172 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an. Wir
1173 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso wie die
1174 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung für die
1175 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei
1176 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren
1177 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten
1178 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen die
1179 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer Konflikte
1180 in Grenzregionen ein.

1181
1182 Die EU-Mitgliedsstaaten sollten sich innerhalb der UN dafür einsetzen, völkerrechtswidriges
1183 Verhalten des Militärregimes in Myanmar zu verurteilen und freie und faire Wahlen in dem
1184 Land einfordern.

1185 **Lateinamerika**

1186 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele auch unsere
1187 Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche Partner bei der
1188 Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der EU
1189 und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ermöglichen
1190 eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

1191 In einigen lateinamerikanischen Ländern haben sich autoritäre Regierungen etabliert, die die
1192 Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft stark einschränken. Auch demokratische Staaten
1193 sind nach wie vor unter Druck, wie beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang
1194 2023 in Brasilien gezeigt hat. Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie gegen
1195 autokratische Tendenzen und Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür ist die
1196 Zusammenarbeit mit demokratisch gewählten Regierungen und eine starke Zivilgesellschaft
1197 essenziell. Wir wollen Aktivist*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte
1198 von LGBTIQ* Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine
1199 effektive Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig. Dazu gehören neben
1200 polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen auch die Schaffung wirtschaftlicher
1201 Alternativen, Reduzierung von Abhängigkeiten von Kartellen und die Stärkung
1202 grenzüberschreitender Ermittlungen.

1203 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika. Die
1204 Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine Intensivierung
1205 von Klima-, Rohstoff- und Entwicklungspartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation
1206 für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven Natur- und Tropenwaldschutz. Der Schutz
1207 der Rechte der indigenen Völker muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert
1208 werden.

1209 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um seine
1210 Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Diese können nur dann erfolgreich sein,
1211 wenn sie partnerschaftlich ausgehandelt werden, beide Seiten davon profitieren und ein
1212 substanzieller Teil der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Die Global-Gateway-

1213 Initiative der EU kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen aus den Fehlern der
1214 Vergangenheit lernen und unsere Handelspolitik zukünftig so gestalten, dass keine
1215 Umweltzerstörungen befeuert werden und keine neokoloniale Ausbeutung entsteht. Wir wollen
1216 Partnerschaften auf Augenhöhe. Wir lehnen das EU-Mercosur-Abkommen in seiner jetzigen Form
1217 ab und fordern Nachverhandlungen um grundlegende Veränderungen zu erreichen für ein faires,
1218 ökologisches und postkoloniales Abkommen, das Menschenrechte respektiert,
1219 Technologietransfer gewährleistet und den intensiven Abbau von Rohstoffen im globalen Süden
1220 für den Konsum des globalen Nordens ein Ende setzt. Wir werden das Mercosur-Abkommen nur
1221 ratifizieren, wenn von beiden Seiten umsetzbare, überprüfbare und rechtlich verbindliche,
1222 einklagbare Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart
1223 werden. Umsetzbar sind alle genannten Standards gerade in Zeiten rechtspopulistischer
1224 Regierungen nur dann, wenn Verstöße dagegen genauso effektiv sanktioniert werden können wie
1225 die Handelsbestimmungen des Abkommens. Die Möglichkeit der Aussetzung von Handelspräferenzen
1226 bei Verstößen von Nachhaltigkeitsstandards ist daher eine unabdingbare Voraussetzung für
1227 eine Zustimmung zum Abkommen. Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur
1228 gemeinsam mit einer gleichwertigen Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes,
1229 Schutz der indigenen Völker und der Menschenrechte geben. Dadurch stellen wir sicher, dass
1230 unsere Partnerschaft mit den Mercosur Ländern intensiviert wird und gleichzeitig die
1231 Menschenrechte, die Biodiversität und das Weltklima geschützt werden.

Beschluss (vorläufig)

D – Was Freiheit schützt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.11.2023
Tagesordnungspunkt: EP-FH Was Freiheit schützt

Antragstext

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Demokratie. Die
2 Europäer*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und Unterdrückung errichtet. Heute
3 garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen reisen können, wo uns früher Stacheldraht,
4 Mauern und Schlagbäume trennten. Sie sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo noch vor
5 wenigen Jahrzehnten Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie garantiert, dass
6 alle Bürger*innen der EU ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene bis
7 nach Brüssel.

8 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt zusammen und
9 bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als Chance zu begreifen;
10 Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das verbindende Element zu suchen, statt
11 das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts anderes ist Gründungsgedanke der EU.

12 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie wollen wir
13 stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor nationalen Grenzen nicht
14 Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie autoritäre
15 Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen. Die EU ist in der Verantwortung, durch
16 Koordination und starke eigene Institutionen den Schutz zu bieten, den die Bürger*innen zu
17 Recht erwarten – zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher Verlässlichkeit das
18 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.

19 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das ist gut,
20 denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der drängenden Probleme
21 unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem demokratischen Prozess
22 bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische Parlament, dessen Rechte wir erweitern
23 wollen. So schaffen wir die Grundlage für eine föderale europäische Republik mit einer
24 eigenen Verfassung. Auch wenn Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam und langwierig
25 sind, so stellen sie doch einen großen Wert da: Mit der Kraft des Wortes und der Diskussion
26 steht am Ende oft ein Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt,
27 aber alle weiterbringt. Dafür stehen wir ein.

28 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische Einigung
29 seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, gehört zu den größten politischen Erfolgen der
30 Weltgeschichte. Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von Extremist*innen aller Art:
31 Wer meint, dass Frauen nicht die gleichen Rechte haben sollten wie Männer, wer freie Medien
32 mundtot machen will, wer seine Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will –
33 für den ist die EU ein Dorn im Auge.

34 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu schützen,
 35 die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten, wenn wir sie ausbauen.
 36 Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die besten Ideen in einen fairen
 37 Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten können. Wir wollen die
 38 Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger*innen Sicherheit und gleiche Rechte bietet.
 39 Wir wollen eine EU, die für ihre Bürger*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese über das
 40 Europäische Parlament noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen, dass die EU
 41 auch im Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor Orbán, die nötige
 42 Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt, sollte nicht
 43 gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren können.

44 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser Grundwerte – und eine
 45 Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für die Rechte von
 46 Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in vielen Lebensbereichen benachteiligt ist,
 47 solange ist unsere Demokratie nicht vollständig. Und auch solange trans, inter und
 48 nichtbinäre Menschen diskriminiert werden, können noch nicht alle gleichberechtigt
 49 teilhaben. Autoritäre Kräfte innerhalb und außerhalb Europas stellen unseren Zusammenhalt
 50 indes infrage, indem sie einzelne Gruppen zum Feindbild erklären. Das schwächt uns alle und
 51 droht unseren Kontinent zu spalten. Dem treten wir entschieden entgegen. Ein vielfältiges
 52 Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt dafür, dass alle beitragen und teilhaben können. Wir
 53 stehen fest an der Seite all jener, die ausgegrenzt und diskriminiert werden. Und weil wir
 54 die EU als Vorreiterin einer wertegeleiteten Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie
 55 und Rechtsstaatlichkeit auch im Netz sichern.

56 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen dabei
 57 glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen, die nach Europa
 58 kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die Lage an den europäischen
 59 Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität und Ordnung im Umgang mit
 60 Geflüchteten. Wir wollen Schutz bieten für Menschen, die vor Krieg und politischer
 61 Verfolgung fliehen müssen. Wir wollen Einwanderung so gestalten, dass diejenigen, die als
 62 Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder Erntehelfer zum Erfolg unserer
 63 Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten können. Migration ist nicht nur
 64 Triebfeder für Fortschritt, sie ist auch eine Kraftanstrengung. Menschen kommen nach Europa
 65 mit unterschiedlichen Perspektiven, Erfahrungen und Gesellschaftsbildern. Wir wollen uns
 66 dieser großen Herausforderung politisch stellen. Damit das gelingt, braucht es die
 67 Bereitschaft, gemeinsam Einwanderungsgesellschaften auf Grundlage europäischer
 68 Wertvorstellungen zu gestalten. Das gilt für die Menschen, die hier leben, ebenso wie für
 69 diejenigen, die nach Europa kommen und teilweise völlig andere Wertvorstellungen haben.

70 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein, Gemeinschaft
 71 soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen hinweg. Wir setzen uns ein
 72 für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres Zusammenwachsen unseres Kontinents
 73 versteht. Für einen Kontinent, in dem die Menschen in Freiheit und unter demokratischen
 74 Werten sicher leben. Für eine EU, die ein Zuhause bietet und sich nicht abschottet. Dieses
 75 Europa wollen wir sein.

76 **1. Demokratische Institutionen**

77 **Rechtsstaatlichkeit verteidigen**

78 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit
 79 einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das Fundament der EU. Wenn Regierungen in
 80 Mitgliedstaaten diese Wertebasis systematisch aushöhlen, indem sie die Unabhängigkeit der
 81 Justiz – die erste Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der Opposition und
 82 Zivilgesellschaft beschneiden, freie Medien bekämpfen, Frauen-, Minderheiten- und LGBTIQ*
 83 Rechte einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür und Tor öffnen,

84 bereiten sie den Weg für Diskriminierung. Damit schwächen sie die EU. Deshalb ist es
85 unverzichtbar, dass die bestehenden Rechtsstaatsinstrumente konsequenter und schneller
86 genutzt und weiterentwickelt werden.

87 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, soll allen hier lebenden Menschen Schutz
88 bieten.. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht beschränkt, ist ihre
89 Schutzwirkung bislang begrenzt. Das wollen wir ändern: Sie soll auch für rein nationales
90 Handeln der Mitgliedstaaten gelten und dort einklagbar werden. Wenn eine Regierung die
91 Grundrechte ihrer Bürger*innen verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer Ebene belangt
92 werden können. Auch die Durchsetzbarkeit der Urteile des Europäischen
93 Menschenrechtsgerichtshofs, der über die Einhaltung der Europäischen
94 Menschenrechtskonvention wacht, wollen wir innerhalb der EU stärken.

95 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage der
96 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir mehr Gewicht
97 verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die Zivilgesellschaft gezielter
98 bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu erhöhen, setzen wir auf verbindliche
99 Reformvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, die perspektivisch
100 sanktionsbewehrt werden müssen. Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen Parlament müssen
101 zur Regel werden und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel
102 7, das in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts führen kann,
103 soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die Mitgliedstaaten im
104 Rat der EU (Ministerrat) und im Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr
105 mit Konsens, sondern mit qualifizierter Mehrheit abstimmen.

106 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer
107 Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch europäischer Steuergelder
108 etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und Vetternwirtschaft zugunsten bestimmter
109 Parteien wirksam zu stoppen, darf die Überprüfung nicht allein stehen bleiben. Auch eine
110 wirksame Gewaltenteilung und die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind entscheidend.
111 Deshalb erweitern wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der Grundrechtecharta. Das
112 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise eingefroren
113 werden.

114
115 Bei Vertragsverletzungsverfahren setzen wir auf klare Regeln und mehr Transparenz. Die
116 Kommission wird ihrer Rolle als Hüterin der Verträge dann gerecht, wenn Recht eingehalten
117 wird. Verspätete Durchsetzung von EU-Recht schadet allen.

118 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat, Kommission und
119 Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig verstärkende Anwendung aller
120 Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen Erkenntnisse führen wir zu einer gemeinsamen
121 Bewertungsgrundlage zusammen. Um einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren, den alle
122 Mitgliedstaaten akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert*innen-Kommission, die die
123 EU-Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel erhalten, müssen
124 sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu kooperieren. Bei
125 Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den Kommunen die Leidtragenden
126 sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer finanziellen Verantwortung stehlen und lieber
127 mit dem Finger nach Brüssel zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt unterstützt werden
128 können.

129 **Mehr Demokratie wagen**

130 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe
131 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter stärken. Das
132 Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt sein und wie

133 jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze beschließen, etwa in der Steuer- oder
134 Sicherheitspolitik. Es soll ein vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig
135 Gesetze auf den Weg bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen, Untersuchungsausschüsse
136 einzuberufen und Zeug*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf Vorschlag der
137 Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und im Notfall wieder
138 entlassen können.

139 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es mehr
140 Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und die Positionen
141 der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht werden.

142 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen Verfassung. Das
143 Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil
144 der gesetzgebenden Gewalt werden.

145 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass alle
146 Parteien Spitzenkandidat*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt das Europäische
147 Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin der Kommission. Zudem sind
148 bei der Europawahl bislang nur Kandidat*innen aus dem jeweils eigenen Land wählbar. Das
149 wollen wir im Sinne eines grenzüberschreitenden Wahlkampfes ändern. Ein Teil der Abgeordneten
150 soll zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über europäische
151 transnationale Listen bestimmt werden. Auch in den bleibenden nationalen oder regionalen
152 Wahlkreisen soll die Europa-Parteizugehörigkeit nationaler Parteien klar erkennbar werden.
153 Wir treten außerdem dafür ein, dass das Europäische Parlament Frauen und unterrepräsentierte
154 Gruppen besser abbildet.

155 Wir treten dafür ein, Wahlhürden zu senken. Wer dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt in der EU
156 hat, muss sich dort auch politisch einbringen können. Unionsbürger*innen sollen an ihrem
157 ständigen Wohnsitz in der Union mitwählen können, und nicht nur für Kommunalparlamente und
158 das Europäische Parlament, sondern auch bei regionalen und nationalen Wahlen. Wer in
159 Deutschland dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben, hier an
160 allen Wahlen, Abstimmungen und demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen.

161 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die Einführung
162 des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein großer Erfolg. Wir wollen,
163 dass Jugendliche besser an politischen Prozessen beteiligt werden. Deshalb werden wir auf
164 Basis einer unmittelbar an die Europawahl anschließenden Evaluation das Wahlalter ggf.
165 weiter absenken.

166 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger*innen im Europäischen Parlament wollen
167 wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen. Im Parlament werden wir darüber
168 hinaus darauf hinwirken, dass den Abgeordneten mehr Zeit für die Arbeit in ihren
169 Heimatregionen zur Verfügung steht, um vor Ort ansprechbar zu sein.

170 Mit dem Europäischen Bürger*innenforum, das erstmals in dieser Legislatur als
171 Zukunftskonferenz stattgefunden hat, können europäische Bürger*innen, die nach dem
172 Zufallsprinzip und repräsentativ aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in
173 einem Bürger*innen-Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Wir wollen dieses
174 Instrument fest verankern, digitale Teilnahme ermöglichen und setzen uns dafür ein, dass die
175 Vorschläge der Bürger*innen auch umgesetzt werden.

176 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger*innen direkt ein Thema auf die
177 Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir erweitern, verbindlicher und
178 bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss zwingend innerhalb eines Jahres ein
179 Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission folgen und dem Europäischen Parlament sowie

180 dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Initiator*innen einer EBI sollen als
181 Zwischenschritt auch ein Europäisches Bürger*innenforum einberufen können.

182 **Handlungsfähiger werden**

183 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige EU
184 angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen
185 Entscheidungen schneller ermöglichen, etwa durch Anwendung der Passerelle-Klausel. Wo bisher
186 noch Einstimmigkeit zwischen den Staaten erforderlich war und Entscheidungen deshalb leicht
187 blockiert werden konnten, soll in Zukunft mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden.
188 Dabei ist es wichtig, dass die Interessen kleinerer Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden
189 und respektiert werden.

190 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten
191 Zusammenarbeit besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe von mindestens neun EU-
192 Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu kooperieren und gemeinsam Projekte
193 anzustoßen. Damit können sie schneller wichtige Projekte auf den Weg bringen. Wichtig für
194 uns: Dabei soll das Europäische Parlament einbezogen werden – und alle anderen
195 Mitgliedsländer sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen können.

196 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und zeitnah in die
197 Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für die wir eintreten, bedarf
198 einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent unter der Einbeziehung von EU-
199 Bürger*innen einberufen. Dieser soll die Empfehlung der wegweisenden Konferenz zur Zukunft
200 der EU einbeziehen. Hier waren Bürger*innen maßgeblich an der Formulierung von neuen
201 Perspektiven für die EU beteiligt.

202 **Korruption bekämpfen**

203 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen, jeder Anschein käuflicher Politik richtet
204 Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im Europäischen Parlament, in der
205 Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit demokratischer Prozesse und das Vertrauen in
206 die EU zu stärken. Wir machen Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle sichtbar.
207 Mit dem Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist das
208 dringlicher denn je. Die Ausweitung der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung- und
209 bestechlichkeit auf EU-Ebene unterstützen wir.

210 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei
211 rechtskräftig festgestellten Verstößen müssen finanzielle Strafen zügig durchgesetzt werden.
212 Mit einem für alle EU-Institutionen, auch den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf
213 allen politischen Ebenen offen, wer in den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen, die
214 auf die Gesetzgebung Einfluss ausüben, machen wir durch einen „legislativen Fußabdruck“
215 sichtbar, der umfassend nachvollziehbar macht, welche Positionen im Gesetzgebungsprozess
216 eingebracht wurden.

217 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige Ethikbehörde
218 ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle durchsetzt. Beim Wechsel
219 zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare Karenzzeitregeln, die an
220 Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren Kontrolle. Dass Europaabgeordnete jetzt
221 ihre Vermögensverhältnisse gegenüber dem Parlament und Ermittlungsbehörden offen legen
222 müssen, erschwert Korruption. Wir wollen dies transparent machen, so wie es bereits in
223 vielen Mitgliedstaaten der Fall ist.

224 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag- und
225 Geldgeber*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei
226 der Nutzung persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness im
227 demokratischen Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und Onlinehass.

228 Der rechtliche Rahmen zur Einziehung von Vermögenswerten, die durch Korruption erworben
229 wurden oder aus Erträgen, die aus diesem illegalen Vermögen stammen, soll weiter gestärkt
230 werden.

231 **2. Feminismus**

232 **Europa zum Motor für Frauenrechte und Gleichstellung machen**

233 Wir wollen ein Europa, in dem alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht, selbstbestimmt leben
234 und gleichberechtigt teilhaben können. Strukturelle Benachteiligung und
235 geschlechterspezifische Diskriminierung hindern insbesondere Frauen, trans, inter und
236 nichtbinäre Menschen daran. Unsere Antwort darauf ist ein Feminismus, der alle Menschen und
237 Mehrfachdiskriminierungen in den Blick nimmt.

238
239 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt leben können.
240 In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft – überall gibt es noch viel zu
241 tun. Oft war Europa die Vorreiterin für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter.
242 Doch rechte und rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere Errungenschaften
243 ins Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen aus dem
244 Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf
245 Schwangerschaftsabbruch, sind Menschenrechte und müssen für alle und in allen
246 Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten. Doch gerade die reproduktiven Rechte von Frauen,
247 insbesondere aus marginalisierten Gruppen, wie zum Beispiel queeren Frauen, werden offen
248 infrage gestellt. Errungenschaften im Kampf gegen Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt und
249 die Rechte von trans, inter und nichtbinären Menschen in Frage gestellt. Dem treten wir mit
250 aller Macht entgegen.

251 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf unserem
252 Kontinent wird. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle Politikbereiche der Union
253 ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European Institute for Gender Equality) stärken und
254 ausbauen. Dafür braucht es größeres Wissen, mehr Daten und wissenschaftliche Expertise. Auch
255 deshalb werden wir die Gender-Studies weiter fördern und gegen Angriffe verteidigen.

256 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig und
257 umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in der kommenden
258 Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen Schritten in Sachen
259 Gleichberechtigung voranzukommen.

260 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Wir wollen
261 auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen stärkt. Dazu
262 gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf körperliche Selbstbestimmung
263 sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle sichergestellt sind. Wir wollen den
264 uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle Beratung zur
265 Familienplanung ist die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss breit in der
266 EU verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-
267 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir. Der Zugang zu Monatshygieneprodukten ist
268 Teil einer guten Gesundheitsversorgung. Deshalb wollen wir ihn verbessern.

269 **Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen**

270 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Als
271 Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen schaffen sie
272 Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am Arbeitsmarkt hilft
273 Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum Beispiel Altersarmut zu
274 vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch politisch den Weg ebnen.

275 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von Frauen,
276 klappt in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent, in Deutschland sogar

277 bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der Lohntransparenzrichtlinie ein
278 großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch Auskunftsansprüche und Berichte,
279 Entschädigungsansprüche bei geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und stärkt so die
280 Rechte der Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese
281 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich müssen
282 sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, durch
283 bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die gerechtere Verteilung von
284 bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern verbessert werden.

285 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen
286 und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen Rat eine
287 Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern partnerschaftlich ermöglichen,
288 Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Mit der Familienstartzeit, die
289 Partner*innen nach der Geburt eine 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht, wird die
290 Bundesregierung hier einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der
291 partnerschaftlichen Arbeitsteilung unterstützen. Wir dringen weiter auf die Umsetzung und
292 Ausweitung dieser Richtlinie. So wollen wir vor allem Väter dazu ermutigen, Elternzeit zu
293 nehmen. Eine gute und partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine
294 effektive Maßnahme, um dem existierenden Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von
295 Frauen entgegenzuwirken. Denn: Viele Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer
296 wünschen sich, Familienaufgaben paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber
297 nicht zu.

298 Besonders auffällig ist der europaweit geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der
299 sogenannten MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Auch wenn hier die Zahl der
300 Studienanfängerinnen steigt, spiegelt sich das nicht in den wissenschaftlichen Laufbahnen
301 wider. Das muss sich ändern, denn angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels ist es
302 geradezu fahrlässig, auf dieses Potenzial zu verzichten. Entsprechend wollen wir Frauen und
303 Mädchen aktiv fördern und damit zeitgleich das Arbeitskräfteangebot für den MINT-Bereich
304 verbessern. Außerdem fordern wir auf EU-Ebene bessere Finanzierungsmöglichkeiten für
305 Darlehen und Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen durch
306 EU-Fonds und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu bestehenden Fonds,
307 aber auch zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

308 **Gewaltschutz durchsetzen**

309 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Betroffenen von
310 geschlechtsbasierter Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen Frauen
311 sowohl durch präventive Maßnahmen verhindert als auch verfolgt und verurteilt wird. Ein
312 wichtiger Baustein dafür ist die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen - insbesondere von
313 Müttern und ihren Kindern, da sie die Trennung von gewalttätigen Partnern erleichtert und
314 somit eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-
315 Konvention ist das erste Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur
316 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die
317 Initiative der Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis
318 heute aber haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn,
319 Lettland, Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht ratifiziert. Deshalb ist es
320 ein großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und ohne Ausnahmen der Istanbul-Konvention
321 beigetreten ist. Wir wollen, dass alle Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz von Frauen
322 mindestens den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem erläuternden Bericht
323 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen für Betroffene
324 sowie Notrufstellen. Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume,
325 insbesondere
326 auch für trans, inter und nichtbinäre Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden. Nun

327 muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und
328 häuslicher Gewalt zügig verabschiedet und umgesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
329 die Istanbul-Konvention auch im Hinblick auf die Schutzbedarfe von trans, inter, lesbischen
330 und nichtbinären Menschen umgesetzt wird.

331 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres Ehemanns
332 oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Damit
333 diese Frauen ihr Recht leichter einfordern und durchsetzen können braucht es
334 niedrigschwelligen Zugang zu geschulter mehrsprachiger Beratung und unterstützender
335 Hilfestrukturen.

336 Auch Sexarbeiter*innen brauchen Rechte und Schutz vor Gewalt, Stigmatisierung und
337 Kriminalisierung.

338 **Frauenrechte stärken und Menschenhandel bekämpfen**

339 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir durch ein
340 gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die verbreitetste Form des
341 Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Betroffene werden
342 gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten. Mehr als
343 die Hälfte der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in der EU sind
344 EU-Bürger*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

345 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung und zum
346 Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen stärken. Um Frauen
347 besser vor Menschenhandel und vor Gewalt zu schützen, wollen wir ihre Rechte stärken. Dies
348 tun wir, indem wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-Opferschutz-Richtlinie dafür
349 stark machen, dass alle Opfer von Straftaten besser geschützt werden. Wir wollen den Zugang
350 zu Informationen über Opferrechte stärken sowie eine gute Koordination zwischen den
351 Mitgliedstaaten, öffentlichen Stellen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei muss der
352 Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel abzuschieben, ist
353 falsch. Stattdessen wollen wir sie durch dauerhafte Bleiberechte und Schutzprogramme
354 schützen. Dies würde auch zu einer Erhöhung ihrer Anzeige- und Aussagebereitschaft führen
355 und die Strafverfolgung der Täter*innen erleichtern.

356 **Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen**

357 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nicht
358 angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in Europa müssen wir
359 immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen zu finden. Wir
360 begrüßen, dass die Richtlinie zu Führungspositionen nun endlich in Kraft treten konnte. Die
361 Kommission muss nun durch regelmäßige Überprüfungen das Erreichen der entsprechenden Quoten
362 sicherstellen. Denn verbindliche Quoten sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in
363 Wirtschaft und Politik geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU
364 selbst. Auch die Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

365 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen wir ein
366 effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-Haushalt durchsetzen. Es
367 ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für alle Geschlechter aufzustellen: In der
368 neuen Haushaltsordnung ist nun festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern nach
369 Geschlechtern transparent gemacht wird. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Transparenz
370 auch in den Verhandlungen mit dem Rat stark gemacht und in der Haushaltsordnung für alle
371 Fördermittel festgelegt wird. Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der
372 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission eine
373 Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die Gleichstellung entwickelt.
374 Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert werden. Aufgrund der neuen Datenlage
375 muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen geschlechtergerecht gestaltet werden.

3. Europas Vielfalt

Zivilgesellschaft stärken

Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener Menschen aus. Queere und nicht-queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist*innen und religiöse Menschen, Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven ein, gestalten unser Miteinander und unsere Demokratie. Unsere pluralistische Demokratie ist stark, weil Menschen in Bürgerinitiativen und Parteien, Vereinen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Religionsgemeinschaften eine lebendige Zivilgesellschaft gestalten. Es ist Aufgabe der EU, diese Freiheitsrechte zu sichern.

Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament haben wir erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den Weg gebracht. So sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen überall in Europa rechtlich abgesichert arbeiten können.

Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für Menschen, die Diskriminierung, wie Antisemitismus, Rassismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit und Gewalt erfahren. Damit sie Betroffene angemessen beraten können, wollen wir die bestehenden Beratungsstrukturen weiter fördern und ausbauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So fördern wir Initiativen und Selbstvertretungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung und für die Gleichberechtigung aller Menschen stark machen und vor allem auch in Staaten aktiv sind, wo Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Minderheitenrechte besonders unter Druck stehen. Denn die Werte der Grundrechtecharta, wie beispielsweise die Versammlungsfreiheit, müssen wir auch in der EU stärken und sichern.

Wir treten der Einschränkung von zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen entschieden entgegen und setzen uns für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen innerhalb der EU ein.

Religion und Glauben sind Bestandteil unserer Kulturen und haben integrative Kraft für breite Teile der Gesellschaft. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und Einrichtungen, die zum Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv für eine vielfältige und freie Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres Glaubens, Nicht-Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt werden, verdienen unseren Schutz. Wir wollen den interreligiösen Dialog vertiefen und Gemeinden dabei unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in Kontakt zu bringen. Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf Augenhöhe unser vielfältiges Europa gestärkt wird.

Diskriminierung überwinden

Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger*innen-Rechte gelten für alle Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie müssen unabhängig davon gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie liebt, lebt oder glaubt. Ein Europa, das in seiner Vielfalt zusammenhält und die Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt, schafft demokratischen Fortschritt, Teilhabe und Freiheit für alle. Doch noch immer sind Menschen in Europa aufgrund von Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Gewalt und Ausgrenzung ausgesetzt. Wir wollen Diskriminierungen auf allen Ebenen abbauen. Um das Versprechen des vielfältigen Europas der Teilhabe einzulösen, muss die EU konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung vorgehen. Dabei wollen wir den Blick besonders auf Mehrfachdiskriminierungen lenken.

Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft tief verwoben. Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem stellen wir uns entschlossen

425 entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als Deutschland und dem Versprechen „Nie
426 wieder!“, dem sich auch Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah verpflichtet hat. Es
427 ist die Aufgabe aller Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu gewährleisten
428 und sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft sehen. Wir
429 befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für Sicherheitsprojekte, um sie
430 dabei zu unterstützen. Als Europäer*innen ist es nicht nur unsere Aufgabe, Antisemitismus in
431 all seinen Formen entgegenzutreten, sondern auch jüdisches Leben in seiner Vielfalt sichtbar
432 zu machen und zu stärken. Eine wichtige Bedeutung kommt dabei der Kultur zu. Die
433 Perspektiven jüdischer Künstler*innen sind wichtiger Bestandteil einer europäischen Kultur.
434 Diskriminierung und Boykotten gegen Jüdinnen und Juden muss daher entschieden
435 entgegengetreten werden. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und
436 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir politische und
437 kulturelle Bildungsangebote fördern.

438 Muslim*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa. Muslimisches Leben
439 gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten und verschwörungsideologischen
440 Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU nach langer Zeit endlich die Stelle der
441 EU-Koordinatorin gegen Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir stärken.

442 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und sich dabei
443 von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit Romani-Hintergrund werden
444 beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit oft benachteiligt. Damit die
445 politische Teilhabe und der Einsatz gegen Rassismus gegen Sinti*innen und Rom*innen gefördert
446 werden, richten wir ein europäisches Beratungsgremium ein. Diesem gehören unter anderem
447 Expert*innen, Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale
448 Gebietskörperschaften an. Wir setzen uns für die Einführung von verbindlichen Gesetzen zur
449 Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe ein.

450 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen, auf dem
451 Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen werden, sondern müssen
452 Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat das Potenzial, den Schutz gegen
453 Diskriminierung, sei es aufgrund der sozialen Herkunft, einer rassistischen Zuschreibung,
454 der sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder des Alters, zu verbessern. Dies wollen
455 wir konsequent nutzen. Um das Schutzniveau zu vereinheitlichen und zu stärken sowie
456 Schutzlücken zu schließen, wollen wir, unter anderem, dass die 5.

457 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird. Auch Deutschland soll seinen
458 Vorbehalt aufgeben. Wir stehen fest an der Seite von Menschen, die aufgrund von
459 Diskriminierung Gewalt erfahren und wollen sie beispielsweise durch den Zugang zu
460 rechtlicher, medizinischer und psychologischer Beratung unterstützen. Die systematische
461 Erfassung von Diskriminierungsfällen wollen wir europaweit stärken, um die europäische
462 Antidiskriminierungsarbeit zielgenau und wissenschaftlich fundiert weiterzuentwickeln.

463
464 Wir wollen die Forschung zu Rassismus und seinen unterschiedlichen Formen, wie zum Beispiel
465 anti-Schwarzen Rassismus europäisch fördern. Die UN-Dekade für Menschen afrikanischer
466 Herkunft treiben wir voran. Maßnahmen zum Abbau von Rassismus, Antisemitismus und
467 Diskriminierung sollen dabei unter kontinuierlicher Einbindung von Expert*innen und
468 Selbstvertretungsorganisationen erarbeitet werden. Wir wollen zudem, dass die EU die
469 Mitgliedstaaten zum Beispiel durch Schulungen dabei unterstützt, diskriminierenden
470 Einstellungen in den Strafverfolgungsbehörden entgegenzuwirken. Das Amt der bzw. des
471 Antirassismusbeauftragten der Europäischen Kommission soll gestärkt und über 2025 hinaus
472 besetzt werden. Wir unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen
473 Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU stärken. Wir
474 brauchen zudem eine unabhängige institutionelle europäische Förderung von Nationalen

475 Minderheiten. Damit Minderheitenrechte in der EU gewährleistet werden können, soll die
476 Zuständigkeit für den Schutz nationaler Minderheiten und autochthoner Volksgruppen innerhalb
477 der EU-Kommission verbindlich geregelt sein.

478
479 Aktuell wird die europäische Gesellschaft in ihrer Vielfalt im Personal der Europäischen
480 Kommission nicht ausreichend abgebildet. Wir wirken deshalb darauf hin, dass die Kommission
481 als Arbeitgeberin aktiv Konzepte zur diskriminierungssensiblen Öffnung, beispielsweise bei
482 Bewerbungsverfahren, weiterentwickelt und umsetzt.

483 **Queere Rechte schützen**

484 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben zu können,
485 ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den letzten Jahrzehnten viele
486 ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben wir, dass autoritäre Kräfte versuchen,
487 diese wieder zurückzudrehen. Noch immer haben queere Menschen nicht überall Zugang zu
488 diskriminierungsfreier Gesundheitsversorgung, einer selbstbestimmten Änderung ihres
489 Geschlechtseintrages oder zur Ehe. Nicht selten ist ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit
490 für lesbische, schwule, bi, trans, inter und queere Menschen (LSBTIQ*) nicht möglich, weil
491 ihre Rechte eingeschränkt oder sie unter anderem im Alltag angefeindet, pathologisiert oder
492 angegriffen werden und Queerfeindlichkeit in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet ist.
493 Das nehmen wir nicht hin und stellen uns diesen Versuchen klar entgegen, ganz egal aus
494 welcher Motivation sie geschehen oder von wem sie ausgehen. Wir wollen ein Europa, das die
495 sexuelle und geschlechtliche Vielfalt selbstverständlich anerkennt.

496 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LSBTIQ* Freedom Zone“
497 erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die EU-Kommission und der Rat
498 alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente – inklusive Vertragsverletzungsverfahren und
499 Sanktionen – nutzen, um das systematische Vorgehen von Regierungen gegen LSBTIQ*-Personen
500 sowie die Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen. Damit stärken wir die
501 Community in ihrem Kampf für ihre Rechte in diesen Ländern.

502
503 Um Queerfeindlichkeit zu bekämpfen, setzen wir uns dafür ein, dass die LSBTIQ*
504 Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission über 2025 hinaus fortgeführt wird und
505 wirken auf ihre Weiterentwicklung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft hin. Wir wollen
506 eine EU-weite mehrsprachige Beratungshotline einrichten, an die sich Opfer von
507 Queerfeindlichkeit wenden können, um niedrigschwellige Beratung zu erhalten.

508 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – zum Beispiel mit zwei
509 Müttern, zwei Vätern, mehreren Elternteilen, alleinerziehend oder mit Mutter und Vater. Wir
510 setzen uns für die Gleichstellung von Zwei-Mütter-Familien und für ein
511 diskriminierungsfreies Leben von Regenbogenfamilien ein. Landesgrenzen dürfen nicht darüber
512 entscheiden, ob Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf Freizügigkeit muss
513 auch für Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir streiten dafür, dass eine in
514 einem EU-Land begründete Elternschaft, eingetragene Partnerschaft, erweiterte
515 Sorgerechtserklärung oder gleichgeschlechtliche Ehe in der gesamten Union anerkannt wird.

516 **Inklusive Gesellschaft verwirklichen**

517 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, die Benachteiligungen jeglicher Art überwindet und
518 allen Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Barrieren konsequent abzubauen,
519 sichert Zusammenhalt, Wohlstand und Freiheit. Die europäische Behindertenbewegung hat sich
520 erfolgreich für ihr Recht auf Gleichstellung und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung
521 der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle
522 Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben im Weg
523 stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass dies endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

524 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von
525 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir insbesondere die
526 Teilhabe an Arbeit und Ausbildung im regulären System fördern und konsequent ausbauen. Die
527 Kommission soll die Fortschritte in den Mitgliedstaaten regelmäßig überprüfen. Das
528 Werkstättensystem wollen wir in Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickeln – denn
529 sozialer Schutz und Mindestlöhne müssen auch für Menschen mit Behinderung gelten. EU-Mittel
530 sollen nicht in Arbeitsformen fließen, die Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention
531 entgegenstehen und Inklusionsunternehmen stärker gefördert werden.

532
533 Der bedarfsgerechte Ausbau von bezahlbaren barrierefreien und behindertengerechten Wohnungen
534 sowie von selbstbestimmten Wohnformen ist und bleibt eine zentrale Aufgabe bei der
535 Gestaltung der inklusiven Gesellschaft.

536 Menschen mit Behinderungen sind stärker von Gewalt betroffen als nichtbehinderte Menschen.
537 Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt für alle Menschen in Europa gilt. Wir setzen uns
538 dafür ein, dass Zwangssterilisationen, die insbesondere Frauen und Mädchen mit Behinderungen
539 betreffen, in Europa beendet und unter Strafe gestellt werden.

540
541 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen mit
542 Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte Personen erleben in
543 ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe am öffentlichen Leben
544 einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie, der
545 sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten – auch in Deutschland
546 – fristgerecht umgesetzt und durchsetzbar wird. Um die Mitgliedsstaaten dabei zu
547 unterstützen, Maßnahmen zur Barrierefreiheit kohärent umzusetzen, wollen wir ein EU-
548 Barrierefreiheitszentrum einrichten.

549
550 Das Amt der Gleichstellungskommissar*in wollen wir stärken und verstetigen. Bürokratische
551 Hürden und technische Normen, die Menschen mit Behinderung an ihrer Teilhabe hindern, wollen
552 wir abbauen und auf Barrierefreiheit prüfen.

553 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung zu garantieren, wollen
554 wir einen niedrigschwellig beantragbaren europäischen Schwerbehindertenausweis einführen,
555 gegenseitige Anerkennung nationaler Definitionen von Behinderung und barrierefreies Reisen
556 durch ganz Europa umsetzen. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

557 **4. Eine lebendige Kulturlandschaft**

558 **Kultur als Säule der Demokratie**

559 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht aus dem
560 Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von außen und der
561 beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert an sich und zugleich ein
562 unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn in ihr finden Austausch und
563 Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste Weise statt. Eine offene und
564 vielfältige Kultur ist der beste Schutz gegen nationalistisches Denken, Abschottung und
565 Unfreiheit. Wegen ihrer Unverzichtbarkeit für eine gefestigte demokratische Gesellschaft
566 werden Kultureinrichtungen und Kulturschaffende massiv von rechtsextremen Kräften unter
567 Druck gesetzt und sogar angegriffen. Wir verteidigen deshalb die freie Kunst und Kultur
568 gegen Antidemokrat*innen und staatliche Eingriffe und unterstützen sie durch eine
569 öffentliche Förderung, die künstlerische Kreativität auch jenseits der Marktlogiken
570 ermöglicht.

571 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb finanziell ausbauen und deutlich
572 vereinfachen, um die Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler*innen und
573 Kulturveranstalter*innen in ganz Europa zu ermöglichen. Es soll sich als Dienstleister für

574 Kulturschaffende verstehen, der ansprechbar ist sowie schnell und zielgerichtet unterstützt.
575 Insbesondere die freien Szene soll neue Zugänge erhalten um europäischen Austausch zu
576 stärken, zum Beispiel für Ensembles und Gruppen, die über Grenzen hinweg zusammenarbeiten.
577 Dazu erarbeiten wir auch Angebote für Gruppen, die aufgrund von Flucht und Migration
578 getrennt wurden.

579 Die EU muss Garantin und Unterstützerin sein für die Freiheit der Kultur und ihrer Vielfalt.
580 Deswegen wollen wir die Kulturförderung so gestalten, dass sie auch denjenigen offen steht,
581 die über wenig Eigenmittel oder keine nationale Förderung verfügen.

582 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische Dimension der
583 Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt. Wir wollen daher im Rahmen
584 von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem Beratung und Finanzierung für den Wandel
585 der europäischen Kulturzusammenarbeit hin zur Klimaneutralität gebündelt werden. Auch die
586 Idee des Neuen Europäischen Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für
587 klimaneutrales Bauen und Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter ausbauen und als
588 eigene Mission in Horizont Europa verankern.

589 Grenzüberschreitender kultureller Austausch braucht darüber hinaus unbürokratische und faire
590 Regelungen bei der Besteuerung von Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit, die
591 Doppelbesteuerung vermeiden.

592 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres Kontinents erlebbar
593 und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept fortführen, dabei aber die
594 Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter gestalten.

595 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen und
596 vielfältigen Kultur- und Kreativwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen.
597 Sie gestalten Games, Filme, Serien oder Bücher, arbeiten in der Designwirtschaft, im
598 Kunstmarkt, der Musikwirtschaft, dem Pressemarkt, der Architektur, der Rundfunkwirtschaft,
599 den Darstellenden Künsten und dem Werbemarkt. Sie sind wesentliche Treiberinnen von
600 Innovation und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor hinaus. Diese Strukturen wollen wir
601 fördern und gegen die Marktmacht der großen internationalen Plattformen schützen, etwa indem
602 wir uns in Handelsabkommen für die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen. Die
603 lokale Struktur von Buchhandlungen wollen wir stärken, indem wir uns dafür einsetzen, dass
604 preisgebundene Bücher von den Regeln des europäischen Vergaberechts ausgenommen werden.
605

606 Mit dem KulturPass hat die Bundesregierung ein neues, innovatives kulturpolitisches
607 Instrument eingeführt: junge Menschen bekommen ein Budget, um Kunst und Kultur in all ihrer
608 Vielfalt und Breite entdecken zu können. Damit stärken wir auch Kultureinrichtungen.
609 Aufbauend auf analogen Projekten in Frankreich, Spanien und Italien wollen wir nun einen
610 gemeinsamen europäischen Kulturpass einführen, damit junge Menschen grenzübergreifend den
611 ganzen Reichtum und die große Vielfalt der Kultur in Europa erkunden und entdecken können.

612 **Kreative stärken**

613 Die Schaffenskraft von Künstler*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere lebendige
614 Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher Veränderungen müssen sie
615 ihren Platz in der Verwertungskette der Kulturproduktion immer wieder neu behaupten. Das
616 gilt vor allem für die neuen Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI). Diese nutzt von
617 Menschen erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. KI-Produkte treten
618 dabei in Konkurrenz zu menschlichen Urheber*innen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass
619 Urheber*innen ihren Nutzungsvorbehalt und ggf. andere Rechte gegenüber kommerzieller KI
620 einfach und zentral und wo sinnvoll maschinenlesbar wahrnehmen können. Das Urheberrecht soll
621 weiterhin das kreative Schaffen natürlicher Personen schützen und darf nicht auf automatisch
622 generierte Inhalte von KI-Systemen ausgedehnt werden. Urheber*innen wollen wir bei der

623 fairen Vergütung ihrer Werke unterstützen und gleichzeitig den Zugang zu Wissen und Kultur
624 für alle stärken, um gute Voraussetzungen für die Kreativen von morgen zu schaffen.
625 Werknutzer*innen, ebenso wie Urheber*innen und auch andere Kulturschaffende wie
626 Schauspieler*innen oder Musiker*innen, müssen einen Platz am Tisch haben, wenn über die
627 Weichenstellungen der digitalisierten Kulturwelt verhandelt wird. Im Interesse der
628 Chancengleichheit wollen wir, wie die bisherige Ausleihe, auch die digitale Ausleihe (E-
629 Lending) von Inhalten im Kontext von Bibliotheken, Bildungs- und Forschungseinrichtungen
630 ermöglichen.

631 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler*innen und Kreative wollen wir die
632 Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden weiter stärken. Für
633 Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht, wollen wir einen sicheren Hafen
634 und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

635 Den Gender Pay Gap wollen wir auch in der Kultur schließen. Die Rolle von Frauen im
636 Kulturbereich werden wir stärken, indem wir uns in der EU beispielsweise für eine
637 paritätische Besetzung von Vergabegremien und Juries einsetzen.

638 **Medienfreiheit garantieren**

639 Freie und demokratisch ausgerichtete Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für unsere
640 öffentliche Meinungsbildung. Auch in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute
641 angegriffen. Wir unterstützen deshalb mehr Transparenz über Besitzverhältnisse und
642 verbindliche Instrumente, um gegen die Einschränkung von Pressefreiheit – sei es in Form
643 offener Zensur, durch die Kontrolle und Zentralisierung von Verlagseigentum oder auf anderem
644 Weg – vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen dem Grundsatz
645 der Staatsferne folgen müssen. Medienfreiheit bedeutet dabei auch, dass Journalist*innen und
646 Redakteur*innen im Rahmen professioneller Standards oder Redaktionsstatute frei arbeiten
647 können. Ein neues Europäisches Gremium für Mediendienste darf bestehende Medienrechte und -
648 freiheiten in Deutschland nicht aushebeln. Um Journalist*innen und ihre Quellen vor
649 Überwachung und Verfolgung zu schützen, fordern wir eine wirksame Regulierung sowie
650 richterliche Kontrolle des Einsatzes von Spähsoftware. Gegen einen missbräuchlichen Einsatz
651 gehen wir vor. Hinweisgeber*innen wollen wir vor Verfolgung wirksam schützen.

652 Übermäßige Konzentration an Medienbesitz, auch in einzelnen EU-Staaten, muss wirksam
653 verhindert werden - im Notfall auch über die Aufteilung von Unternehmen oder
654 Besitzstrukturen. Dafür ist die Transparenz über die Besitzverhältnisse unabdingbar. Das ist
655 eine Grundlage für eine vielfältige Presselandschaft, die es Journalist*innen ermöglicht,
656 frei und kritisch zu berichten.

657 Private Medien in Print und Online werden auch durch falsche Anreizstrukturen beim
658 Wettbewerb um Werbeeinnahmen und die Marktmacht der Social Media-Plattformen stark in ihrem
659 Wirtschaftsmodell beeinträchtigt. Das bedroht immer mehr Qualitätsmedien in ihrer Existenz
660 und ist ein drängendes Problem für die Meinungsvielfalt. Wir streben deshalb an, durch
661 geeignete Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote besonders im
662 Netz zu verbessern und auf der Ebene der Mitgliedstaaten praktikable
663 Finanzierungsinstrumente zur Stärkung journalistischer Inhalte, Entwicklung zukunftsfähiger
664 Geschäftsmodelle und einer flächendeckenden Versorgung mit journalistischen Angeboten zu
665 entwickeln. Soweit dabei neue Technologien wie generative KI zum Einsatz kommen, setzen wir
666 uns für eine klare Kennzeichnung von KI-erzeugten Bildern, Texten und Videos ein.

667 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung einer
668 gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb setzen wir uns für
669 einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des öffentlich-rechtlichen
670 Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den erfolgreichen Ansatz des Senders arte
671 ausbauen und ihn schrittweise zu einem gemeinsamen europäischen Angebot entwickeln. Darüber

672 hinaus setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
673 in Europa und für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und Medienangebote im
674 Netz ein. Auf diese Weise wollen wir langfristig ein vollwertiges europäisches, öffentlich-
675 rechtliches Medienangebot schaffen, mit einem umfassenden und länderübergreifenden Angebot
676 von Nachrichten über Sport und Kultur bis Unterhaltung, etwa in Form eines europäischen
677 Medienportals. Das ist auch ein Beitrag gegen Desinformation und Verschwörungsmythen. Wir
678 wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU ein Raum des freien
679 Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen die Presse- und Meinungsfreiheit
680 unterdrückt wird.

681 **Europäisch erinnern**

682 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller Gesellschaften. Europa
683 war nicht nur als Kontinent über Jahrhunderte von Krieg und Gewalt gekennzeichnet, von hier
684 gingen auch über Jahrhunderte Krieg und Gewalt aus.. Die EU als Friedensprojekt hat die
685 Aufgabe, diese Perspektiven zueinander in Beziehung zu setzen. Erinnerung soll einen Beitrag
686 zu Versöhnung und Verständigung leisten, nicht spalten. Dabei ist es wichtig, eine
687 multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch die Geschichte von bisher zu
688 Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir wollen grenzübergreifende
689 Zusammenarbeit stärken und setzen uns für den Erhalt bestehender sowie für die Schaffung
690 weiterer Orte der kollektiven Erinnerung, des Gedenkens und der Reflexion ein. Wir wollen
691 mit europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der Verständigung
692 widmen und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch überlagernden
693 Gewalterfahrungen durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die Unterdrückung durch die
694 Sowjetunion in ihrem komplexen Erbe verständlich und nachvollziehbar machen. Hierzu zählen
695 auch die Zusammenarbeit mit Schulen, Universitäten und Kultureinrichtungen sowie die
696 Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Bestrebungen nach einer Umdeutung
697 der Geschichte im Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden entgegen.

698 Allen Versuchen, einen „Schlusstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des
699 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen, stellen wir
700 uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten unvereinbar. Wir werden dies nicht
701 unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland, nicht in Europa, nirgendwo.

702 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord, Kolonialismus,
703 Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien.Selbst während der Entstehung
704 des europäischen Friedensprojektes bestanden koloniale Gewalt und wirtschaftliche Ausbeutung
705 fort.Viele europäische Staaten und Unternehmen waren in diese Verbrechen verwickelt und
706 Europa profitiert noch heute von den damals geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen wir
707 die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen, mit
708 Forscher*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus ehemals kolonisierten Gebieten
709 auch auf europäischer Ebene vorantreiben und uns um Wiedergutmachung bemühen. Dazu gehört
710 die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen, aber auch die
711 Förderung von Aufklärungsarbeit und Stärkung multiperspektivischer Geschichtsforschung. Die
712 Auswirkungen des Kolonialismus auf die heutigen Gesellschaften sollten sichtbarer werden.
713 Dazu wollen wir in thematisch passenden EU-Förderprogramme die erinnerungspolitischen
714 Dimension stärken.

715 **Fair Play im Sport**

716 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France – Sport steht
717 im Herzen von Europa. Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt
718 regionale Identitäten, sorgt für Gesprächsstoff und tragen zur Gesundheit bei. Im Zentrum
719 stehen die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden engagieren. Wir
720 wollen Organisationen und Initiativen stärken, die sich besonders für gesellschaftlichen
721 Zusammenhalt, Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen Ausgrenzung und Hass stark

722 machen. Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher zugänglich machen - auch
 723 außerhalb Europas sollen Sportorganisationen als wichtige zivilgesellschaftliche
 724 Partner*innen gestärkt werden.

725 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair und
 726 transparent funktioniert und Vereine und Verbände im Einklang mit Gesetzen agieren. Betrug,
 727 Doping und Korruption stehen seinem Wesen diametral entgegen. Wir wollen daher eine
 728 unabhängige europäische Agentur etablieren, die sich mit NGOs, Anti-Korruptionsexpert*innen
 729 sowie internationalen Ermittler*innen für Transparenz, Integrität und echte
 730 Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im weltweiten Sport kümmert.

731 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür, dass
 732 internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben. Wenn sie mit
 733 klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische Fairness und Nachhaltigkeit
 734 arbeiten, können sie damit weltweit einen Wettbewerbsvorteil erlangen und Zeichen setzen.
 735 Wir setzen besonders auf eine grenzüberschreitende Ausrichtung von Sportereignissen, die
 736 Klima und Umwelt schonen. So machen wir den europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.

737 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele Sportarten
 738 sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der Sport Schäden. Wir
 739 wollen durch ein neues europäisches Programm Wege aufzeigen, wie Europas vielfältige
 740 Sportszene einen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele leisten und sich entwickeln kann.
 741 Unser Ziel ist es, dass Sportveranstaltungen klimaneutral durchgeführt werden können.

742 **5. Flucht- und Migrationspolitik der Humanität und** 743 **Ordnung**

744 **Fluchtursachen bekämpfen**

745 Die Zahl der Vertriebenen durch Kriege, der Klimakrise oder fehlender wirtschaftlicher
 746 Perspektiven hat sich weltweit in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die übergroße Mehrheit
 747 der Menschen flieht innerhalb des eigenen Landes oder in die angrenzenden Regionen. Doch die
 748 Auswirkungen der steigenden Fluchtzahlen merken wir auch in Europa. Wir stellen uns dieser
 749 Verantwortung, denn Flucht und Migration sind eine historische und globale Realität und
 750 werden es auch bleiben. Das Leid, das Menschen auf Fluchtrouten nach Europa und an den
 751 europäischen Außengrenzen erleben, ist untragbar. Dass sich Menschen trotzdem auf diese
 752 Routen begeben, zeigt, wie groß das Leid, die Gefahr und die Perspektivlosigkeit in vielen
 753 Weltregionen sind.

754 Asylrechtsverschärfungen bekämpfen keine Ursachen von Migration. Die Politik der EU und
 755 ihrer Mitglieder muss sich ihrer globalen Verantwortung stellen und auch dazu beitragen,
 756 Menschen in ihren Heimatregionen ein sicheres und friedliches Leben zu ermöglichen. Mit dem
 757 Ausbau verlässlicher humanitärer Hilfe sowie strukturbildender Übergangshilfe in
 758 Krisenregionen können wir Menschen ihrer akuten Notlagen unterstützen. So tragen wir dazu
 759 bei, das Leid unmittelbar vor Ort zu lindern. Mit Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe,
 760 sowie mit fairen Handelsbeziehungen können wir langfristig zur Verbesserung der
 761 Lebensperspektiven beitragen. Gleichzeitig darf sich Europa, insbesondere angesichts vieler
 762 Krisen und Katastrophen nicht abschotten, sondern muss einen gerechten Teil der
 763 Verantwortung für die Aufnahme von Schutzsuchenden übernehmen. Wir treten für einen
 764 rechtsstaatlichen und menschlichen Umgang mit Schutzsuchenden in Europa ein.

765 **Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen**

766 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden Bevölkerung und sucht
 767 händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unsere Zukunft zu sichern, müssen wir im
 768 weltweiten Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte attraktiver werden und Einwanderung modern
 769 gestalten. Dabei ist uns wichtig, dass die Interessen der Herkunftsländer mitbedacht werden,
 770 denn auch dort werden Fachkräfte gebraucht. Statt bürokratischer und langwieriger Verfahren

771 wollen wir die Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung von Menschen mit verschiedenen
772 Qualifikationsniveaus mit EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelungen fördern. Hierzu zählt, die
773 Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten einheitlich und unbürokratisch zu
774 gestalten

775 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter ausbauen. Dafür
776 braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und eine Digitalisierungsoffensive,
777 damit Anträge schnell und auch digital gestellt werden können. Eine aktive Willkommenskultur
778 macht uns auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dafür müssen wir Rassismus und Ausgrenzung
779 entgegenreten. Wir wollen zielgenaue Integrationsmöglichkeiten für die unterschiedlichen
780 Formen der Migration in ganz Europa schaffen. Um Angebote für eine gute und schnelle
781 Integration vor Ort zu unterstützen, wollen wir den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds
782 (AMIF) stärken. So können sich Kommunen auf die Aufnahme von Fachkräften und ihren Familien
783 vorbereiten. Darüber hinaus müssen die Rechte der hier dauerhaft lebenden
784 Drittstaatsangehörigen geschützt und bewahrt werden. Deshalb unterstützen wir eine
785 Verbesserung der Daueraufenthaltsrichtlinie in diese Richtung. Wir wollen freiwillige
786 zirkuläre Migration fördern und zukünftige Fachkräfte auch in Europa ausbilden.

787 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne Papiere. Faire
788 Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu wollen wir mehrsprachige und
789 niedrigschwellige Beschwerde- und Beratungsstrukturen ausbauen, sowie gewerkschaftliche
790 Strukturen stärken, damit sich alle Arbeiter*innen an sie wenden können.

791 **Gemeinsame Asylpolitik angehen**

792 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert sowie die
793 humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen, wie die UN-Flüchtlingskonvention,
794 einhält. Von diesem Ziel sind wir momentan weit entfernt. Vielerorts werden auch an Europas
795 Grenzen und in EU-Staaten Menschenrechte von Geflüchteten verletzt, die Missachtung von EU-
796 Recht ist in der Asylpolitik Alltag geworden. Das hat nicht für Ordnung und Struktur,
797 sondern für mehr Chaos und Leid gesorgt. Das Dublin-System ist ungerecht und wird den
798 aktuellen Herausforderungen nicht gerecht.

799 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame EU-Asylpolitik ist nötig, um die
800 menschenunwürdigen und chaotischen Verhältnisse zu beenden. Reformen allein reichen dabei
801 nicht aus, geltendes EU-Recht muss auch durchgesetzt werden. Wir setzen uns dagegen ein,
802 dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von
803 Flüchtlingsrechten wird. Spielräume für Verbesserungen wollen wir nutzen. Mit einer fairen
804 und verbindlichen Verteilung von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den
805 Mitgliedstaaten. Abschottung und Grenzzäune schaffen Chaos und Leid, rechtsstaatliche
806 Verfahren, gute Integrationsangebote und menschenwürdige Bedingungen sorgen für Humanität
807 und Ordnung.

808 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung und
809 Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen Grenzmanagement
810 angewiesen. Unser Ziel ist ein verbindlicher Verteilmechanismus von Schutzsuchenden. Auf dem
811 Weg dorthin soll ein dauerhafter, verlässlicher und verbindlicher Solidaritätsmechanismus
812 die Verteilung maßgeblich verbessern.

813 Um die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen, müssen sich alle Mitgliedstaaten
814 einbringen – ob durch die Aufnahme von Schutzsuchenden oder durch finanzielle Unterstützung
815 für die Aufnahme von Geflüchteten. Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine
816 Kompensation. Mitgliedstaaten, die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt
817 und finanziell entlastet werden.

818 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken und Verantwortung zu übernehmen.
819 Diese Anstrengungen begrüßen wir und setzen uns für die Unterstützungen gerade jener

820 Kommunen ein, die diese nicht durch ihre nationalen Regierungen erfahren. Die Möglichkeit
821 des direkteren Zugangs von Kommunen und Hilfsorganisationen zum Asyl-, Migrations- und
822 Integrationsfonds (AMIF), möchten wir ausbauen. Bei der Integration kann europäische
823 Vernetzung und Austausch zwischen den Kommunen helfen. Das sieht man etwa an der
824 erfolgreichen Gründung von grenzüberschreitenden Netzwerken von Kommunen.
825 Wenn es um die Verteilung Geflüchteter auf der europäischen Ebene geht, möchten wir die
826 Ressourcen der Länder und Kommunen über einen Matching-Mechanismus mit den Bedürfnissen der
827 Geflüchteten in Einklang bringen. Dabei sollen etwa Familienbezüge, Sprachkenntnisse oder
828 Berufsabschlüsse berücksichtigt werden.

829 EU-Staaten, die durch die Anwendung der Massenzustromrichtlinie überproportional aufnehmen,
830 müssen hierfür von anderen Staaten eine faire finanzielle Unterstützung erhalten, so wie es
831 in der Richtlinie vorgesehen ist. Wir setzen uns gegen das sogenannte Screening innerhalb
832 des Hoheitsgebiets ein. Eine Registrierung von Minderjährigen darf nicht zur Verletzung der
833 Kinderrechte führen.

834 Die Massenzustromrichtlinie war ein gutes Werkzeug im Umgang mit der Millionen Geflüchteten
835 aus der Ukraine. Wir wollen die Erfahrungen dieses unbürokratischen und pragmatischen
836 Umgangs genau analysieren und daraus Vorschläge für die Asylpolitik entwickeln.

837 Es ist nicht hinnehmbar, dass einzelne Mitgliedsstaaten Geflüchtete so schlecht behandeln,
838 dass Gerichte ihr Verbleiben dort für unzumutbar halten. Jeder Mensch hat ein Grundrecht auf
839 Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die Aufnahme richtlinie sichert
840 Schutzsuchenden in jedem Mitgliedsstaat existenzsichernde und menschenwürdige Bedingungen
841 zu, rechtsstaatliche Standards müssen in der gesamten EU sichergestellt sein. Deswegen
842 setzen wir uns dafür ein, dass die EU-Kommission und der Rat die zur Verfügung stehenden
843 Instrumente nutzen, um die Missachtung von EU-Recht und die Kriminalisierung von humanitärer
844 Hilfe zu stoppen. Dazu gehört auch, EU-Gelder einzufrieren, wenn nationale Regierungen
845 systematisch EU-Recht brechen. Die EU-Asylagentur soll die Mitgliedstaaten insbesondere bei
846 den Asylverfahren unterstützen und hierbei eine zügige Bearbeitung von Asylanträgen unter
847 Einhaltung von rechtsstaatlichen Standards sicherstellen. Sie kann dazu beitragen,
848 Überlastung zu verhindern.

849 **Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen**

850 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf Freizügigkeit
851 bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der größten Errungenschaften
852 für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir dauerhafte und
853 stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

854 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren - dabei geht es nicht nur um
855 Migration. Denn für die Freiheit und Sicherheit im Inneren müssen wir auch wissen, wer nach
856 Europa kommt. Dass rechtsstaatliche Kontrollen oder eine zuverlässige Registrierung an den
857 Außengrenzen nichts mit rechtswidriger Abschottung gegen Asylsuchende zu tun haben, sehen
858 wir an der Fluchtbewegung aus der Ukraine. Millionen von Menschen werden zuverlässig
859 kontrolliert, konnten aber Schutz in der EU finden. Doch leider treffen viele andere
860 Asylsuchende an EU-Grenzen nicht auf rechtsstaatliche Kontrollen, sondern auf Unrecht und
861 Gewalt

862 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss europäischer Politik
863 nach außen setzt die Achtung von Recht und Werten im eigenen Handeln voraus. Mit dieser
864 Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das europäische Versprechen von Humanität und
865 Rechtsstaatlichkeit für Tausende jährlich an Stacheldraht und Patrouillenbooten zerschellt.
866 Wir stellen uns Verletzungen von Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Menschenrechten
867 ebenso entgegen wie dem rechtswidrigen Zurückdrängen von Geflüchteten.

868 Menschen, die bei uns in Europa Schutz suchen, müssen zuverlässig registriert, erstversorgt
869 und menschenwürdig untergebracht werden. Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
870 Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei immer und überall. Der Asylantrag von Menschen, die in
871 der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in Europa inhaltlich geprüft werden.
872 Grenzverfahren dürfen nicht dazu führen, dass weitere große Haftlager wie Moria an den
873 Außengrenzen entstehen, die die Würde und die Rechte von Schutzsuchenden verletzen. Der
874 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, stellen
875 wir uns entgegen.

876 Trotz der völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an Europas
877 Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind Misshandlungen
878 ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert oder sie werden in Seenot
879 ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass illegale Pushbacks rechtlich und
880 politisch konsequent geahndet und sanktioniert werden. Wir wollen außerdem die EU-
881 Grundrechteagentur stärken sowie das staatliche und zivilgesellschaftliche
882 Menschenrechtsmonitoring weiter ausbauen. Dabei soll ein unabhängiges Monitoring mit
883 Ermittlungsbefugnissen an den Außengrenzen ermöglicht werden. Hilfs- und
884 Menschenrechtsorganisationen sowie Anwält*innen benötigen jederzeit Zugang zu den
885 Geflüchteten und den Grenzregionen. Die freie Berichterstattung durch Journalist*innen muss
886 gewährleistet werden. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen immer auf der Basis von
887 Grund- und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache wollen
888 wir endlich beenden.

889 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die zunehmend von
890 europäischen Beamt*innen übernommen werden sollte. Deswegen wollen wir Frontex
891 rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich nicht an
892 menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze konsequent und zeitnah
893 beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf es
894 einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Wir setzen uns dafür
895 ein, dass Frontex nicht nur vom Europaparlament, sondern auch von nationalen Parlamenten
896 besser überwacht wird. Dazu gehört auch der Zugriff auf Einsatzberichte. Es muss einfacher
897 werden, Frontex für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, wie beispielsweise durch eine
898 eigene Haftungsgrundlage.

899 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete versorgen und
900 beraten. Dass Flüchtlingshilfe in vielen Staaten erschwert oder gar unter Strafe gestellt
901 wird, ist nicht hinnehmbar. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Unterstützung
902 Geflüchteter nicht behindert, sondern ermöglicht wird. Wir wollen sicherstellen, dass NGOs
903 und Anwält*innen ungehindert Zugang zu ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement
904 nachzugehen. Die Bedarfe von besonders schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, queeren
905 Menschen, Kindern oder Menschen mit Behinderungen müssen wir dabei besonders in den Blick
906 nehmen. Dazu gehören eine sichere Unterbringung sowie geschulte Beratungsstrukturen und
907 Dolmetschende. Ehrenamtliche Beratungsstrukturen leisten insbesondere für vulnerable Gruppen
908 wichtige Arbeit. Sie wollen wir unter anderem auch durch staatliche und professionelle
909 Unterstützung stärken.

910 Millionen Kinder fliehen allein oder mit ihren Eltern vor Kriegen, Gewalt, Hunger oder
911 politischer Verfolgung. Sie müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Kinder
912 müssen kindergerecht untergebracht und versorgt werden, dies gilt in Deutschland ebenso wie
913 an den Europäischen Außengrenzen für alle Kinder. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt
914 uneingeschränkt auch für geflüchtete Kinder, egal, wo sie sich befinden. Menschen dürfen
915 nicht einfach inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Familien mit Kindern sollten
916 grundsätzlich nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur
917 Durchführung von Grenzverfahren verpflichtet werden.

918 Migrationsabkommen, Spurwechsel und sichere Rückführungen

919 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und rechtsstaatliche
920 Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu unabhängigen Asylberatungen haben, um
921 ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. Der Rechtsweg gegen ablehnende Entscheidungen muss
922 immer offen stehen.

923 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer Aufenthaltserlaubnis führen.
924 Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie
925 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder
926 ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen sind immer
927 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige Rückkehr
928 Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir uns für eine
929 europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

930 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei denen
931 menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Eine Rückführung darf nur in
932 Länder erfolgen, zu denen die betroffene Person eine klare Verbindung hat. Dabei muss
933 sichergestellt sein, dass diese Staaten rechtsstaatliche Prinzipien im Umgang mit
934 Geflüchteten respektieren. Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin
935 falsch. Der Abschluss von Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten muss
936 menschenrechtsbasiert, die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Staaten partnerschaftlich und
937 auf Augenhöhe erfolgen. Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der
938 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden und soll auch der Bekämpfung von
939 Fluchtursachen dienen. Die Abkommen sollen der Bevölkerung Perspektiven geben und keine
940 autokratischen Regime stärken. Nur durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für die
941 Vereinbarungen, Rückführungen und geordnete und sichere Migration geschaffen werden.

942 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir nicht richtig, denn es löst keine
943 Probleme. Was hilft, ist: Ausländerbehörden vernünftig ausstatten, alle Asylverfahren
944 beschleunigen und die Qualität der Entscheidungen verbessern. Länder, die ihren
945 Staatsbürger*innen eine sichere Rückkehr garantieren, sollen zum Beispiel über
946 Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf geordnete Migration
947 erhalten. Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer
948 Strafe prioritär zurückgeführt werden.

949 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, teils mit hier geborenen Kindern, bringen
950 sich ein und stehen in Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere
951 Perspektive geben. Denn es ist nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in
952 die europäische Gesellschaft täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Im Gegenteil:
953 die Integrationsleistung und die Arbeit dieser Menschen wollen wir anerkennen. Wir setzen
954 uns deshalb für einen Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem ein.

955 Menschen in Seenot retten

956 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Als EU ist
957 es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand nicht zu verschließen.
958 Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene Leben oder das der Familie
959 und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass das Mittelmeer die
960 tödlichste Fluchtroute der Welt bleibt

961 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht endlich eine
962 europäische Initiative für eine staatlich koordinierte und finanzierte Seenotrettung.

963
964 Wir wollen auch die staatliche Unterstützung ziviler Organisationen, unter anderem
965 finanziell, verbessern. Der erfolgte Einstieg Deutschlands in die finanzielle Unterstützung
966 privater Seenotrettungs-NGOs ist hier ein wichtiger Schritt. Wir wollen weiterhin auch

967 andere EU-Staaten ermutigen, aktiv die Seenotrettung zu unterstützen. Wir stehen an der
968 Seite der Seenotretter*innen, die Menschenleben retten.

969
970 Alle Mitgliedstaaten der EU sind dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass
971 Seenotrettungsorganisationen ihre Einsätze gefahrlos absolvieren können. Die
972 Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in ihrer Arbeit behindert und
973 Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Die EU-Kommission sollte der Kriminalisierung von
974 Hilfsorganisationen entschieden entgegenreten. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit
975 haben, den nächstgelegenen sicheren Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und
976 versorgt werden können. Ein Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht behindert und
977 Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Um Menschenleben zu retten, treten wir für die
978 Verbesserung der staatlichen, unter anderem finanziellen, Unterstützung ziviler
979 Organisationen ein. Eine Ausschiffung in Ländern darf nicht erfolgen, wenn Geretteten dort
980 eine unrechtmäßige Behandlung droht. Das Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall.

981 **Sichere Fluchtwege schaffen**

982 Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, denn so schützen wir Menschenleben und legen
983 Schlepperbanden und Menschenhandel das Handwerk. Damit schützen wir auch vulnerable Gruppen,
984 die momentan kaum Fluchtmöglichkeiten haben.

985 Wir setzen dafür auf partnerschaftliche und menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen mit
986 Staaten außerhalb der EU.

987
988 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks UNHCR deutlich
989 auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen (UN) anerkannte und
990 besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und solidarisch auf die Aufnahmeländer
991 verteilt werden. Wir wollen, dass sich der Anteil nach der Wirtschaftskraft der Staaten
992 bemisst. Das EU-Resettlement muss sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren und darf das
993 individuelle Recht auf Asyl nicht schwächen.

994 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass Schutzsuchende Europa
995 erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen wir in besonderem Maße unserer
996 Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften gerecht werden. Wir wollen auch Menschen
997 unterstützen, die durch ihr Engagement für Demokratie, Frauen- oder Menschenrechte besonders
998 gefährdet sind. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Aufnahmeprogramme gestärkt werden.
999 Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und denen seit der Machtübernahme der
1000 Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen wir mit einem europäischen
1001 Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium fortzusetzen. Solche Programme wollen wir auch
1002 für andere Kriegs- und Krisengebiete vorantreiben, um Antworten auf die zunehmenden Gefahren
1003 für Wissenschaftler*innen und Studierende weltweit zu geben. Uns ist dabei wichtig den
1004 Menschen in Gefahr, unabhängig ihrer Staatsbürgerschaft, zu helfen, zum Beispiel mit
1005 europäischen Stipendienprogramme für Studierende in Gefahr.

1006
1007 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können. Familien gehören
1008 zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse die Integration.

1009 **6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität** 1010 **Polizeiliche Zusammenarbeit stärken**

1011 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige Institutionen, die
1012 Recht und Demokratie schützen, und er braucht Menschen, die oft unter großem persönlichen
1013 Einsatz diesen Auftrag erfüllen. Kriminalität findet grenzüberschreitend statt und
1014 verursacht enorme Schäden – sie bedroht die individuelle Sicherheit aller Menschen, unsere
1015 Lebensqualität, unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die zunehmende Vernetzung
1016 unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der Zusammenarbeit unserer

1017 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effektive Polizei- und Justizarbeit muss in
1018 einem vereinten Europa grenzüberschreitend stattfinden, schnelle Informationsflüsse
1019 gewährleisten, sowie im Einklang mit Freiheits- und Bürger*innen-Rechten stehen und nach
1020 rechtsstaatlichen Standards operieren. Wir setzen auf wirksame Prävention,
1021 Erfahrungsaustausch und gemeinsame Strafverfolgung.

1022 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll eigene
1023 operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität
1024 (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS) entwickeln wir weiter, um den
1025 Datenaustausch zu verbessern. Erfahrungen aus Polizei-IT-Projekten der Mitgliedsstaaten
1026 sowie die Rolle der Justiz lassen wir hierbei einfließen. Die Aufsicht von Europol durch das
1027 Europäische Parlament wollen wir stärken, um Transparenz sicherzustellen. Perspektivisch
1028 wollen wir ein Europäisches Kriminalamt aufbauen. Das heißt, dass die derzeit weitgehend
1029 befugnisfreie europäische Polizeibehörde Europol zu einer europäischen Polizei nach dem
1030 Vorbild des Bundeskriminalamts mit eigenen Ermittlungsteams ausgebaut wird. Neben dem Ausbau
1031 von Europol sind Austausch und Vernetzung der europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg:
1032 Die polizeiliche Zusammenarbeit fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-
1033 Investigation-Teams, die in enger Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Für erfolgreiche
1034 Kriminalitätsbekämpfung werden die besten Köpfe benötigt. Deshalb wollen wir, dass Europol
1035 und Eurojust auch Expert*innen einstellen können, die nicht aus den Polizei- oder
1036 Justizbehörden der Mitgliedsländer abgeordnet werden. Gemeinsame Zentren der Polizei in
1037 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

1038 In Praxis und Theorie wollen wir die europäische Polizeiarbeit auf Grundlage von
1039 Rechtsstaatlichkeit und Wissenschaft stärken. Dafür fördern und entwickeln
1040 Austauschprogramme für Polizist*innen weiter u. a. auch über das Programm ERASMUS+. Wir
1041 stärken die Kooperation und Forschung an Polizeihochschulen und Universitäten und fördern so
1042 eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen wir hierbei
1043 einbeziehen, insbesondere mit Blick auf die gemeinsame Bekämpfung der Organisierten
1044 Kriminalität und Finanzkriminalität.

1045 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

1046 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet Steuerzahler*innen
1047 und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und Rechtsstaat unterwandern.
1048 Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf investigative Journalist*innen, die
1049 Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche oder die politische Einflussnahme durch
1050 Korruption. Damit schädigt die OK insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen in Europa
1051 und hindert deren Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen Organisationen
1052 der OK vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den Blick. Dafür
1053 stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei und Justiz. Die
1054 europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir harmonisieren.

1055 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so auch
1056 Verbraucher*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den Kampf gegen die
1057 unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir konsequent führen und den Opfern
1058 besonderen Schutz zukommen lassen. Ein Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung der
1059 Umweltkriminalität und Agromafia: Die illegale Entsorgung von Müll, der illegale
1060 Holzeinschlag oder der Handel mit fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen enorme
1061 Schäden für Mensch und Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir eindämmen und
1062 nehmen hierfür die gesamte Produktions- und Handelskette in den Blick. Wir fördern
1063 bereichsübergreifende Ermittlungen, um besser gegen Überschneidungen der OK und anderen
1064 Kriminalitätsfelder, wie zum Beispiel Cybercrime oder Terrorismus, vorzugehen. Ein
1065 nachhaltiges Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der
1066 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir

1067 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK engagieren oder
1068 Ausstiegsprogramme für Mitglieder krimineller Organisationen anbieten.

1069 **Menschenhandel umfassend bekämpfen**

1070 Menschenhandel in all seinen Formen ist ein grenzüberschreitendes Verbrechen und eine
1071 Menschenrechtsverletzung. Jährlich werden enorme Gewinne durch kriminelle Gruppen erzielt.
1072 Trotz bestehender EU-Gesetzgebung und völkerrechtlicher Verpflichtungen der EU-
1073 Mitgliedsstaaten wird die Mehrzahl der Fälle von Menschenhandel bis heute nicht effektiv
1074 aufgeklärt bzw. strafrechtlich verfolgt. Die Formen des Menschenhandels sind vielseitig. Die
1075 häufigste Form ist die zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Betroffen sind vor allem Frauen
1076 und Mädchen. Eine weitere Form ist die der Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit. Dabei werden
1077 Arbeitsschutzstandards massiv unterlaufen und die Menschen in ausbeuterische
1078 Arbeitsverhältnisse gezwungen. Ihre Lebensumstände sind katastrophal. Auch die Ausbeutung
1079 für kriminelle oder erniedrigende Tätigkeiten oder gar die illegale Organentnahme gehören
1080 zum Menschenhandel.

1081 Opfer von Menschenhandel brauchen Schutz, sie müssen in ihren Rechten gestärkt werden, und
1082 sie brauchen Hilfe, auch bei der Bewältigung erlittener Traumata. Minderjährige Betroffene
1083 brauchen dabei besondere Aufmerksamkeit und Schutz. Wir wollen den Zugang zu Informationen
1084 über Opferrechte stärken und die Durchsetzung fördern sowie eine gute Koordination zwischen
1085 den Mitgliedstaaten, öffentlichen Verwaltungen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei
1086 muss der Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Betroffene wollen wir durch
1087 unabhängige, dauerhafte Bleiberechte und Schutzprogramme nachhaltig schützen.

1088
1089 Die EU-Organe sollen auf die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Menschenhandelsrichtlinie in
1090 den Mitgliedsstaaten hinwirken und sie dabei bestmöglich unterstützen. Die Mitgliedsstaaten
1091 sind gefordert, eigene Aktionspläne zur effektiven Bekämpfung von Menschenhandel zu
1092 entwerfen und umzusetzen, um so in Zukunft zu einer besseren Identifizierung der Opfer und
1093 Täter*innen sowie zu einer verbesserten Datenlage beizutragen.

1094 Wir schmieden Allianzen zwischen Fachberatungsstellen, zivilgesellschaftlichen
1095 Organisationen und der Wirtschaft. Wir setzen uns für Schulungen des Personals ein, das mit
1096 Opfern von Menschenhandel in Berührung kommt oder dabei helfen kann, Täter*innen zu
1097 identifizieren. Schließlich stärken wir eine entschlossene, grenzüberschreitende
1098 Zusammenarbeit der zuständigen Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden, um gegen den
1099 Menschenhandel vorzugehen und kriminelle Netzwerke zu zerschlagen.

1100 **Gegen Geldwäsche vorgehen**

1101 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat und
1102 Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100 Milliarden Euro jährlich
1103 „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele Tausende von Kleinanleger*innen
1104 geschädigt. Wir wollen entschieden gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität vorgehen. Auch
1105 den organisierten Steuer- oder Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen.
1106 Finanzermittlungen bieten häufig erste Ermittlungsansätze und können helfen, kriminellen
1107 Gruppen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Daher wollen wir Instrumente stärken, um
1108 insbesondere Finanzströme besser nachzuvollziehen sowie Geldwäsche und Vermögensverschiebung
1109 aufzuspüren. Für uns ist klar: Kriminalität darf sich nicht lohnen!

1110 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer schlagkräftigen
1111 Institution im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung entwickeln. Wir drängen
1112 darauf, dass alle EU-Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und internationale
1113 Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Beim Aufbau der AMLA arbeiten wir
1114 auch eng mit dem Privatsektor zusammen, um beispielsweise den Handel mit Kryptowährungen zu
1115 beleuchten und Maßnahmen zu ergreifen. Zusätzlich soll der automatische Austausch von

1116 Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass international auf
1117 Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan vorangetrieben wird. Wir setzen uns für ein
1118 europäisches Vermögensregister ein. Behörden sollten europaweit die wirtschaftlichen
1119 Eigentümer von Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von Kriminellen regelmäßig für
1120 Geldwäsche missbraucht werden.

1121 Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten der Transparenzregister, die zur Bekämpfung von
1122 Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung dienen, werden wir weiter einschränken. Der Zugang zu
1123 den Transparenzregistern soll für die Zivilgesellschaft, Journalist*innen, Forscher*innen
1124 und andere Gruppen mit berechtigtem Interesse einfach, kostenfrei und anonym möglich sein.
1125 Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen durch illegales Geld geschützt werden. So
1126 schützen wir auch Mieter*innen. Dafür werden wir die Transparenzvorschriften und Kontrollen
1127 beim Immobilienerwerb verbessern.

1128 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente im
1129 Bereich Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer Herkunft in
1130 Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen werden können. Für
1131 Bargeld werden wir EU-weit gültige Höchstgrenzen festlegen, um den Transfer von
1132 inkriminierten Finanzmitteln zu erschweren. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF
1133 werden wir personell und finanziell stärken, damit es wirksam gegen Betrugs- oder
1134 Korruptionsstraftaten, zum Beispiel die Veruntreuung von europäischen Fördergeldern,
1135 vorgehen kann.

1136 **Terrorismus stoppen**

1137 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch und
1138 rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie sind eine Gefahr für
1139 die öffentliche Sicherheit. In den letzten Jahren hat die grenzüberschreitende Vernetzung
1140 von gewaltbereiten Gruppen und Akteur*innen zugenommen. Die EU kann und muss hier einen
1141 wirkungsvollen Beitrag zum Schutz leisten. Eine konsequente und gut abgestimmte polizeiliche
1142 wie nachrichtendienstliche europaweite Zusammenarbeit mit einheitlichen rechtsstaatlichen
1143 Standards und Definitionen ist notwendig, um gegen Terror vorzugehen. Wir wollen hierfür die
1144 Stelle des Anti-Terror-Koordinators bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und
1145 die Mitgliedstaaten zu mehr Austausch und Kooperation verpflichten.

1146 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die politische
1147 Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den europaweiten
1148 Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Dazu zählt die
1149 Bildungsarbeit an Schulen oder Jugendeinrichtungen. Programme zur Deradikalisierung oder
1150 Angebote für Aussteiger*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene wollen wir
1151 EU-weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen, wie beispielsweise
1152 die verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates, beobachten wir genau.
1153 Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft lassen wir hierbei einfließen.
1154 Onlineplattformen, Online-Gaming und Messenger spielen eine wichtige Rolle bei der
1155 Verbreitung von Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Anbieter solcher Dienste entschiedener
1156 dagegen vorgehen und entsprechende Inhalte löschen.

1157 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem Terror die
1158 operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich terroristische und
1159 kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den Zugang zu Schwarzmärkten und
1160 legen wichtige Finanzquellen trocken oder erschweren Zugang zu Waffen. Wir setzen uns für
1161 gemeinsame Standards und einen intensiven Austausch bei der Verfolgung von Terrorist*innen
1162 ein.

1163 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter*innen braucht es ein europaweit einheitliches
1164 Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen Gründen ihre Spur

1165 verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-weit einheitlich definieren,
1166 um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung sicherzustellen.

1167 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt,
1168 dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht verfügbar sind. Wir
1169 wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen einschränken und den Schwarzmarkt
1170 austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen, beispielsweise Sammlerstücke, wollen wir
1171 wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr
1172 möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir
1173 setzen uns für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für
1174 Waffenbesitzer*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen wollen wir
1175 durch ein strenges Monitoring unterbinden.

1176 **Nachrichtendienste effektiv aufstellen**

1177 Grenzüberschreitender Terrorismus, rechtswidrige Aktivitäten ausländischer Geheimdienste,
1178 Wirtschaftsspionage oder Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und offene
1179 Gesellschaft. Besonders autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran, aber auch
1180 kriminelle Gruppierungen nehmen dabei die gesamte EU in den Blick. Teilweise koordinieren
1181 sie ihre Vorgehen in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele hierfür sind die massiven
1182 Verbreitungen von Falschnachrichten - auch zur Beeinflussung von Wahlen, Angriffe auf
1183 Oppositionelle auf EU-Territorium oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Dem
1184 müssen wir uns in der EU gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die Nachrichtendienste
1185 spielen dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer wehrhaften Demokratie.

1186 Wir fordern effektive und rechtsstaatliche Nachrichtendienste, mit denen wir die Sicherheit
1187 der EU besser gewährleisten können. Bislang wird ihre Arbeit oft dadurch behindert, dass
1188 Informationen und Erkenntnisse nicht ausreichend in den bereits bestehenden europäischen
1189 Strukturen geteilt werden können. Deshalb wollen wir für eine bessere Zusammenarbeit der
1190 europäischen Nachrichtendienste eine europäische Nachrichtendienstagentur (ENA) gründen, die
1191 die bereits bestehenden sowohl zivilen als auch militärischen europäischen
1192 nachrichtendienstlichen Strukturen auf klarer rechtsstaatlicher Basis weiterentwickelt.

1193 Sie soll in den Mitgliedstaaten gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher
1194 Vorgaben, zusammenführen, um die europäische Analysefähigkeit zu stärken. So können
1195 strategische und langfristige sicherheitspolitische Einschätzungen abgegeben werden. Es
1196 braucht starke, effektive und demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Mechanismen zur
1197 Kontrolle der Agentur, die wir unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeiten
1198 wollen.

1199 Wir wollen bei der Entwicklung europäischer IT-Lösungen im Bereich der Nachrichtendienste
1200 stärker zusammenarbeiten, um so auch hier die digitale Souveränität zu sichern. Wir setzen
1201 uns dafür ein, dass nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf klaren Rechtsgrundlagen
1202 stehen, angemessen begrenzt und in allen Mitgliedstaaten unter eine starke parlamentarische
1203 Kontrolle gestellt werden. Nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Instrumente müssen
1204 evaluiert werden und im Einklang mit Bürger*innenrechten stehen. Einen rechtswidrigen
1205 Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den Nachrichtendiensten lehnen wir ab.
1206 Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Vernetzung und Kooperation der
1207 mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf der europäischen Ebene ein.

1208 **Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen**

1209 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen einheitlichen
1210 europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von der Organisierten
1211 Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir insbesondere das Strafrecht
1212 weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in die Liste der EU-Straftaten aufnehmen,

1213 damit sie europaweit verfolgt werden kann. Dazu braucht es auch ein einheitliches
1214 europaweites Monitoring und regelmäßige Dunkelfeld- und Viktimisierungsstudien.

1215 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen stärken: Die
1216 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)
1217 wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und die Europäische Staatsanwaltschaft
1218 (EUSTA) ausbauen. Sie soll zukünftig auch bei grenzüberschreitenden Sachverhalten im Bereich
1219 von Terrorismus und OK zuständig sein. Grenzüberschreitende Strafverfahren wollen wir
1220 vereinfachen und in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam durchgeführt werden können.
1221 Durch die Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen Rechtsverkehrs unter
1222 Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine schnellere und
1223 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa. Es ist unser aller Auftrag, Kinder vor
1224 sexualisierter Gewalt zu schützen. Notwendig dafür sind Strukturreformen genauso wie
1225 Investitionen in Präventionsarbeit sowie mehr Personal in Beratungsstellen und bei der
1226 Polizei. Statt Überwachung aller privaten Chat- und Messenger-Nachrichten („Chatkontrolle“)
1227 setzen wir uns für gezielte Maßnahmen ein.

1228 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger*innen: Wir treten für einen effektiven Rechtsschutz
1229 von Beschuldigten und Verteidiger*innen ein. Hinweisgeber*innen, Zeug*innen und
1230 investigative Journalist*innen spielen eine herausragende Rolle bei der Aufklärung von
1231 Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb besser schützen. Dafür schlagen wir
1232 ein EU-Netz vor, das europaweit einen wirksamen Schutz für Menschen bietet, die bei der
1233 Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei
1234 unterstützen, bei der Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz zusammenzuarbeiten.
1235 Das wollen wir nutzen. Aussagen von Kronzeug*innen sollen künftig eine größere Rolle bei der
1236 grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

1237 **Die Bevölkerung schützen**

1238 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche
1239 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und gigantische
1240 Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere Kritische Infrastruktur
1241 unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern unserer modernen Gesellschaft. Sie
1242 versorgen uns mit Energie oder Informationen. Einzelne Mitgliedstaaten sind mit Bedrohungen
1243 dieses Ausmaßes schnell überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und Koordination
1244 praktisch helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent schützen. Wir
1245 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und zusammendenken. Dabei
1246 nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein verbindliches IT-
1247 Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf digitale Systeme zu verhindern.

1248 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise unabsehbaren Folgen
1249 weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen Bevölkerungsschutzes kann dabei helfen,
1250 Schäden zu reduzieren. Wir wollen das europäische Katastrophenschutzverfahren weiter stärken
1251 und mit eigenen europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst eine echte
1252 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden. Um die
1253 Bevölkerung und insbesondere vulnerable Gruppen besser vor extremen Hitzewellen zu schützen,
1254 wollen wir die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, gemeinsame Hitzeschutzkonzepte zu
1255 entwickeln. Europa braucht zudem bessere Vorbereitung auf transnationale Katastrophen.
1256 Deswegen wollen wir gemeinsame Pläne zur Risikovorsorge und -bewältigung auf den Weg bringen
1257 und über alle Planungsprozesse hinweg mitdenken. Den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und
1258 zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe bei Erdbeben oder anderen Großschadenslagen wollen wir
1259 ausbauen.

1260 **7. Digitale Bürgerrechte**

1261 **Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern**

1262 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die Art, wie wir
1263 zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer Werte eine
1264 Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU dabei als Vorbild und
1265 Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einer globalisierten digitalen Welt
1266 stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung der digitalen Dimension die Rechte der Menschen
1267 immer mitdenken. Menschen haben das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von KI noch
1268 anderen Technologien vereinnahmt zu werden.

1269 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige Gesellschaft
1270 abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum übertragen wird. Wir
1271 fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und eine aktive Beteiligung von
1272 Frauen an den Gestaltungspositionen der Digitalisierung. Wir wollen den völkerrechtlichen
1273 Rahmen für den digitalen Raum stärken und uns dabei an dem Leitbild eines freien, offenen,
1274 globalen und sicheren Internet orientieren.

1275 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die anlasslose
1276 Vorratsdatenspeicherung oder Chatkontrolle, biometrische Gesichtserkennung, die Überwachung
1277 von Verhalten oder Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien zur Erkennung von
1278 Emotionen oder die Zuschreibungen von teils höchst persönlichen Eigenschaften wie
1279 Geschlecht, sexuelle Orientierung, politische oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen
1280 wir auch aufgrund der möglichen Auswirkungen auf bereits marginalisierte Gruppen ab. Die
1281 Forschung und der Einsatz besonders von Emotionserkennung zur Unterstützung im medizinischen
1282 und sozialen Bereich sollen davon aber nicht betroffen sein. Das Recht auf digitale
1283 Privatsphäre, auf eine sichere Kommunikation und Ende-zu-Ende-Verschlüsselung wollen wir
1284 stärken und ausbauen. Die anonyme Nutzung des Internets wollen wir schützen. Besonderes
1285 Augenmerk soll dabei auf die einfache Verwendung durch Nutzer*innen gelegt werden. Sie ist
1286 gerade für eine freie Presseberichterstattung oder für die Arbeit von oppositionellen
1287 Kräften in autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

1288 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung entsprechender
1289 Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der EU wird Spyware
1290 eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Den Einsatz von Spyware wollen wir
1291 strenger regulieren und die parlamentarische Kontrolle stärken. Gegen eine missbräuchliche
1292 Nutzung, zum Beispiel zur Überwachung von Journalist*innen oder Staatsanwält*innen, muss
1293 stärker vorgegangen werden.

1294 Nicht alle Menschen haben die Möglichkeit, die digitalen Dienste voll zu nutzen. Auch wenn
1295 die Digitalisierung in schnellen Schritten voranschreitet, setzen wir uns dafür ein, dass
1296 Dienstleistungen, die für die für eine Teilhabe in der Gesellschaft notwendig sind, wie zum
1297 Beispiel die von Ärzt*innen, Behörden, Banken oder des ÖPNV auch ohne zusätzliche Kosten
1298 analog zugänglich bleiben.

1299 **Gegen Hass und Desinformation im Netz vorgehen**

1300 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung der
1301 Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen erlauben es heute,
1302 dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste Weise aufbereitet und diskutiert
1303 werden können.

1304 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet. Wahlen und
1305 andere
1306 Meinungsbildungsprozesse sowie das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen sollen
1307 bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Dem stellen wir uns
1308 beispielsweise mit
1309 Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz oder einer Förderung von Faktencheck-Plattformen
1310 entschieden entgegen. Wir wollen eine mögliche Aufnahme von systematischer Desinformation in

1311 den Katalog der EU-Straftaten prüfen. Wir treten außerdem dafür ein, dass Sanktionen gegen
1312 Propagandaplattformen, die gezielt Desinformationen verbreiten, etwa Russia Today,
1313 konsequent durchgesetzt werden. Wir wollen, dass regelmäßig und europaweit Lagebilder zu
1314 Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für eine effektive Bekämpfung zu
1315 schaffen.

1316 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen Orten an. Mit
1317 offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu drängen. Die Instrumente
1318 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie von Hass und Hetze müssen konsequent angewendet
1319 werden. Gegen die Veröffentlichung von Nacktbildern ohne Zustimmung von Betroffenen muss
1320 stärker vorgegangen werden. Algorithmen und Targeting dominanter Digitalplattformen tragen
1321 dazu einen wesentlichen Beitrag, indem sie Hassnachrichten und Desinformation verstärkt
1322 verbreiten. In der Folge ziehen sich von Hassrede betroffene Personen häufig zurück oder
1323 schränken ihre Meinungsäußerung ein – zum Schaden der demokratischen Debatte.

1324 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Hassrede muss
1325 konsequent gelöscht und verbreitende Accounts müssen gesperrt werden. Wir setzen uns für
1326 schnell und einfache Verfahren ein. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-
1327 Gesetz haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um mit Nutzer*innen-Rechten, Transparenz
1328 und klaren Regeln Hassrede entgegenzutreten, ein demokratischeres Internet zu schaffen und
1329 Wettbewerb wiederherzustellen. Diese Regeln gilt es, jetzt in Deutschland und Europa
1330 konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln. Hass und Desinformation dürfen sich als
1331 Geschäftsmodell nicht lohnen. Wir wollen Maßnahmen prüfen, um solche Geschäftsmodelle
1332 trockenulegen, etwa durch die Abschöpfung der hierdurch erzielten Erträge.

1333 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene Personen
1334 einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür wollen wir auch eine
1335 europaweite Opferberatung und niedrigschwellige Hilfsangebote etablieren.

1336 Zivilgesellschaftliche Organisationen sollen Betroffene in Verfahren vertreten oder bei
1337 Fällen von Volksverhetzung auf eigene Initiative tätig werden dürfen.

1338 Die Einrichtung von Spezialdienststellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in den
1339 Mitgliedstaaten wollen wir unterstützen. Die konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann
1340 auch durch die rechtlich gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem
1341 Material, zum Beispiel Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den
1342 Ermittlungsbehörden überprüft wird. Europol soll gegen europaweit agierende Netzwerke
1343 vorgehen, die gezielt Hass und Hetze im Netz verbreiten.

1344 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von Desinformation eine
1345 wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen ohne Überprüfung aus den
1346 sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei der Verbreitung von Falschinformationen
1347 mitwirken. Die Verbreitung von hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten Deepfakes, oder
1348 durch KI manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger erscheinen und ist
1349 für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-Gesetzes
1350 erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein wichtiger Baustein der
1351 Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt in der Stärkung der
1352 Informationskompetenz, damit Menschen besser Desinformationen erkennen können.

1353 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten, müssen
1354 entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen Nutzer*innen werden.

1355 **Europas IT schützen**

1356 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser Zusammenleben
1357 spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste Schutz vor Cybercrime aber
1358 liegt in der Prävention und in der Resilienz digitaler Systeme. Wir sorgen für eine

1359 konsequente Etablierung von hohen IT-Sicherheitsanforderungen in digitalen Produkten,
1360 Diensten und Prozessen. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der aktualisierten EU-
1361 Richtlinie zur Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu etablieren. Um die
1362 Sicherheit von IT-Produkten für Verbraucher*innen transparent zu machen und das IT-
1363 Sicherheitsniveau im privaten Bereich zu erhöhen, wollen wir die Einführung eines IT-
1364 Sicherheitskennzeichen auf europäischer Ebene prüfen. Wir wollen die europäische Kooperation
1365 im Bereich der Cybersicherheit deutlich stärken und setzen uns für eine gemeinsame,
1366 europäische Sicherheitsarchitektur ein. Die Agentur der Europäischen Union für
1367 Cybersicherheit, die Arbeit des europäischen Information Sharing and Analysis Center (ICAC)
1368 sowie das außenpolitische Instrument der „Cyber Diplomacy Toolbox“ entwickeln wir hierfür
1369 weiter.

1370 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen wir
1371 eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von Cyberoperationen
1372 begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und Verwaltungssysteme sind eine
1373 Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir setzen uns für einen norm- und
1374 regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie und internationaler Zusammenarbeit geprägt
1375 ist. Gleichzeitig geht Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier wollen wir
1376 Kompetenzen in der EU ausbauen.

1377 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für sichere „Digitale
1378 Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich relevante Datenbanken und
1379 technische Infrastrukturen in anderen europäischen Mitgliedstaaten gesichert vorgehalten
1380 werden können, um auch in Krisen- und Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und den Zugang
1381 zu Daten, zum Beispiel von Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz oder den
1382 Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

1383 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen haben auch zu
1384 einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die Strafverfolgung
1385 reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime kennt ebenso wie das Internet
1386 keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von Europol bei der Bekämpfung von Kriminalität
1387 im Netz. Auch die europaweite polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und Bekämpfung
1388 stärken wir. So gehen wir auch entschieden gegen die Verbreitung von sexualisierten
1389 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor, indem wir die
1390 Ermittlungsbehörden personell, technisch und verfahrensrechtlich stärken. Hierzu wollen wir
1391 auch die Möglichkeit von automatisierten Anwendungen zur Ermittlungsunterstützung nutzen.
1392 Wir wollen mit gezielten Kampagnen die Bürger*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die
1393 im Internet begangen werden.